

Ordentlicher Unterbezirksparteitag KölnSPD

**16. März 2019
Köln – Chorweiler**

Antragsspiegel



Übersicht Anträge zum UB Parteitag KölnSPD am 16. März 2019

Stand 22.02.	neu	Titel/Thema	Antragsteller	Anmerkung
		Leitanträge UBV		
1	UBVLT 1	Europa	UBV	
2	UBVLT 2	Steuergerechtigkeit	UBV	
3	UBVLT 3	Flucht und Migration	UBV	
4	UBVLT 4	Digitale Arbeitswelt	UBV	
		Bildungspolitik		
5	BiPo 1	Eine Schule f alle weiterentwickeln	AfB	
6	BiPo 2	Soziales Medizinstudium stärken	Jusos	
7	BiPo 3	Verpflichtender Besuch Bildungseinrichtung vor Grundschule	Sülz/Klettenberg	
7a	BiPo 4	Digitalisierung Schule	Jusos	
		Sozialpolitik		
8	SoPo 1	Anrechnung von Einkommen auf Grundsicherung und Sozialleistungen	Ehrenfeld	
9	SoPo 2	Anrechnung von Renten auf Grundsicherung im Alter verringern	Ehrenfeld	
10	SoPo 3	Gesamtreform Alterssicherungssysteme	Dellbrück	
11	SoPo 4	Keine prekäre Beschäftigung bei VHS	AsF	
12	SoPo 5	Das Recht der Bedarfsgemeinschaften reformieren	Jusos	
13	SoPo 6	Postanschrift für Obdachlose	Jusos	
		Gesellschaftspolitik		
14	GesPo 1	Abschaffung 218 und 219	AsF	
15	GesPo 2	Sexismus bekämpfen	AsF	
16	GesPo 3	Operationsverbot für Kinder in Fremdbestimmung bei intersexuellen Geburten	AsF	
17	GesPo 4	Streichung § 1905 BGB	AsF	
18	GesPo 5	Aktivitäten gegen Antisemitismus und Rassismus	Südstadt	
19	GesPo 6	Abschaffung und ‚Ersetzung‘ des Transsexuellengesetzes (TSG)	AsF	
20	GesPo 7	Trinkwasser verfügbar machen	Jusos	
21	GesPo 8	Kohleausstieg 2030	Jusos	
22	GesPo 9	Enlastung von Erziehenden: Arbeitsrecht ändern	Jusos	
23	GesPo 10	Cannabis legalisieren	Jusos	
		Gesundheit - Umwelt		
24	GesU 1	Recht auf Patientenverfügungs-Beratung sichern	Jusos	

		Außen- und Sicherheitspolitik		
25	ASiPo 1	Kampfdrohnen	Ehrenfeld	
26	ASiPo 2	Keine Waffenexporte nach Brasilien, Türkei, Saudi Arabien	Ehrenfeld	
27	ASiPo 3	Abrüstung Rüstungskontrolle	Ehrenfeld	
28	ASiPo 4	Zwei Prozent Ziel Rüstungsausgaben Haushalt	Ehrenfeld	
29	ASiPo 5	Zivilkausal NRW HochschulG	Ehrenfeld	
30	ASiPo 6	Stopp von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete	Mitte	
31	ASiPo 7	Keine Einmärsche der Türkei in Syrien und I	Dünnwald	
32	ASiPo 8	Türkeipolitik Unterdrückungen entgegenwi	Dünnwald	
		Wirtschaftspolitik		
33	WiPo 1	Einheitliches Flaschenpfand einführen	Südstadt	
34	WiPo 2	Grundbedürfnisse nicht kapitalistisch ausschachten	Jusos	
35	WiPo 3	Lebensmittelverschwendung bekämpfen – regulieren	Jusos	
36	WiPo 4	Keine Steuerfreiheit für Veräußerungsgewi von Kapitalgesellschaften	Sülz/Klettenberg	
37	WiPo 5	Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler	Sülz/Klettenberg	
38	WiPo 6	Bessere Arbeitsbedingungen f. Paketzusteller*innen	Jusos	
39	WiPo 7	Senkung MWSt für Damenhygienartikel	Jusos	
		Kommunalpolitik – kommunale Wohnungspolitik		
40	WoPo 1	UBV richtet Wohnungskommission ein	60 plus	
41	WoPo 2	Kein Verkauf städt. Häuser	60 plus	
42	WoPo 3	Wohnungsbau in Weiden	Weiden/Lövenich	
43	WoPo 4	Wohnraum schaffen –Efferen eingemeinden	Jusos	
44	WoPo 5	Wohnungsnot bekämpfen, AirBnB regulieren	Jusos	
45	KomPo 1	Umweltticket KVB	Bocklemünd/Mengenich	
46	KomPo 2	Transparenz schaffen – Macht begrenzen	Südstadt	
47	KomPo 3	Soziales Gewerbe im KAT 18 erhalten	Südstadt	
48	KomPo 4	Preis des MobilPass Tickets senken	Jusos	
49	KomPo 5	Night-Mover Cologne	Jusos	
50	KomPo 6	Sport im Veedel stärken	Jusos	
51	KomPo 7	Carsharing-Angebot ausweiten	Jusos	
52	KomPo 8	Eine Stadt für Alle	Jusos	
53	KomPo 9	Dieselfahrverbote dürfen nicht zur Enteignung führen	Jusos	
54	KomPo 10	Jugendstadtrat in Köln		
55	KomPo 11	Fernbusbahnhof in der Innenstadt reaktivieren	Jusos	
56	KomPo 12	Kinderarmut in Köln senken	Jusos	
57	KomPo 13	Leiradsystem ausbauen	Jusos	
58	KomPo 14	Keine Privatisierung städt. Kliniken	Sülz/Klettenberg	
59	KomPo 15	Höhere Strafen für Müllverschmutzung	Jusos	

60	KomPo 16	Armut- u. Reichtumsbericht für Köln	Jusos	
61	KomPo 17	Öffentliche Fahrradpumpen für Köln	Jusos	
62	KomPo 18	Kostenfreie Stadtbibliothek für Köln-Pass-Inhaber	Jusos	
63	KomPo 19	Plattform zur Jobvermittlung an Jugendliche	Jusos	
64	KomPo 20	Transrheinische Busverbindung im Kölner Süden	Jusos	
		Umweltpolitik		
65	UmPo 1	Verbot von Mikroplastik in der Kosmetik	Sülz/Klettenberg	
		Verkehrspolitik		
66	VPol 1	Raststätten f LKW Fahrer	Eil-Finkenberg	
67	VPol 2	Kostenloser ÖPNV in NRW	Jusos	
68	VPol 3	Kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV	Jusos	
		Satzungsändernde Anträge		
69	Satz 1	Satzungsändernd Delegiertenberechnung	UBV	
70	Satz 2	Satzungsändernd Zusammensetzung Parteitag	Ehrenfeld	
71	Satz 3	Satzungsändernd Parteirat als Vollversammlung	Jusos	
		Organisationspolitische Anträge		
72	Org 1	Abstimmungsverfahren Anträge – ohne Votum Antkomm und Abstimmung über den Ur Antrag	Jusos Köln	
73	Org 2	Aufgaben der Antragskommissioin	Südstadt	
74	Org 3	Delegierte Bundesparteitag nur für ein Jahr wählen	Ehrenfeld	
75	Org 4	Aufstellungsverfahren Kandidaturen Kommunalwahl mit allen Mitgliedern	Ehrenfeld	
76	Org 5	Mindestens Halbjährige Mitgliederversammlungen auf OV Ebene	Ehrenfeld	
77	Org 6	UB organisiert bis Sommer mitgliederoffene Veranstaltung zum Erneuerungsprozess der SPD	Bilderstöckchen	
78	Org 7	Anträge/Beschlüsse auf HP einstellen	Ehrenfeld	
79	Org 8	Appell Forderung an Bundespartei	Bocklemünd/Mengenich	
80	Org 9	Jährlich kommunalpol Parteitag	Braunsfeld	
81	Org 10	Digitalisierung der Partei: Zugänglichkeit von Beschlüssen	Jusos	
82	Org 11	Einführung einer Jugendquote	Jusos	
83	Org 12	Kosteneffiziente Wahlkämpfe	Jusos	
84	Org 13	Finanzkraft der Ortsvereine und Unterbezirke stärken	Porz/Poll	
85	Org 14	SPD-Portal – Bereitstellung einer SPD-Plattform	Jusos	

1 UBVL1

2 Antragsteller: Europaforum der KölnSPD

3 **Sozialunion statt Marktunion – Europa anders machen**

4
5 Europa befindet sich seit dem britischen Referendum über den Verbleib in der
6 Europäischen Union zum wiederholten Mal seit 2008/2009 in einer tiefen Krise. Das
7 Vertrauen und die Hoffnungen in Europa wurden durch die vorherrschende Politik der
8 vergangenen Jahre untergraben: Zum einen durch europaweit erzwungene
9 Kaputtsparpolitik vor allem gegenüber den südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten infolge
10 der Finanzkrise mit ihren desaströsen sozialen und politischen Folgen. Hinzu kommt der
11 von der EU-Kommission bewusst vorangetriebene Standortwettbewerb. In den letzten
12 Jahren verstärkte dann auch noch der Umgang mit der hohen Zahl an Kriegs- und
13 Elendsflüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika die politischen Fliehkräfte in Europa.
14 Zukunftsängste sind zudem in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet gegenüber den
15 befürchteten und realen Auswirkungen von Digitalisierung und Globalisierung und der
16 Bedrohung des Klimas.

17
18 Das Erstarren offen europafeindlicher Kräfte in den vergangenen Jahren ist dabei nun der
19 besonders sichtbare Ausdruck der Verunsicherung, die durch das andauernde und immer
20 stärkere Auseinanderdriften der europäischen Staaten und Volkswirtschaften bei vielen
21 Menschen ausgelöst wird. Denn verstärkt durch die jüngste europäische Finanz-,
22 Wirtschafts- und Standortpolitik geht die Schere zwischen wohlhabenden und
23 wirtschaftlich schwachen Regionen und Bevölkerungsschichten immer weiter auseinander.
24 Diese wachsenden Spaltungen lassen selbst bei denjenigen, denen es derzeit
25 wirtschaftlich gut geht, Ängste vor dem wachsen, was da kommt. Das europäische Haus
26 erscheint nicht mehr als Schutz im Sturm der Globalisierung, sondern als Bruchbude mit
27 Luxusloft unterm Dach, dessen Fundamente morsch sind. Es droht heute erstmals seit der
28 Gründung der EU ein Auseinanderbrechen des gemeinsamen Friedens- und
29 Wohlstandsraums Europa.

30
31 Vor diesem Hintergrund ist die SPD gefordert, im Europawahlkampf deutlich zu machen,
32 was Europa aus unserer Sicht braucht, damit dieses Auseinanderbrechen nicht geschieht.
33 Statt eines „Wir erklären nochmal Europa“-Wahlkampfes müssen wir klar sagen, dass wir
34 Europa anders machen wollen, als bislang. Damit das gelingt, hat insbesondere die
35 deutsche Politik eine große Verantwortung. Im Europawahlkampf wollen wir also nicht nur
36 deutlich machen, was wir auf europäischer Ebene, sondern auch, was wir auf nationaler
37 Ebene anders machen wollen!

38
39 Wir Kölner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schließen uns daher den
40 Forderungen der NRWSPD für eine andere Politik in Europa und in Deutschland an:

- 41
42 • **die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerumgehung durch international**
43 **tätige Konzerne.** Hier müssen neben einem öffentlichen Country-by-country-
44 Reporting für international tätige Unternehmen auch endlich eine einheitliche
45 Bemessungsgrundlage und Mindeststeuersätze für die Unternehmensbesteuerung
46 eingeführt werden, um ruinösem Steuerwettbewerb vorzubeugen und eine effektive
47 Besteuerung sicherzustellen. Digitalgeschäfte sollen an dem Ort besteuert werden,
48 wo Gewinne anfallen. Dies geschieht am besten europäisch einheitlich, notfalls
49 aber auch im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit einiger Mitgliedstaaten.

50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101

- **eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen** in Bildung, Forschung, Umweltschutz, öffentliche Sicherheit und Infrastruktur. Wir kämpfen im Wahlkampf für die Einführung eines wirksamen und parlamentarisch kontrollierten Investitionsbudgets. Dieses Budget sollte einerseits durch der europäischen Ebene zufließende Steuern finanziert werden. Das beinhaltet die endlich einzuführende Finanztransaktionssteuer, einen Anteil an der Körperschaftssteuer sowie eine CO2-Grenzsteuer. Außerdem ist es generationengerecht und wirtschaftlich sinnvoll, Investitionen, die sich in Zukunft auszahlen, auch über Kredite zu finanzieren.
- **Eine krisenfeste Arbeitslosenversicherung.** Dafür fordern wir im Europawahlkampf die Einführung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung, die aus dem o.g. Eurozonenbudget finanziert werden sollte, um im Krisenfall zeitlich begrenzt den nationalen Arbeitslosenversicherungssystemen beizustehen. So kann die Einkommenssituation der einfachen Bürgerinnen und Bürger in Krisenzeiten stabilisiert und damit die Nachfrage gestützt werden, was sich nicht nur im Krisenland, sondern über den Binnenmarkt auch in den anderen EU-Staaten wirtschaftlich auszahlt.
- **Ein durch gegenseitige Absicherung stabiles Bankensystem.** Die europäische Bankenunion muss dringend weiter vorangetrieben werden, bevor die nächste Krise kommt. In diesem Zusammenhang ist eine europäische Einlagensicherung überfällig, damit nicht die einfachen Bürger für das Fehlverhalten von Banken und Investoren geradestehen müssen.
- **Ein starkes Parlament mit Initiativrecht und der wirksamen Kontrolle der europäischen Kommission.** Ohne eine solche Kontrolle wird die Akzeptanz in der Bevölkerung für wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich kaum ausreichend herzustellen sein. Das in wichtigen Fragen, wie z.B. Steuer- und Finanzpolitik, immer noch vorherrschende Prinzip der Einstimmigkeit im Rat ist zu einem Instrument der Erpressung und der Blockade geworden. Eine Reform der europäischen Entscheidungsmechanismen muss für die überwiegende Zahl der Fälle qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Rat und ein Initiativ- bzw. Entscheidungsrecht des Parlaments vorsehen.
- **Klimaschutz und nachhaltige Industriepolitik müssen in Europa Hand in Hand gehen.** Neben einer CO2-Grenzsteuer als effektives Mittel für den Schutz vor bloßer Verlagerung von Co2-intensiver Produktion in Länder mit niedrigeren Umweltstandards (sog. „Carbon Leakage“) und gegen den unfairen Wettbewerb beim Import klimaschädigender Produkte, fordern wir den europaweiten Ausbau von erneuerbaren Energien, Speichertechnologien und Energieeffizienz. Zudem fordern wir eine innovative Neugestaltung der europäischen Verkehrspolitik sowie der nachhaltigen Landwirtschaft.
- **Globalisierung muss fair gestaltet werden. Der Handel ist immer auch Friedenspolitik.** Er muss sich an sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen orientieren. Das muss die Richtschnur für jedes Handelsabkommen sein.

Die KölnSPD hat durch ihre aktive Europaarbeit der vergangenen Jahre deutlich gemacht, dass Europa nicht nur in Brüssel, sondern auch bei uns vor Ort große Bedeutung für unsere Politik hat. Wir zeigen durch unsere Partnerschaft mit unseren sozialistischen Schwesterparteien in Hauts-de-Seine (Frankreich), Opoln (Polen) und Oxford

102 (Großbritannien), dass auch wir in unserer Stadt und Region etwas für ein solidarisches
103 Europa tun können. Die Demonstrationen von „Pulse of Europe“ und „March for a new
104 Europe“ in Köln, an denen auch wir beteiligt waren, sind hoffnungsvolle Zeichen dafür,
105 dass die große Mehrheit in Köln für ein geeintes und soziales Europa ist. Diese Mehrheit
106 wollen wir mit unserem Wahlkampf erreichen.

107
108 Nur wenn sich in Europa für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wieder die
109 Hoffnung auf Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit erfüllt, kann die Krise der
110 europäischen Einigung überwunden werden. Die deutsche Politik trägt dafür große
111 Verantwortung. Mit einer starken Sozialdemokratie in Deutschland können wir -gemeinsam
112 mit fortschrittlichen Kräften in unseren europäischen Nachbarstaaten- die Richtung
113 Europas ändern: für eine Sozialunion, statt einer Marktunion! Dafür kämpfen wir!

114 **2 UBVLT2**

115

116 Antragsteller: AG Steuergerechtigkeit über UBV

117

118 **Mehr Gerechtigkeit - Für eine sozialdemokratische Offensive**
119 **in der Steuerpolitik**

120

121 Weiterleitung an: ordentlichen Bundesparteitag der SPD 2019

122

123 Der UB-Parteitag der KölnSPD möge beschließen:

124

125 Angesichts einer sich zunehmend öffnenden Schere zwischen arm und reich bei deutlich
126 abnehmender Steuerlast der hohen Einkommen und Vermögen und angesichts dringend
127 notwendiger Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge ist die SPD
128 in besonderer Weise gefordert, für einen starken und finanziell handlungsfähigen Staat
129 und für mehr Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit einzutreten. Nur so entstünde
130 Spielraum für die Entlastung kleiner und wirklich mittlerer Einkommen, die sie am Ende
131 nicht über staatliche Leistungseinschränkungen selber finanzieren müssten. Der Staat
132 nimmt von den Vielen zu viel und von den Wenigen zu wenig an Steuern ein. Ein Land, in
133 dem Einkommen und Vermögen sich auf einen zunehmend kleiner werden Teil der
134 Gesellschaft konzentrieren und in dem 5 Prozent so viel besitzen wie die übrigen 95
135 Prozent, gefährdet auf Dauer das Zusammenleben aller. Diesen Trend wollen wir stoppen
136 und umkehren. Wir wollen auch steuerpolitisch die Partei der sozialen Gerechtigkeit und
137 die Interessenvertretung der Vielen sein.

138

139 **Der Bundesparteitag fordert den Parteivorstand auf, unter Einbeziehung der**
140 **nachfolgenden Forderungen zeitnah ein Konzept für eine öffentlichkeitswirksame**
141 **steuerpolitische Offensive auf nationaler und internationaler Ebene vorzulegen. Das**
142 **Ziel ist, die mit den notwendigen Einnahmen der öffentlichen Hand und der**
143 **Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit verbundenen finanziellen Lasten**
144 **gerecht zu verteilen. Dafür müssen Steuertricksereien und Steuerbetrug wirksam**
145 **bekämpft, steuerliche Privilegien für hohe Vermögen und Einkommen abgebaut und**
146 **kleine und mittlere Einkommen – und nur die – wirksam entlastet werden.**

147

148

149 **Bekämpfung von Steuertrickserei, Steuerbetrug und Steuerraub**

150

151

152 Staatseinnahmen sind nur dann gerecht, wenn sich alle angemessen an der Finanzierung
153 des Staates beteiligen. Das ist so lange nicht der Fall, wie besonders vermögende
154 Personen und global agierende Unternehmen in der Lage sind, Steuern durch trickreiches
155 Ausnutzen von Schlupflöchern bis hin zum Betrug oder gar der Plünderung öffentlicher
156 Kassen zu umschiffen.

157

158 Dass Steuerräuber allein in den letzten Jahren Steuern nicht nur hinterzogen, sondern
159 die öffentlichen Kassen durch Rückerstattung von zig Milliarden Euro gar nicht gezahlter
160 Steuern geplündert haben, ist ein Skandal, der nicht länger hinnehmbar ist, auch weil es
161 die Steuermoral der ehrlichen Arbeitnehmer und Unternehmer untergräbt. Deshalb steht
162 die Bekämpfung dieser teils kriminellen Machenschaften im Zentrum der Offensive, die
u.a. folgende Maßnahmen vorsieht:

163 **Schlupflöcher vermeiden, bestehende Schlupflöcher schneller schließen**

164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214

- Automatischer Informationsaustausch zu Kapitalerträgen zwischen Banken und Finanzbehörden auch im Inland wie das bei Lohn- und Gehaltsüberweisungen selbstverständlich ist.
- Gesetzliche Regelungen gegen Gewinnverschiebung über Lizenzgebühren bei der Gewinnermittlung durch eine dauerhaft wirksame Lizenzschranke
- Konsequente Aufarbeitung von Versäumnissen bei der Bekämpfung von Steuerflucht (z.B. Cum/Ex- Geschäfte)
Meldepflicht für Steuersparmodelle
- Öffentliche Darstellung der globalen Verteilung von Umsätzen, Gewinnen und Steuern international agierender Unternehmen (Country-by-Country-Reporting)
- Ausweis der Beteiligung externer Experten bei der Formulierung von Gesetzen und Gesetzesauslegungen (Footprints)
- Prüfung steuerlicher Ausnahmetatbestände auf Missbrauchsentwicklung

Transparenz und Ermittlungsmöglichkeiten verbessern

- Klarstellung, auch künftig auf Steuer-CDs und andere Insider-Informationen zurückzugreifen
- Einführung bundeseinheitlicher Standards (insbesondere in Bezug auf die Prüfungsdichte) für Steuerprüfung und –fahndung
- Personelle Verstärkung der Aufklärungseinheiten in der Finanzverwaltung
- Nachbesserung des Gesetzes zur Einführung nicht manipulierbarer Registrierkassen
- Verbesserung der Kooperation zwischen Steuerbehörden und Finanzaufsicht und Ausstattung der BaFin mit staatsanwaltschaftlichen Kompetenzen
- Aufbau eines europäischen Transparenzregisters zur Erfassung von offshore-Niederlassungen (Briefkastenfirmen)
- Verbesserung der Zusammenarbeit von nationalen Steuerbehörden mit OLAF, Europol und Interpol
- Whistleblower gesetzlich schützen, die einen nachweislichen Betrug an der Allgemeinheit offenbaren.

215 **Wirkungsvollere Sanktionen bei Gesetzesverstößen**

216

217 - Abschaffung der Möglichkeit, durch Selbstanzeige Strafminderung zu erreichen, keine
218 Privilegierung von Betrugsdelikten im Steuerbereich.

219

220 - Einführung eines Unternehmensstrafrechts zur wirksameren Sanktionierung von
221 Beihilfe zu Steuerstraftaten

222

223 **Herstellung von mehr Steuergerechtigkeit**

224

225 Angesichts hoher und weiter steigender Unternehmensgewinne und Spitzeneinkommen
226 brauchen wir eine Korrektur der Steuerbelastung, indem die seit Jahrzehnten andauernde
227 Umverteilung von unten nach oben gestoppt und wieder dem Leitsatz Rechnung getragen
228 wird, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache. Die SPD hat vor 15
229 Jahren die größte Einkommensteuersenkung und die größte Körperschaftssteuersenkung
230 in der Geschichte der Bundesrepublik vollzogen. Dadurch wurden alle Ein-
231 kommensteuerzahler entlastet. Besonders profitiert davon haben allerdings die
232 Großverdiener. Es ist höchste Zeit für eine Korrektur, die den Erfordernissen einer
233 dynamischen Wirtschaft ebenso Rechnung trägt wie der Sicherung des gesellschaftlichen
234 Zusammenhalts und der Sicherung und Verbesserung der staatlichen Handlungsfähigkeit.
235 Dabei geht es - gemessen an der konservativ-liberalen Steuerpolitik der neunziger Jahre -
236 nicht um Steuererhöhungen, sondern um die notwendige Neujustierung der
237 Steuersenkungen der rot-grünen Regierung von 1998 - 2005 hin zu einer weiteren
238 Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen sowie um die Rücknahme der zum Teil
239 exorbitanten Besserstellung von hohem Vermögen und Einkommen. Das wollen wir durch
240 folgende Maßnahmen im Bereich der Substanz-, Einkommen- und Ertragsteuern und der
241 Umsatzsteuer erreichen.

242

243

244

245 **Substanzsteuern**

246

247 - Die Vermögensteuer soll wieder aktiviert werden, ab einer Million Euro Vermögen für
248 Singles greifen und 1% betragen.

249

250 - Bei der Erbschaftssteuer sollen alle Vermögensarten gleich (keine Privilegierung bei
251 Unternehmenserbschaften) behandelt werden. Hohe Freibeträge sorgen dafür,
252 dass die überwiegende Mehrheit der Menschen auch künftig nicht von der
253 Erbschaftssteuer betroffen sein wird. Wenn bei der Unternehmensvererbung durch eine
254 sofortige Fälligkeit Arbeitsplätze gefährdet werden, sollen die Zahlungsmodalitäten so
255 ausgestaltet werden, dass das Unternehmen in seiner Existenz und Wettbewerbs-
256 fähigkeit nicht gefährdet ist.

257

258 - Die Nutzung des Freibetrages bei Schenkung oder Erbschaft soll nur noch einmalig
259 möglich sein.

260

261 - Langfristig ist die bisherige Grundsteuer durch eine nicht auf die Mieter umlegbare
262 Bodenwertsteuer zu ersetzen.

263

264 - Zahlung der Grunderwerbssteuer anteilig zum Eigentumstitel zur Ausschaltung des
265 Privilegs der share deals

266

267 **Einkommen- und Ertragsteuern**

268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318

- Im Mittelpunkt von Gesetzgebung und Kommunikation soll zukünftig der Durchschnittssteuersatz stehen. Die Begriffe Grenz- und Spitzensteuersatz haben sich als hochgradig missverständlich erwiesen und sind zum Werkzeug von Lobbygruppen degeneriert, die damit weit höhere Steuerbelastungen als die tatsächlichen oder angestrebten suggerieren. (Beispiel: Ein Single mit 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen zahlt derzeit den Grenz- und Spitzensteuersatz von 42%, sein Steuersatz auf das zu versteuernde Einkommen beträgt jedoch 27,6%.)
- Erhöhung des Grundfreibetrags auf 12.000/24.000 Euro für Singles/Verheiratete. Damit werden Haushaltseinkommen bis zu 1.000 Euro pro Partner steuerfrei gestellt. Im Bereich mittlerer Einkommen bis 24.000 Euro pro Partner sollen ebenfalls pro Partner bis zu 600 Euro entlastet werden. Die Steuern auf Einkommen bis zu 36.000 Euro pro Partner sollen um je 300 Euro sinken. Damit wird die Steuerersparnis auch nach der Umstellung des Ehegattensplittings auf einen Familientarif für alle Paare mit weniger als 40.000 Euro Einkommensunterschied zwischen den Partnern doppelt so hoch ausfallen wie für Singles. Darüber hinaus sorgt ein Kinderbonus für eine zusätzliche Entlastung von Alleinerziehenden und Paaren. Die schon im Bundestagswahlprogramm enthaltene Ankündigung fördert Haushalte mit Kindern und die ausgeglichene Beteiligung beider Partner an der Erwerbstätigkeit. Ab 120.000 Euro zu versteuerndem Einkommen eines verheirateten Paares (betrifft weniger als 10% der Steuerpflichtigen) soll der Steuersatz moderat ansteigen über die bisher geltenden 27,6% hinaus. Bei etwa 500.000 Euro pro Paar soll der Durchschnittssteuersatz von 40,7 auf 43% , bei 1.000.000 Euro von 44 auf 47% ansteigen. Der höchstmögliche Steuersatz ist 49% statt bisher knapp 47,5%. Ein zusätzlicher Solidaritätsbeitrag würde dann nicht mehr erhoben.
- Die steuerliche Ungleichbehandlung von Einzel- und Personenunternehmen gegenüber Kapitalgesellschaften wird beseitigt.
- Die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden erfolgt zukünftig auf Grundlage eines festen Prozentsatzes der gespendeten Summe und nicht weiter in einer Weise, die mit steigendem Einkommen zu steigenden staatlichen Zuschüssen führt. Grundsätzlich sollte dies für alle steuerlichen Anreize gelten.
- Die Versteuerung von Kapitalerträgen erfolgt zukünftig wieder mit der Einkommensteuer und nicht mehr mit der bisherigen niedrigeren pauschalen Abgeltungssteuer.
- Gewährleistung einer fairen Unternehmensbesteuerung am Ort der Wertschöpfung im Rahmen der national geltenden Steuersätze. Dies gilt insbesondere für Unternehmen der Digitalwirtschaft.
- Die steuerliche Absetzbarkeit von Managerbezügen wird auf das 15fache des Durchschnittsgehaltes (Betriebliche Vollzeitkraft) im Unternehmen/Konzern begrenzt.
- Das Ehegattensplitting werden wir durch einen Familientarif mit Kinderbonus ersetzen (s. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017)
- Jedes Kind ist gleich viel wert, der bisherige steuerlich ungerechte Kinderfreibetrag wird abgeschafft, das Kindergeld beibehalten.

319 **Umsatzsteuer und andere Steuern**

320

321 - Einführung eines Mehrwertsteuer-Bonus in Form einer jährlichen Auszahlung an alle , die
322 Geringverdienern in Gänze zu Gute käme, während Besserverdienende sie versteuern
323 müssten

324

325 - Einführung einer CO2-Steuer auf alle fossilen Brennstoffe als Beitrag zum Klimawandel
326 und zur Förderung regenerativer Energien, wobei durch eine jährliche Auszahlung eines
327 Betrages (analog zum Mehrwertsteuer-Bonus) ein Öko-Bonus entstünde. Die
328 Einnahmen sollen genutzt werden, die Belastungen der geringen Einkommen durch
329 diese Steuer auszugleichen.

330

331

332 - Einführung einer Banktransaktionssteuer, die ausnahmslos alle unbaren Zahlungs-
333 vorgänge mit einem sehr niedrigen Steuersatz belegt, sodass auf 10.000 Euro Umsatz
334 maximal 1 Euro Steuern anfällt. Dadurch wird der Hochfrequenzhandel empfindlich
335 getroffen. Die Einführung erfolgt national, wobei eine europäische Lösung angestrebt
336 wird.

337

338 **Antragsbegründung**

339

340 Täglich erfahren wir durch die Recherchen unabhängiger Medien, wie weltweit
341 Steuerbetrug, Steuertrickereien aber auch legale Methoden der Steuervermeidung dazu
342 führen, dass dem deutschen Fiskus dringend benötigte Einnahmen entgehen; und wir
343 erfahren, dass Spitzenmanager im aktiven Berufsleben oder als Pensionäre unvertretbar
344 hohe Einkommen beziehen. Während die Unternehmensgewinne sprudeln und die
345 Arbeitslosenquote - statistisch gesehen - auf einem Tiefstand ist, verfällt die Infrastruktur
346 und die soziale Versorgung. In einem reichen Land wie Deutschland bröckeln Brücken,
347 sind viele Schulen in einem unwürdigen Zustand, und viele - vor allem ländliche - Räume
348 sind von Mobilfunk und Internet abgeschnitten. Und: eine wachsende Anzahl von
349 Menschen kann von ihrem Einkommen nicht leben. Auch wenn die Wirtschaftsdaten für
350 Deutschland ein positives Bild zeichnen, dürfen wir nicht ignorieren, dass arm und reich
351 immer weiter auseinander driften und der gesellschaftliche Zusammenhalt zunehmend
352 verloren geht. Immer mehr Menschen sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder, haben
353 Angst vor dem Verlust ihres bescheidenen Wohlstands oder vor dem Fall in die Armut.
354 Und für viel zu viele ist dieser Zustand schon bittere Realität. Menschen wollen in Zeiten
355 eines immer schnelleren Wandels für sich und ihre Kinder ein Mindestmaß an Sicherheit,
356 was Arbeit, Mieten, ein würdiges Leben im Alter und in Notlagen angeht. Das erfordert
357 einen handlungsfähigen Staat und gelingt nicht mit entfesselten Märkten. Nur ein
358 Gemeinwesen, das über die notwendigen Gelder verfügt, um in Bildung, Infrastruktur,
359 Gesundheit, Integration, Armutsbekämpfung, Sicherheit und Zusammenhalt zu
360 investieren, bietet auch die Gewähr dafür, dass die Menschen nicht den Parolen der
361 Rechtsradikalen auf den Leim gehen, die in der Geschichte unseres Landes immer nur
362 Not und Elend hinterlassen haben - besonders für die sogenannten kleinen Leute. Zu oft
363 hat die SPD sich dem Druck von Konzernen und mächtigen Interessengruppen und von
364 Koalitionen zulasten der Klein- und Mittelverdiener gebeugt. Das werden wir ändern.

365

366 **3 UBVL3**

367
368 Antragsteller: AG Flucht und Migration über UBV KölnSPD

369
370 **Recht auf Schutz – Asylrecht durchsetzen - Einwanderung möglich machen**

371
372 Weiterleitung an: Bundesparteitag

373
374 Der Antrag der Köln SPD zum Thema Flucht und Einwanderung wird als Antrag an den
375 ordentlichen Bundesparteitag der SPD 2019 zur Beschlussfassung weitergeleitet.
376 Der UB-Parteitag der KölnSPD möge beschließen

377
378
379 Der Bundesparteitag stellt fest:

380 **Es ist an der Zeit, dass wir SozialdemokratInnen uns in einer der zentralen Fragen**
381 **der Gegenwart – und nichts anderes ist die weltweite Migration und Flucht – klar**
382 **positionieren: den Menschenrechten verpflichtet, unsere Demokratie schützend und**
383 **mit glaubwürdigen Perspektiven für unser Zusammenleben in Deutschland und in**
384 **Europa.**

385 **Die SPD fordert sowohl eine Neuausrichtung der Asylpolitik als auch eine**
386 **Einwanderungspolitik, die diesen Namen verdient.**

387
388
389 Laut Angaben des UNHCR waren Ende des Jahres 2017 weltweit 68,5 Millionen
390 Menschen auf der Flucht – wegen Kriegen, Hunger oder Auswirkungen des Klimawandels.
391 Im Jahr 2015 wurden die Geflüchteten in Deutschland mit einer großen Willkommenskultur
392 begrüßt. Konservative PolitikerInnen und insbesondere rechtspopulistische Parteien wie
393 die AfD bemühen sich jedoch darum, Angst vor Geflüchteten zu schüren, diese für soziale
394 Mängel verantwortlich zu machen und sie als Wirtschaftsflüchtlinge zu diskreditieren –
395 statt soziale Probleme und Ungleichheit in Deutschland anzugehen und eine soziale
396 Gesellschaftsentwicklung voranzubringen. Stattdessen setzt die SPD auf die Bekämpfung
397 von Fluchtursachen, soziale Gerechtigkeit hierzulande und weltweit und die Wahrung der
398 Menschenrechte.

399
400 Die Menschenrechte sind Grundlage des Selbstverständnisses sozialdemokratischer
401 Politik. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich dafür eingesetzt, dass sich
402 die Bundesrepublik Deutschland zu den Menschenrechten bekennt und internationales
403 Recht in unserer Verfassung wie in der Gesetzgebung gilt. Dies gilt besonders für
404 internationale Verpflichtungen zum Schutz Geflüchteter, wie sie vor allem in der Genfer
405 Flüchtlingskonvention und in der EU-Menschenrechtskonvention festgelegt sind, ebenso
406 wie für den Artikel 16a unseres Grundgesetzes. Angesichts der vielfachen Verletzung der
407 Menschenrechte, der dadurch ausgelösten weltweiten Fluchtbewegungen und der
408 wachsenden Zahl Schutzsuchender in Europa und um einer klaren Haltung willen
409 gegenüber Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, die unsere Demokratie bedrohen, ist es
410 im Interesse der Bevölkerung unseres Landes und eines guten Zusammenlebens
411 notwendig, sich klar zu diesen internationalen Verpflichtungen Deutschlands zu bekennen
412 und sie in der Gesetzgebung und im Verwaltungshandeln uneingeschränkt zur Geltung zu
413 bringen.

414
415
416
417

Grundgesetz, Art. 16 a:

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht

Flüchtlingseigenschaft:

§ 3, Abs. 1. Satz 1 Asylverfahrensgesetz (nach Genfer Flüchtlingskonvention Art 1 A 2. vom 28. Juli 1951):

Ein Ausländer ist Flüchtling, wenn er sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischer Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb des Landes (Herkunftsland) befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt und dessen Schutz er nicht in Anspruch nehmen kann oder will.

GFK Art. 1 E:

Ein Ausländer ist nicht Flüchtling, wenn aus schwerwiegenden Gründen die Annahme gerechtfertigt ist, dass er ein Verbrechen gegen den Frieden, ein

Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat im Sinne der internationalen Vertragswerke [...] oder vor seiner Aufnahme als

Flüchtling eine schwere nichtpolitische Straftat außerhalb des Bundesgebietes begangen hat, insbesondere eine grausame Handlung, auch wenn mit ihr vorgeblich

politische Ziele verfolgt wurden oder den Zielen und Grundsätzen der Vereinten

Nationen zuwidergehandelt hat.

Verbot der Ausweisung und Zurückweisung:

GFK Art. 33 Abs. 1:

Keiner der vertragsschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben

oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischer Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe bedroht sein

würde.

Schutz bei Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung:

Art. 19 der EU Grundrechtecharta

(1) Kollektivausweisungen sind nicht zulässig.

(2) Niemand darf in einen Staat abgeschoben oder ausgewiesen oder an einen Staat ausgeliefert werden, in dem für sie oder ihn das ernsthafte Risiko der Todesstrafe,

der Folter oder anderer unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder

Behandlung droht.

Die SPD fordert ein dem internationalen Recht verpflichtetes faires und rechtsstaatlich einwandfreies und im Rechtsweg unverkürztes Prüfungsverfahren

der Anträge des oder der Schutzsuchenden. Dabei muss auch der Schutz vor Verfolgung aufgrund des Geschlechtes und der sexuellen Orientierung nach der neuesten

Rechtsprechung des EGMR gewährleistet sein. Eine Ablehnung muss in jedem einzelnen Fall individuell begründet werden. Ausreisepflichtige mit einem Duldungsstatus dürfen

nicht durch Verwaltungsmaßnahmen zur Ausreise gedrängt werden. Abschiebungen sind nur zulässig, wenn der Rechtsweg ausgeschöpft ist, die Ausreisepflicht sich aus dem Art. 1

E der GFK ergibt und keinerlei Gefahr für Freiheit und Leben im Herkunftsland drohen (Art 19 EU Grundrechtecharta). Zudem dürfen keine in der Person des/der Ausreisepflichtigen

oder in seinem/ihrem familiären Umfeld liegenden Gründe einer Abschiebung entgegenstehen. Es muss nachweislich und gerichtlich überprüft sein, dass die

Möglichkeit eines „Spurwechsels“ durch Ausbildung oder Arbeit oder die Ausübung von Arbeit und Ausbildung oder einer anderen Erwerbsarbeit nicht gegeben ist. Abschiebungen

in Kriegs- und Krisengebiete widersprechen dem internationalen Recht auf Schutz – ebenso die Rückführung subsidiär geschützter Menschen nach dem Ende von Kriegen

469 und Bürgerkriegen, wenn sie in dem befriedeten Gebiet weiterhin verfolgt werden oder ihre
470 Freiheit und ihr Leben bedroht sind.

471 **Der Bundestag beauftragt die SPD Bundestagsfraktion und fordert die SPD**
472 **Landtagsfraktionen auf, alle Gesetze und Verwaltungsvorschriften des Asyl- und**
473 **Aufenthaltsrechtes und der verwandten Rechtsmaterien darauf zu überprüfen, ob**
474 **sie den von der Bundesrepublik Deutschland anerkannten internationalen**
475 **Abkommen, vor allem der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), der Europäischen**
476 **Menschenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention entsprechen.**

477
478 Insbesondere gehören dazu:

- 479 • die Verwaltungsvorschriften und Anerkennungspraxis des Bundesamtes für
480 Migration und Flüchtlinge, das offensichtlich mangels Ausstattung in vielen Fällen
481 nicht in der Lage ist, die Gründe der Schutzsuchenden angemessen und
482 rechtssicher zu prüfen,
- 483 • die von Menschenrechtsorganisationen grundsätzlich kritisierte Erklärung von
484 Staaten zu sicheren Herkunftsländern, die das Recht der Schutzsuchenden auf ein
485 faires und umfassendes Verfahren zur Anerkennung ihrer Flüchtlingseigenschaft
486 durch Umkehrung der Beweislast unzumutbar verkürzt,
- 487 • die Residenzpflicht, die Möglichkeit einer Wohnsitzauflage auf Landesebene für
488 Asylberechtigte, die Einrichtung von sog. Ankerzentren, Landesaufnahme-
489 einrichtungen usw., die den in der GFK garantierten freien Zugang zu den
490 Gerichten behindern und eine unabhängige Rechtsberatung erschweren,
- 491 • die auf der Basis von sogenannten Schutzquoten willkürlich vom BMI gesetzte und
492 rechtlich nicht eindeutig normierte Bleiberechtperspektive als Grundlage für die
493 Gewährung von Integrationsleistungen (Sprachkurse, Maßnahmen zur Integration
494 in den Arbeitsmarkt, Ausbildung, reguläre Arbeit usw.), die dem Art. 3 der GFK nicht
495 entsprechen, der eine unterschiedliche Behandlung von Flüchtlingen aus Gründen
496 des Herkunftslandes ausdrücklich untersagt,
- 497 • die Abschaffung des privilegierten wie des allgemeinen Rechtes auf Familien-
498 nachzug für subsidiär Geschützte und die Reduzierung des Familiennachzuges aus
499 humanitären Gründen auf den engsten Kreis der Angehörigen unter äußerst
500 restriktiven Bedingungen, da sie sowohl dem durch das Grundgesetz
501 vorgeschriebenen Schutz von Ehe und Familie als auch der UN-Kinder-
502 rechtskonvention widersprechen,
- 503 • das sog. Transitverfahren auf Grundlage einer sog. Fiktionalen Nichteinreise und
504 die damit verbundenen Rücknahmeabkommen, da sie dem Recht des_der
505 Schutzsuchenden widersprechen, seinen_ihren Antrag zu stellen und ihm_ihr die
506 Möglichkeit nehmen, eine Ablehnung gerichtlich überprüfen zu lassen.

507 **Die SPD würdigt die Leistungen insbesondere der Kommunen und der Länder bei**
508 **der Aufnahme und für einen menschenwürdigen Aufenthalt der Geflüchteten, sie**
509 **dankt und würdigt die Arbeit der ehren- wie der hauptamtlich in der Aufnahme**
510 **Geflüchteter tätiger und engagierter Menschen. Sie unterstützt das Engagement der**
511 **im Bildungswesen Tätigen und die Bereitschaft von Wirtschaft und Gewerkschaften,**
512 **Geflüchteten den Weg in eine Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen.**

513 Auch wenn sich Geflüchtete nur vorübergehend in Deutschland aufhalten, so ist die
514 gleiche Teilhabe an menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen, an Integration
515 und vor allem an Bildung eine internationale Verpflichtung. Sie ist eine Investition für eine
516 bessere Verständigung zwischen den Menschen und für den inneren Frieden.

517 **Die SPD wird durch ihre Finanzpolitik die notwendigen Voraussetzungen dafür**
518 **schaffen, dass die den Kommunen und Ländern entstandenen und entstehenden**
519 **Kosten aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen werden.** Konkurrenzen um
520 Wohnungen, Schulplätze usw. müssen durch eine zukunftsweisende Investitions- und
521 Infrastrukturpolitik und integrationsfördernde Stadtentwicklung vermieden werden.
522

523 **Recht auf Schutz in Europa:**

524 Der Bundesparteitag stellt fest:

525 Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS, u.a. Qualifikations-, Aufnahme-,
526 Asylverfahrensrichtlinie sowie die Eurodac- und Dublin-Verordnung) ist dringend
527 reformbedürftig. Die Europäischen Richtlinien werden in den EU-Mitgliedsstaaten höchst
528 unterschiedlich und in Ungarn, Bulgarien oder Griechenland rechtswidrig zu Lasten der
529 Geflüchteten umgesetzt. Zunehmend werden auch in anderen EU-Ländern wie in Italien,
530 Dänemark und Frankreich Aufnahmebedingungen verschärft. Die Dublin-Verordnung hat
531 zudem zu einer Überlastung der südeuropäischen Aufnahmeländer geführt. Der Streit um
532 die Verteilung Geflüchteter hat die EU gespalten. Osteuropäische und südosteuropäische
533 Länder weigern sich generell Geflüchtete aufzunehmen.

534 **Die SPD fordert, alle bisher von der EU und von Mitgliedsstaaten im Namen der EU**
535 **eingeleiteten Maßnahmen und ausgehandelten Verträge mit Drittstaaten**
536 **aufzukündigen, die dem international garantierten Recht auf Schutz widersprechen.**

537 Dies gilt auch für derzeit laufende Verhandlungen mit Drittstaaten, vor allem in Afrika.
538 Schutzsuchende dürfen weder direkt noch indirekt daran gehindert werden, in die EU
539 einzureisen und dort einen Antrag auf Anerkennung nach der GFK zu stellen. Dies gilt für
540 den „Türkei-Deal“, die angestrebten Rückführungsabkommen mit afrikanischen Ländern,
541 die Ausrüstung der libyschen Küstenwache sowie die Beschlüsse der EU über besondere
542 Ausschiffungszentren, geschlossene Lager auf der Basis der sog. Fiktionalen
543 Nichteinreise usw..

544 **Die in den Verhandlungen über die Reform des GEAS deutlich gewordene mögliche**
545 **Abschaffung des Selbsteintrittsrechtes der Mitgliedsstaaten lehnt die SPD ab. Wir**
546 **fordern die Stärkung des Rechtes auf politisches Asyl nach Art. 16 Grundgesetz in**
547 **der Fassung vor 1992.**

548 Die Kölner SPD hat sich 1993 einstimmig gegen den vom SPD-Parteivorstand
549 angestrebten Asylkompromiss ausgesprochen. Die damals beabsichtigte Einschränkung
550 des Grundrechtes auf Asyl wurde dann in den Verhandlungen mit der Union durch die
551 Regelung der sog. Sicherer Drittstaaten zu einer faktischen Abschaffung ausgeweitet, die
552 Deutschlands Grenzen über Jahrzehnte für Schutzsuchende fast unüberwindlich machte
553 und die Illusion einer erfolgreichen Abschottungspolitik förderte.

554

555 **Die SPD fordert eine Wende in der Europäischen Asylpolitik:**

556 1. Sichere Einreise:

557 Menschen, die Schutz suchen, müssen sicher und ohne auf Schleuser und
558 Schlepper angewiesen zu sein, nach Europa kommen können. Die Zahl der
559 aufzunehmenden Kontingentflüchtlinge vor allem aus den Kriegsgebieten des
560 Nahen Ostens muss deutlich ausgeweitet werden, ebenso die möglichen Einreisen
561 von besonders gefährdeten Flüchtlingen im Rahmen von Resettlement-
562 Programmen der UNHCR.

563 Viele Menschen suchen in Europa Schutz vor schlechten und lebensgefährdenden
564 Bedingungen (Armut, Folgen des Klimawandels), die nicht in der GFK aufgeführt
565 sind. Dies darf jedoch nicht zu einer Zurückweisung führen, sondern sie müssen
566 eine Möglichkeit der Einwanderung und ein Aufenthaltsrecht auf der Grundlage des
567 „Globalen Paktes für Flüchtlinge“ der UN aus dem Jahr 2018 (Globaler Pakt für
568 Flüchtlinge und Globaler Pakt für Migration) bekommen.

- 569 2. Gerechte Verteilung:
570 Die Dublin-Verordnung muss durch eine neue Verteilung auf der Basis von Angebot
571 und Nachfrage verändert werden: Die EU-Mitgliedstaaten verpflichten sich auf der
572 Basis verbindlicher Kriterien wie dem Bruttoinlandsprodukt, der Arbeitsmarkt-
573 entwicklung, der demographischen Entwicklung eine bestimmte Mindestzahl von
574 Geflüchteten aufzunehmen. Die Geflüchteten teilen bei ihrer Einreise in die EU bzw.
575 bei ihrer erstmaligen Meldung als Asylsuchende mit, in welchem Land der EU sie
576 ihren Antrag stellen und ihren Aufenthalt nehmen wollen. Die Europäische
577 Asylagentur nimmt die Verteilung vor. Dabei müssen familiäre Bindungen zwingend
578 berücksichtigt werden. Die Entscheidung der Europäischen Asylagentur hat für die
579 Betroffenen weitreichende Konsequenzen und muss daher der gerichtlichen
580 Überprüfung und Kontrolle zugänglich sein. Die Kosten werden den aufnehmenden
581 Mitgliedsstaaten durch ein gesondertes Verteilungsverfahren von den nicht
582 aufnehmenden Staaten erstattet.
583
- 584 3. Verbindliche Regeln:
585 Die bestehenden Richtlinien (Qualifikations-, Aufnahme-, Asylverfahrensrichtlinie)
586 müssen in bindende Verordnungen umgewandelt und, wo erforderlich, in ihren
587 Standards zu Gunsten der Geflüchteten verbessert werden.
588
- 589 4. Verbindliche Umsetzung
590 Den militärischen und massiven personellen Ausbau des EU-Grenzschatzes zur
591 Flüchtlingsabwehr, wie zum Beispiel Frontex, lehnen wir ab. Zivilgesellschaftliche
592 oder von Hilfsorganisationen betriebene Seenotrettung, Flüchtlingshilfe, Beratung
593 oder Versorgung darf nicht kriminalisiert werden. Die Europäische Asylagentur
594 EASO muss die Standards der EU-Richtlinien einhalten und darf nicht
595 Mitgliedsstaaten zur Ablehnung von Geflüchteten veranlassen. Sie muss vielmehr
596 darauf achten, dass die GFK sowie die Europäische Grundrechtecharta eingehalten
597 werden.
598

599 II. Einwanderung möglich machen

600 Der Bundesparteitag stellt fest:
601 Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. Ohne die Leistungen der
602 eingewanderten und angeworbenen Arbeiterinnen und Arbeiter wären Wachstum und
603 Wohlstand und ein funktionierender Sozialstaat nicht möglich gewesen. Die mit
604 Arbeitgeber_innen und Gewerkschaften vereinbarte und vom Gesetzgeber beschlossene
605 vollständige Gleichstellung der Eingewanderten bzw. Angeworbenen im Arbeits- und
606 Sozialrecht hat Lohn- und Sozialdumping über Jahrzehnte verhindert. Jedoch mussten vor
607 allem die Angeworbenen überwiegend schwere, körperlich anstrengende und häufig
608 gesundheitsgefährdende Arbeit leisten. Ihnen wurde oft nicht die Anerkennung und
609 Wertschätzung gezollt, die sie verdient hatten. Ausgrenzung und Diskriminierung hatten
610 ihren Grund auch in der über Jahrzehnte im allgemeinen Bewusstsein beider deutscher
611 Staaten verankerten Fiktion von einer homogenen deutschen Bevölkerung. 14 Millionen
612 Menschen sind bis 1973 nach Deutschland eingewandert, um hier zu arbeiten, und elf
613 Millionen sind wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Erst nach dem 1973 von der
614 Bundesregierung beschlossenen Anwerbestopp hat sich die eingewanderte Bevölkerung
615 auf Dauer in Deutschland niedergelassen. Dazu gehörte auch der Nachzug ihrer Familien.
616 Eine Öffnung der deutschen Gesellschaft, die Berücksichtigung der Bedürfnisse und
617 Interessen der Einwander_innen wurde langsam und gegen viele Widerstände auf der
618 kommunalen Ebene realisiert. Selbst die Umbrüche des Jahres 1989, die nunmehr
619 offenen Grenzen nach Osten, durch die die Wanderung von zwei Millionen Menschen aus
620 der ehemaligen DDR und fast drei Millionen als Deutsche Anerkannte aus den Ländern

621 Osteuropas möglich wurde, führte nicht zu einem Umdenken in der deutschen Politik. Es
622 war vor allem die SPD, die sich nach ihrem Regierungsantritt 1998 für ein modernes und
623 zeitgemäßes Einwanderungsrecht einsetzte. Die von der „Süßmuth-
624 Kommission“ vorgeschlagenen Maßnahmen wurden jedoch durch den hartnäckigen
625 Widerstand der Union nur teilweise umgesetzt. Vor allem scheiterte der Vorschlag eines
626 Einwanderungsgesetzes für Menschen aus Drittstaaten. Für EU-Bürger_innen ist seit
627 2004 das Recht auf Freizügigkeit vollständig umgesetzt.

628 Durch zahlreiche Veränderungen, die teils auf europäische, teils auf nationale Initiativen
629 zurückgehen, ist das Zuwanderungsrecht seither unübersichtlich und komplex geworden.
630 Es gibt aktuell allein zehn verschiedene Regelungen für Erwerbsmigration nach
631 Deutschland.

632 Ein neues Einwanderungsgesetz, das über Regelungen zur Fachkräftezuwanderung
633 hinausgeht, böte die Chance, die gesamte Frage zu vereinfachen und zu systematisieren
634 und zudem die weitaus relevantere Frage zu beantworten, welche Einwanderung in
635 welchem Ausmaß unter welchen Bedingungen stattfinden soll. Deutschland könnte so eine
636 gesellschaftliche Selbstverständigung und Selbstvergewisserung erreichen, deren Fehlen
637 derzeit für Verunsicherung sorgt, teils für ablehnende Haltung gegenüber Einwanderinnen
638 und Einwandern. Es könnte zweierlei signalisieren: Wir wollen (verlorengegangene)
639 Transparenz und Übersicht (wieder) herstellen, und wir wollen deutlich machen, dass
640 Einwanderung notwendig ist.

641
642 **Die SPD fordert ein Einwanderungsrecht nach den Grundsätzen des UN**
643 **Migrationspaktes.**
644

645 Der vom Kabinett im Dezember 2018 verabschiedete Entwurf des Fachkräftezu-
646 wanderungsgesetzes erhebt den Anspruch, ein zeitgemäßes Instrument für die
647 Erwerbsmigration nach Deutschland zu sein. Als solches ist der Entwurf unzureichend. Zu
648 verbessern sind:

649 1. Die Regelungen des Aufenthaltsrechtes von einem sechsmonatigen befristeten Recht
650 auf Arbeitsplatzsuche unter der Bedingung der Finanzierung des eigenen Lebens-
651 unterhaltes, wie es für HochschulabsolventInnen, die in Deutschland studiert haben, gilt,
652 muss für neu Eingewanderte im begründeten Einzelfall auf bis zu 12 Monate verlängert
653 werden können. Zudem müssen Arbeitsplatzsuchende ihren Lebensunterhalt auch durch
654 vorübergehende eigene Arbeit unterhalb ihrer Qualifikation oder durch eine besondere im
655 Rahmen des SGB III zu realisierende Leistung (auch als Darlehen) finanzieren können.

656 2. Ausbildung, Studium, Nachqualifikation und Erwerbsarbeit sollen gleichberechtigte
657 Einwanderungsoptionen sein.

658 3. Eingewanderten muss die vorübergehende auch längere Rückkehr in ihr Herkunftsland
659 ermöglicht werden, ohne dass sie aufenthaltsrechtliche Nachteile befürchten müssen.

660 4. Eingewanderten muss die Möglichkeit gegeben werden, sich eine berufliche Existenz
661 aufzubauen, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dabei ist jedoch zu
662 berücksichtigen, dass das Herkunftsland nicht durch das Abwerben von Menschen mit
663 speziellen Kenntnissen und Fertigkeiten beeinträchtigt wird (Brain-Drain).

664 5. Es darf keine Quotierung der Erteilung von Visa für die Einwanderung aus Gründen der
665 Arbeitsaufnahme oder der Arbeitssuche etwa auf der Grundlage zwischenstaatlicher Deals
666 geben (Rücknahme von Ausreisepflichtigen gegen Visa für Migrant_innen).

667 6. Der sogenannte Spurwechsel, der es abgelehnten bzw. ausreisepflichtigen
668 AsylbewerberInnen, die bereits einer Ausbildung oder einer sozialversicherungspflichtigen
669 Beschäftigung nachgehen, ermöglichen soll, ohne vorherige Ausreise einen Aufenthalts-
670 titel nach dem Einwanderungsgesetz zu beantragen, soll nun unter dem Begriff der
671 „Beschäftigungsduldung“ eingeführt werden. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch
672 wird der Kreis der Berechtigten stark eingeschränkt: Zum Beispiel durch das Erfordernis

673 der Vorlage eines schriftlichen Identitätsnachweises (Pass), oder durch den Nachweis
674 einer vorherigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Diese hat aber wiederum
675 als Voraussetzung die vorherige Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis. Es muss daher
676 auch vereinfacht werden, überhaupt eine Beschäftigungserlaubnis zu erhalten. Die
677 Aufnahme einer Ausbildung sowie auch einer Beschäftigung sollen aus dem Asylverfahren
678 heraus gewährleistet sein.

679 Mit dem Abschluss der Ausbildung und einer zweijährigen Beschäftigung muss ein
680 unbefristetes Aufenthaltsrecht für AsylbewerberInnen und auch für Geduldete ermöglicht
681 werden, wenn nicht andere schwerwiegende Gründe entgegenstehen, insbesondere
682 Straftaten, die eine Ausreisepflicht begründen (siehe GFK Art. 1 E). Kritisch ist, dass
683 volljährige Kinder einen eigenen Aufenthaltstitel erwerben müssen. Die Kernfamilie sollte
684 weiterhin geschützt werden. Dass bestimmte junge Menschen (ausreisepflichtig geduldete
685 bzw. mit vorliegendem Versagensgrund) nun das Erwerbsverbot und das Verbot der
686 schulischen Berufsausbildung treffen soll, lehnen wir ab.

687
688 7. Arbeit und Ausbildung suchende Eingewanderte dürfen nur in arbeits- und
689 sozialrechtlich geschützte Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden. Sie müssen
690 arbeits- und sozialrechtlich gleichgestellt werden, davon ist auch das Kindergeld nicht
691 auszunehmen. Lohn- und Sozialdumping muss verhindert werden. Dies gilt auch für die
692 Einwanderung aus EU-Ländern. Dabei muss der Missbrauch der Dienstleistungsfreiheit
693 und der Entsendung beendet werden.

694 8. Um eines der Haupthindernisse für Erwerbseinwanderung, die verlangte
695 „Gleichwertigkeit“ von Berufsabschlüssen, abzubauen, werden internationale
696 Kooperationen und Partnerschaften gegründet bzw. verstärkt, die das duale
697 Ausbildungssystem im Ausland vermitteln. Im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit
698 stärkt dies zunächst vor allem die Ausbildungsstruktur vor Ort. Die SPD setzt sich für eine
699 Einwanderungspolitik ein, die auch die Entwicklungen in den Herkunftsländern in den Blick
700 nimmt, widerspricht jedoch einer gezielten Abwerbung von Hochqualifizierten aus anderen
701 Staaten.

702 Über die notwendigen Änderungen im Asylrecht und im Fachkräftezuwanderungsrecht
703 hinaus muss Einwanderungspolitik als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Sie muss
704 die Aufnahmefähigkeit und –kompetenz der Gesellschaft erweitern und die
705 Aufnahmebereitschaft der hier lebenden Bevölkerung vertiefen.

706

707 **Vor diesem Hintergrund fordern wir:**

708 Regionen und Kommunen, die herausragende und attraktive Zielgebiete für
709 Eingewanderte sind, müssen in ihrer Finanzausstattung besonders berücksichtigt werden.
710 Dies muss im kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt werden und in den
711 Finanzbeziehungen von Bund und Ländern.

712 Die SPD setzt sich für menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen für
713 Eingewanderte und Einheimische ein, für gleichberechtigte Teilhabe an Bildung, Wohnen
714 und Gesundheit und weiteren elementaren Grundlagen unseres Zusammenlebens.

715 Dies ist in vielen Bereichen besser mit einer Stärkung der Regelsysteme zu erreichen, als
716 mit speziellen Regelungen für Eingewanderte. Solche sind nur da erforderlich, wo es
717 darum geht, ausschließlich MigrantInnen betreffende Defizite abzubauen (z.B. nicht
718 ausreichende deutsche Sprachkenntnisse) oder ihre besonderen Ressourcen zu stärken
719 (z. B. natürliche Mehrsprachigkeit, interkulturelle Kompetenzen) oder ihre spezifischen
720 Bedürfnisse zu erfüllen (z.B. kultursensible Pflegeangebote).

721 Die SPD fordert deshalb weiterhin ein durchlässiges Bildungssystem, das Kindern und
722 Jugendlichen aus armen bzw. armutsbedrohten Familien – und dazu gehören
723 überproportional Zugewanderte – gleiche Zugangs- und Entwicklungschancen bietet.

724 Die SPD fordert eine deutliche Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, um

725 integrationsförderndes Wohnen zu stärken und die zunehmende Spaltung in „reiche“ und
726 „arme“ Wohngegenden zu stoppen. Immer noch sind belastete Stadtteile auch durch eine
727 hohe Zahl dort lebender EinwanderInnen geprägt.

728 Die SPD fordert gleichberechtigten Zugang zu gesundheitsfördernden und präventiven
729 Informationen und Maßnahmen, um vor allem Familien in benachteiligten Situationen
730 Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.

731 Die SPD begreift Integration in Deutschland als gemeinsam zu gestaltenden Prozess der
732 hier lebenden Bevölkerung, der Eingewanderten und der Einwandernden. Grundlage dafür
733 ist selbstverständlich unsere Verfassung, das Grundgesetz.

734 Wir SozialdemokratInnen würdigen und anerkennen die Anstrengungen, die in den
735 vergangenen Jahrzehnten zur Gestaltung dieses Prozesses unternommen worden sind,
736 von Politik, Verwaltung, Justiz, von Kommunen, Ländern, dem Bund und von
737 zivilgesellschaftlichen Akteuren, von Deutschen und von MigrantInnen.

738 Wir müssen aber aufgrund der Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen 2017
739 feststellen, dass negative Haltungen gegenüber neu ankommenden Flüchtlingen und
740 zuwandernden Menschen gewachsen sind. Sie richten sich in der Folge auch gegen
741 bereits seit Langem in Deutschland lebende Menschen nicht deutscher Herkunft. Die
742 Gründe dafür sind vielfältig. Wir müssen klar unterscheiden zwischen vermeintlichen oder
743 wirklichen Verdrängungs- und Konkurrenzängsten aufgrund mangelnder sozialer
744 Absicherung und fehlender Perspektiven einerseits und offenem Rassismus andererseits.
745 Wir sehen jedoch auch, dass die Zahl derer, die Integration bereits konstruktiv gestalten
746 und auch zukünftig gestalten wollen, weitaus größer ist. Dies ist auch das Ergebnis des
747 SVR-Integrationsbarometers 2018: Das Integrationsklima ist stabil, und Alltagserfahrungen
748 sind deutlich besser, als es der öffentliche Diskurs oft erwarten ließe.

749

750 **Die SPD muss entschieden dafür eintreten, dass**

- 751 - **soziale Absicherung für alle in Deutschland Lebenden (wieder) hergestellt**
- 752 **wird**
- 753 - **Chancengerechtigkeit und Aufstiegsperspektiven realisiert werden (können)**
- 754 - **offener Rassismus als solcher benannt und bekämpft wird**
- 755 - **aus dem derzeitigen „Ihr und Wir“ ein „Wir“ gestaltet wird.**

756 **4 UBVLT4**
757 Antragsteller: UBV

758
759 **Wir sichern die neue Arbeitswelt und ihre Beschäftigten!**
760

761 Die voranschreitende Digitalisierung wird die größte Revolution von Wirtschaft und
762 Gesellschaft seit Erfindung der Dampfmaschine sein. Sie bietet dabei enorme Chancen
763 aber auch große Risiken für den Arbeitsmarkt und die Beschäftigten. Es ist an der SPD
764 diese Transformation zu gestalten, damit alle an dem großen Potenzial für Wohlstand und
765 Fortschritt teilhaben können. Wir müssen die Rahmenbedingungen dieser Veränderungen
766 festlegen und dabei den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Bildung, Arbeit und Teilhabe
767 aufgrund – und nicht trotz – des digitalen Wandels muss der neue Narrativ der
768 Sozialdemokratie werden. Für uns ist dabei zweitrangig, wer Arbeit hat und wer nicht:
769 Unsere Aufgabe ist es Teilhabegerechtigkeit für alle zu ermöglichen.
770

771 ***Eine neue Arbeitswelt braucht eine andere Verteilung der Arbeit!***

772 Durch Künstliche Intelligenz und extreme Rationalisierungs- und Automatisierungs-
773 prozesse wird eine Reihe von Arbeitsplätzen verschwinden. Sozialer und insbesondere
774 ökonomischer Fortschritt geht aber notwendigerweise mit einem solchen Freiwerden von
775 Arbeitskraft einher: Nur wenn neue technologische Entwicklungen den Arbeitsalltag der
776 Menschen erleichtern, können diese komplexeren und qualifizierteren Tätigkeiten
777 nachgehen und so den Wohlstand steigern. In der Wirtschaft wird es immer Menschen
778 brauchen. So werden auch im Zuge der digitalen Transformation eine Vielzahl neuer
779 Berufsbilder und Stellen entstehen. Wir sollten unseren Fokus deshalb auf die Chancen
780 der Digitalisierung richten. Die SPD war und ist die Partei der Arbeit. Unser vorrangiges
781 Ziel muss es daher immer sein Arbeitsplätze zu erhalten, Stellen zu schaffen und jeder
782 und jedem die Chance zu geben sich so weit zu qualifizieren, um bestmöglich am
783 Arbeitsmarkt partizipieren zu können. Dafür müssen Arbeitsbedingungen teilweise neu
784 verhandelt werden. Die Digitalisierung wird die Arbeitswelt jedoch einer Rationalisierung in
785 einem noch nie dagewesenen Ausmaß unterwerfen. Die Erwerbsarbeit allein wird nicht
786 der einzige Verteilungsmechanismus von ökonomischem Wohlstand bleiben (können).
787 Deshalb müssen wir ebenso darüber reden, wie wir auch die
788 Digitalisierungsverlierer*innen am immer größer werdenden gesamtgesellschaftlichen
789 Wohlstand beteiligen können – und ihnen so die Ängste vor dem digitalen Wandel
790 nehmen. Wir fordern daher:

- 791
- 792 • ein klares Bekenntnis zur Arbeit als Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben
793 und den Erhalt und die Ausweitung des Arbeitsplatzangebots in Deutschland.
 - 794 • die Ausweitung der Eigenverantwortung der Beschäftigten und die Förderung von
795 individuellen Arbeitszeitmodellen und mobilem Arbeiten. Die Erreichbarkeit der
796 Beschäftigten muss dabei jedoch genau geregelt sein und darf nicht zu Lasten von
797 Freizeit und Familienleben gehen. Es braucht dafür ein Recht auf Offline-Sein und
798 klar definierte Schutzregelungen für Arbeitnehmer*innen vor den mit dem
799 technischen Fortschritt einhergehenden, steigenden Kontrollmöglichkeiten der
800 Arbeitgeber*innen.
 - 801 • Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich. Für uns liegt der soziale
802 Fortschritt bei Produktivitätssteigerungen in einer steigenden Zeitsouveränität der
803 Arbeitnehmer*innen. Hier sehen wir eine neue Form des Wohlstands, der durch die
804 extremen Digitalisierungsgewinne möglich wird.
 - 805 • die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und Betriebsvereinbarungen zur
optimalen Reform der Arbeitsorganisation und -gestaltung.

- 806
- 807
- 808
- 809
- 810
- 811
- 812
- 813
- 814
- 815
- den konsequenten Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit jeder und jedem die gleichen Möglichkeiten zur Verfügung stehen an Erwerbsarbeit teilzuhaben.
 - Maßnahmen zum besonderen Schutz und zur Inklusion von Menschen mit Behinderung, die vom digitalen Transformationsprozess des Arbeitsmarktes als vulnerable Gruppe besonders betroffen sind.
 - mögliche Lösungen für das ökonomische Verteilungsproblem, wie Modelle des (bedingungslosen) Grundeinkommens oder einer Arbeitsversicherung, zu diskutieren und zu prüfen, um die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen.

816

817 ***Eine neue Arbeitswelt braucht einen neuen Betriebsbegriff!***

818 Wir sehen das Grundproblem der Arbeitswelt in prekären Beschäftigungsformen. In der

819 Folge der Digitalisierung lassen sich Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt beobachten,

820 die mit erheblichen Auswirkungen auf Arbeitsverhältnisse und Arbeitsorganisation

821 einhergehen. Die sich dabei herausbildende Plattformökonomie ist dadurch

822 gekennzeichnet, dass sie sich bestehenden Regulierungsformen, etablierten Regelungen

823 von Arbeitsverhältnissen, tariflichen Vereinbarungen und gewachsenen Strukturen sozialer

824 Absicherung entzieht. Die Beschäftigten der Plattformwirtschaft arbeiten meist als Solo-

825 Selbstständige oder Freiberufler auf Werkvertrags- und Honorarbasis. Dadurch birgt die

826 Plattformökonomie einen dringenden Regulierungsbedarf um eine zunehmende

827 Prekarisierung der Beschäftigten zu unterbinden. Wir fordern daher:

- 828
- 829
- 830
- 831
- 832
- 833
- 834
- 835
- 836
- 837
- 838
- 839
- 840
- 841
- 842
- 843
- 844
- 845
- 846
- 847
- 848
- 849
- 850
- 851
- 852
- 853
- 854
- 855
- 856
- die Statusklärung der Beschäftigungsverhältnisse: wir sehen plattformbasierte Beschäftigung als abhängige Beschäftigung und nicht als Teil der Selbstständigkeit. Hierbei braucht es eine Anpassung des Betriebs- und Arbeitnehmerbegriffs um den neu entstehenden Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Daneben fordern wir die Umkehr der Beweislast, sodass die Plattformbetreiber*innen im Zweifelsfall nachweisen müssen, dass die Erwerbstätigen selbstständig sind. Zusätzlich bedarf es eines eigenständigen Monitorings der Plattformwirtschaft durch das BMWi. Kontrollbehörden (wie z.B. der Zoll) müssen – insbesondere personell – gestärkt werden.
 - die Festlegung von Mindeststandards: das BMAS soll Mindestvergütungen für Plattformarbeitende festschreiben, die auch Ausfallzeiten, Urlaub und Krankheit abdecken, und Mindeststandards beim Kündigungsschutz festsetzen.
 - garantierte, betriebliche Mitbestimmungsrechte: über Plattformen an den Betrieb gebundene Personen müssen unter den Schutz der betrieblichen Interessensvertretung gestellt werden. Weiterhin braucht es gesicherte gewerkschaftliche Zugänge zu Menschen, die auf bzw. über Plattformen arbeiten und eine arbeitsrechtlich nicht-sanktionsfähige, durchsetzbare Vereinigungsfreiheit der Beschäftigten. Die entsprechenden Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes müssen auf arbeitnehmer-ähnliche Beschäftigte ausgeweitet werden.
 - Anpassung und Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme an neue Formen der Beschäftigung: Plattformarbeitende müssen in die sozialen Sicherungssysteme und die damit einhergehende Absicherung (insbesondere Rente und Pflege) integriert werden. Um die individuelle Bemessungsgrundlage für die soziale Absicherung festzulegen, können die Daten über die ökonomische Aktivität der Beschäftigten dienen, die auf der Plattform gesammelt werden. Bei der Finanzierung müssen sich die Plattformbetreibenden an den Kosten der sozialen Absicherung beteiligen.
 - Europäische Zusammenarbeit: Es braucht zusätzlich Initiativen auf europäischer Ebene, um zu verhindern, dass durch grenzüberschreitende Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Plattformwirtschaft Mindestlöhne, Arbeitszeitregulierungen,

857 soziale Sicherungssysteme oder Steuern umgangen werden und um faire
858 Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit zu garantieren.

859
860 ***Eine neue Arbeitswelt braucht Fortbildung und Qualifizierung!***

861 Bildung ist das zentrale politische Handlungsfeld für die Wirtschaft 4.0. Wir brauchen neue
862 Wege in der Aus- und Weiterbildung, um die Chancen der Digitalisierung für die
863 Beschäftigten zu verwirklichen. Die Sozialdemokratie steht für ein Aufstiegsversprechen
864 durch Bildung. Wir müssen deutlich machen, dass dieses nicht nur für die Erstausbildung
865 gilt, sondern dass es nach unserer Vorstellung jeder und jedem möglich sein soll, durch
866 selbstbestimmtes, lebenslanges Lernen die eigene berufliche Zukunft zu sichern. Um
867 dieses Versprechen einlösen zu können, wollen wir die Berufliche Bildung, die
868 Hochschulbildung und die Weiterbildung systematisch modernisieren und zukunftsfest
869 ausgestalten. Wir fordern daher:

- 870 • Digitale Bildung von der KiTa bis zum Hochschul- bzw. Berufsabschluss: Kinder
871 und Jugendliche müssen frühzeitig für Zukunftsfelder sensibilisiert werden. Dazu
872 müssen bereits in der frühkindlichen und schulischen Bildung entsprechende
873 Angebote der Medienkompetenz (z. B. Internetrecherche, Datenschutz und
874 Umgang mit sozialen Medien) und grundlegender Informatikkenntnisse verankert
875 werden.
- 876 • Fortbildungsmöglichkeiten für Erzieher*innen und Lehrer*innen sowie die (Fort-
877)Entwicklung digitaler Lehr- und Lernmaterialien: Die relevanten
878 Ausbildungsordnungen, Studiengänge und Berufsqualifikationen müssen die
879 digitalen Anforderungen im hochspezifizierten Bereich berücksichtigen. Weiterhin
880 müssen diese Fähigkeiten auch in Form von Zusatzqualifikationen anzueignen
881 sein, um auch bereits ausgebildete Lehrer*innen hinreichend zu qualifizieren.
- 882 • eine adäquate digitale Infrastruktur an Schulen. Dazu zählen eigene IT-
883 Administratoren und Learning-Management-Systeme.
- 884 • mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung: Unser Ziel
885 muss es sein, die Qualität der beruflichen Ausbildung so attraktiv zu gestalten,
886 dass die Berufliche Bildung und die Hochschulausbildung nicht zwei
887 konkurrierende, starre Systeme, sondern gleichwertige Alternativen mit fließenden
888 Übergängen darstellen.
- 889 • einen Rechtsanspruch auf geförderte Weiterbildung: Eine komplexe Wirtschaft
890 braucht differenzierte und beschäftigtenorientierte Weiterbildungsangebote. Ziel
891 muss es sein, die Beschäftigten frühzeitig zu unterstützen und ihre
892 Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten – insbesondere wenn sie durch die digitale
893 Transformation vor Veränderungen stehen. Wir wollen deshalb ein einheitliches
894 Bundesweiterbildungsgesetz mit dem ein Anspruch von Beschäftigten auf
895 Freistellung von der Arbeitsleistung für die individuelle berufliche Weiterbildung mit
896 einem Rückkehrrecht auf ihren Arbeitsplatz garantiert wird. Bestehende
897 Weiterbildungsangebote müssen besser kommuniziert und beworben werden.
- 898 • kommunale Beteiligung bei digitaler Qualifizierung: Auch die Kommunen müssen
899 ihren Beitrag zur digitalen Bildung leisten – und dabei insbesondere einen Zugang
900 unabhängig von der Größe des verfügbaren Einkommens ermöglichen. Angebote
901 von Berufskollegs und Volkshochschulen müssen an die Anforderungen des
902 digitalen Strukturwandels angepasst und dementsprechend erweitert werden.

903
904 ***Eine neue Arbeitswelt braucht einen sozialen Umgang mit künstlicher Intelligenz!***

905 Künstliche Intelligenz (KI) simuliert menschliche Intelligenz, also selbstständiges Lernen
906 und die Verarbeitung von Daten, durch Computersysteme. Damit ist die KI der wesentliche
907 Treiber der voranschreitenden digitalen Transformation. Intelligente Maschinen werden
908 demnach in naher Zukunft unser Leben, die Arbeitswelt und die Wirtschaft entscheidend

909 verändern. Hier ist es wichtig, die Beschäftigten selbst in den Mittelpunkt dieser
910 Entwicklungen zu stellen und nicht ausschließlich profitorientierte Entscheidungen zu
911 treffen. Gesamtwirtschaftlich sind durch den Einsatz von KI drastische
912 Produktivitätssteigerungen zu erwarten. Die positiven ökonomischen Effekte dürfen am
913 Ende jedoch nicht nur einigen wenigen Digitalisierungsgewinner*innen, sondern möglichst
914 allen Bürgerinnen und Bürgern, zugutekommen. Wir fordern daher:

- 915 • die Auswirkungen der folgeträchtigen Rationalisierungsprozesse der KI auf den
916 Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme mittelfristig zu beobachten und Lösungen zur
917 zunehmenden Diskrepanz von Kapital und Arbeit zu erarbeiten.
- 918 • Maßnahmen zur gerechten Verteilung der KI-bedingten Produktionsgewinne – wie
919 beispielsweise durch die Einführung einer Maschinensteuer – zu prüfen und ggf. zu
920 implementieren.

921

922 **Begründung:**

923 Die SPD ist seit jeher eine technologie-freundliche Partei. Noch ist nicht abzusehen,
924 welche konkreten Auswirkungen die Digitalisierung auf Arbeitsplätze und soziale
925 Sicherungssysteme haben wird. Fest steht allerdings, dass an verschiedenen Stellen –
926 und zwar explizit nicht nur im geringqualifizierten Bereich – Arbeitsplätze wegfallen
927 werden, während gleichzeitig neue Stellen entstehen werden. In der Digitalisierung von
928 Wirtschaft und Gesellschaft liegt ein enormes Potenzial. Dieses müssen wir nutzen,
929 fördern und allen einen gerechten Zugang dazu ermöglichen. Zeitgleich müssen wir den
930 Menschen die Ängste vor der digitalen Revolution, insbesondere vor ökonomischem wie
931 sozialem Abstieg, nehmen und sie in die Lage versetzen an den Gewinnen der
932 Digitalisierung teilzuhaben. Technologischer Fortschritt ist dabei für sich genommen weder
933 gut noch schlecht. In ihm liegen die Chancen für neue hochwertige Arbeitsplätze und eine
934 höhere Arbeitsqualität, aber auch die Risiken von Rationalisierung und Arbeitslosigkeit. In
935 jedem Fall vollzieht sich Fortschritt jedoch nicht im luftleeren Raum – im Gegenteil, auch
936 unter den Bedingungen der Digitalisierung kann und muss gute Arbeit neu verhandelt und
937 gestaltet werden. Als SPD müssen wir die Grundlagen und Rahmenbedingungen dafür
938 schaffen.

939 Insbesondere in der Plattformwirtschaft tätige Personen haben unter den Veränderungen
940 der digitaler werdenden Arbeitswelt zu kämpfen. Die Jobs sind befristet und unsicher, die
941 Vergütung gering. Kosten für Winterkleidung, Fahrradverschleiß und Reparaturen werden
942 nicht übernommen. Im Krankheitsfall fehlt das Einkommen, bei gewerkschaftlicher
943 Organisation droht die Kündigung. Es gibt keinen Urlaub und keine Planungssicherheit.
944 Plattformarbeiter*innen gelten zu Recht als das neue Lumpenproletariat. Die schlechten
945 Arbeitsbedingungen hängen vor allem mit dem ungeklärten Status der Erwerbstätigen
946 zusammen. Während die Plattformbetreibenden sie als Solo-Selbstständige sehen, die für
947 ihre soziale Absicherung selbst verantwortlich sind, sehen die Gewerkschaften sie klar als
948 abhängig Beschäftigte. Zudem handelt es sich bei der Plattformwirtschaft um einen stetig
949 wachsenden Wirtschaftssektor, weshalb davon auszugehen ist, dass immer mehr
950 Menschen von diesen unregulierten, prekären Arbeitsbedingungen betroffen sein werden.
951 Unsere Aufgabe muss es sein, die arbeitsrechtlichen und sozialen Ansprüche der
952 Beschäftigten gegenüber den Profitinteressen der Plattformbetreibenden zu verteidigen
953 und auch Plattformarbeitenden gute Arbeit unter guten Arbeitsbedingungen zu
954 ermöglichen.

955 Die individuelle Bildung ist der Schlüssel dafür an den großen Chancen der Digitalisierung
956 teilzuhaben. Auch hierfür müssen die Grundlagen im Bildungsbereich aber erst gelegt
957 werden: Von der KiTa bis zum Hochschul- und/oder Berufsabschluss fehlt es an der
958 Vermittlung von digitalen Kompetenzen wie Medienbildung, Informatik oder
959 Programmiersprachen. Zusätzlich muss das Lehrpersonal entsprechend ausgebildet und
960 passende Lehrmaterialien erstellt werden. Es ist jetzt höchste Zeit mit der Digitalisierung

961 des Bildungswesens zu beginnen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.
962 Und auch im Weiterbildungsbereich gibt es noch viel Nachholbedarf: aufgrund des hohen
963 Tempos technologischer Veränderungen sinkt die Halbwertszeit von beruflichem Wissen
964 stark. Lebenslanges Lernen und Weiterqualifizierung werden zunehmend unabdingbar. Mit
965 dem Qualifizierungschancengesetz macht das BMAS hier einen ersten wichtigen
966 Aufschlag. Die Angebote der Bundesagentur für Arbeit müssen aber modernisiert und
967 zielgerichtet ausgebaut werden. Weitere Anreize zur beruflichen Weiterbildung müssen
968 gesetzt werden und die Arbeitgeber müssen den Beschäftigten schließlich auch die Zeit
969 einräumen an solchen Qualifizierungsmaßnahmen überhaupt teilnehmen zu können.

970 **5 BiPo1**

971
972 Antragsteller: AfB-Unterbezirk Köln
973 **Die Entwicklung zur einen Schule für alle vorantreiben**

974
975 Die SPD nimmt die Entwicklung des Schulsystems zu einer gemeinsamen Schule für alle
976 Kinder in ihr Parteiprogramm auf. Sie setzt sich offensiv und öffentlich für dieses Ziel ein
977 und sucht in einem intensiven Dialog mit der Öffentlichkeit, mit Wissenschaft,
978 Gewerkschaft und Elternverbänden nach den besten Wegen zur Realisierung.

979
980 Hierzu gehören

981
982 - der kostenfreie Besuch des Ganztags

983
984 - Übernahme der Regelungen für den Offenen Ganztags ins Schulgesetz NRW

985
986 - Zulassung eines gebundenen Ganztags auch an Grundschulen

987
988 - Bereitstellung der notwendigen Mittel für Bildung im Landeshaushalt

989
990 - bessere Ausstattung der Kölner Schulen

991
992 - die Erprobung der flexiblen und modularisierten Oberstufe

993
994 - Implementierung eines Rechtsanspruchs im Landesschulgesetz für einen Schulplatz an
995 einer Grundschule. Damit wird Eltern und den Kindern eine echte Wahlfreiheit ermöglicht.

996
997 - zeitnahe Einrichtung weiterer Gesamtschulen, u.a. der schon bestehenden Planung

998 * in Rondorf (Revidierung des Ratsbeschlusses vom 22.11.2018)

999 * in Ossendorf

1000 * in Kalk oder Rath

1001 * in Dellbrück (Ausbau der Oberstufe)

1002 * in Mülheim (Mülheim Süd)

1003 * Ausbau der Gesamtschule in Lindenthal

1004
1005 - zeitnahe Versorgung mit ausreichenden Schulplätzen

1006
1007 - Einführung der Abschulungsverbots

1008
1009 - Stärkung der Multiprofessionellen Zusammenarbeit

1010
1011 - Bezahlung aller Mitglieder der multiprofessionellen Teams nach Tarif (TVL bzw. TVöD)

1012
1013 - kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs durch Schülerinnen und Schüler und
1014 ggf. Azubis

1015 **Begründung:**

1016 Soziale Gerechtigkeit ist ohne Bildungsgerechtigkeit nicht möglich. Alle Untersuchungen –
1017 national und international - bestätigen: Noch immer hängt der Schulerfolg in Deutschland
1018 von der sozialen Stellung der Eltern ab. Das undemokratische selektive Schulsystem aus
1019 dem 19. Jahrhundert, entwickelt für eine Ständegesellschaft, dominiert immer noch das
1020 Bildungssystem der demokratischen Bundesrepublik. Die Gesamtschulen leisten dasselbe

1021 wie die Gymnasien, sie führen zum gleichen Abitur, aber sie ermöglichen darüber hinaus
1022 allen Kindern ohne Sitzenbleiben und Abschulung den Weg zum bestmöglichen
1023 Schulabschluss. Dabei erreichen viele Schüler*innen das Abitur, die keine Schulform-
1024 empfehlung Gymnasium hatten.

1025
1026 Bildung ist für eine lebendige Großstadt das hervorstechende Kriterium. Schulplanungen,
1027 mangelnde Schulausstattungen, zu wenig nichtlehrende Fachkräfte, mangelnde
1028 Berücksichtigung der Lage der Schule (Sozialindex) führen in Köln dazu, dass die
1029 aktuellen Themen der Schulentwicklung (Inklusion, Integration, Förderung, ganzheitliche
1030 Bildung, Chancengerechtigkeit) nicht ausreichend bearbeitet werden.

1031
1032 Es gilt soziale Hürden abzubauen!
1033 Einen Beitrag zur Teilhabegerechtigkeit kann die Gesamtschule im Neubaugebiet Rondorf-
1034 Nord darstellen.

1035 In Köln stehen seit Jahren zu wenige Schulplätze zur Verfügung. Kinder müssen längere
1036 Wegzeiten in Kauf nehmen, die manchmal maßgeblich das Familienleben beeinträchtigen.
1037 Ebenso können die Wünsche auf einen Gesamtschulplatz oft nicht umgesetzt werden. Im
1038 Neubaugebiet Rondorf-Nord, in dem ca. 1300 Wohneinheiten entstehen, soll gemäß dem
1039 Schulentwicklungsplan eine weitere Gesamtschule eingerichtet werden. Gerade die
1040 Gesamtschule bietet in einem neu entstehenden Viertel die Garantie der Beschulung aller
1041 Kinder mit unterschiedlichen Schulformempfehlungen, zumal 2016 der Rat der Stadt Köln
1042 das Auslaufen der Hauptschule Rodenkirchen beschlossen hat. Unglücklicherweise
1043 änderte die Mehrheit von Grünen und CDU diese Planung.

1044 Zudem stärkt die Gesamtschule über die individuelle Förderung und die intensive
1045 Netzwerkarbeit den Entwicklungsprozess im neuen Sozialraum. Die Schulentwicklung in
1046 Köln muss die Sozialraumentwicklung mit im Blick haben.

1047
1048 Köln benötigt mehr Gesamtschulplätze. Der Bedarf zum Schuljahr 2018/2019 zeigt an,
1049 dass trotz der in den letzten Jahren zusätzlich geschaffenen rd. 1000 Gesamtschulplätzen,
1050 weitere knapp 1000 Kinder keinen gewünschten Gesamtschulplatz erhielten. Das
1051 entspricht einer Quote von ca. 28-30 % insgesamt der angemeldeten Schülerinnen und
1052 Schüler.

1053 **6 BiPo2**

1054

1055 Antragsteller*in: Jusos

1056

1057 **Soziales Medizinstudium stärken**

1058

1059 Im Medizinstudium soll vor dem 1. Abschnitt der ärztlichen Prüfung eine Lehrveranstaltung
1060 angeboten werden, die besonders auf die sozialen Aspekte des Berufs eingeht. Dort soll
1061 den Studierenden das Gesundheitssystem näher gebracht und sich kritisch damit
1062 auseinandergesetzt werden. Außerdem sollen ethische und soziale Fragen behandelt
1063 werden, sowie der Umgang mit Patienten geübt werden. Außerdem sollen
1064 Grundkenntnisse in der Pflege erlangt werden.

1065 Im Gegenzug werden Fächer, die aktuell sehr spät im Curriculum angeboten werden
1066 (Gesundheitsökonomie, Ethik der Medizin, Psychosomatik) um die vorher schon
1067 behandelten Themen gekürzt.

1068

1069 **Begründung:**

1070 In einer neuen Lehrveranstaltung sollen die Studierenden daher Grundkenntnisse der
1071 pflegerischen Arbeit erlernen, es soll aber vor allem das kritische Reflektieren von
1072 schwierigen Situationen im Klinikalltag ermöglicht werden. Dazu gehört auch die
1073 Auseinandersetzung mit dem Gesundheitssystem, die bisher extrem spät im Curriculum
1074 erfolgt.

1075 Der Arztberuf ist für uns ein vorrangig sozialer Beruf und sollte daher darauf ausgerichtet
1076 sein, nicht nur die körperlichen Beschwerden von Menschen zu erfassen, sondern diese
1077 ganzheitlich zu sehen, also auch soziale und seelische Aspekte bei der Behandlung
1078 miteinzubeziehen. Der Arzt/die Ärztin sollte auch Lobbyist für die eigenen Patienten sein
1079 und kritisch beurteilen können, wie Gesundheits- und Sozialsystem sich auf deren Heilung
1080 auswirken.

1081 Nun ist es momentan so, dass durch den hohen NC und andere Auswahlverfahren nur
1082 Studierenden mit extrem hohen Bildungs- und Sozialstatus ins Studium eintreten. Die
1083 daraus resultierende elitäre Gemeinschaft verstärkt das Gefühl der Exklusivität des
1084 Studiums zusätzlich. Da fällt es häufig schwer, sich später auf Patienten einzulassen, die
1085 einen niedrigeren sozioökonomischen Status haben. Die wenigsten der Studierenden haben
1086 sich selbst schon einmal in solch prekären Situationen befunden und daher ist es natürlich
1087 nicht leicht, sich in solche Patienten hinein zu versetzen.

1088 Daher sollte schon ganz am Anfang des Studiums der soziale Aspekt herausgearbeitet
1089 werden und das kritische Nachdenken in der gesamten ärztlichen Laufbahn gefördert
1090 werden. Durch die Verknüpfung mit der Pflege können gezielt Zusammenhänge in der
1091 körperlichen und sozialen Versorgung herausgearbeitet werden und der Mensch als
1092 Ganzes wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Daher bitten wir um die Umsetzung
1093 dieses Antrages.

1094 **7 BiPo3**

1095

1096 Antragsteller: OV Sülz/Klettenberg

1097

1098 **Verpflichtender Besuch einer Bildungseinrichtung vor der Grundschule**

1099

1100 **Weiterleitung an Bundes- und Landesparteitag**

1101

1102 Der Parteitag der KölnSPD möge zur Weiterleitung an den ordentlichen Landesparteitag
1103 und den ordentlichen Bundesparteitag den verpflichtenden Besuch einer Bildungs-
1104 einrichtung vor der Grundschule beschließen.

1105

1106

1107 **Begründung:**

1108 Weil eine sinnvolle Bildungsarbeit gerade bei den Kleinsten außerordentliche Fortschritte
1109 bei der Schaffung von Lebenschancen bewirkt, beschließt die SPD, sich für die Einführung
1110 des verpflichtenden Besuches einer Bildungseinrichtung vor dem Eintritt in die
1111 Grundschule einzusetzen. Dabei sind bundesweit einheitliche Standards zu vereinbaren.
1112 Hierbei muss die Forderung nach Gebührenfreiheit, die bessere Ausbildung und
1113 Bezahlung des pädagogischen Personals und die finanzielle Entlastung der Kommunen
1114 beibehalten werden. Dazu sind die entsprechenden personellen und finanziellen
1115 Ressourcen durch den Bund bereitzustellen.

1116 **7a BiPo4**

1117

1118 Antragsteller Jusos

1119

1120 **Digitalisierung an Schulen – Jetzt**

1121

1122

1123 Wir fordern, Schulen für die Digitalisierung zu rüsten. Die Digitalisierung macht es
1124 erforderlich, dass die Lernenden bereits während ihrer Schulzeit mit den notwendigen
1125 Kompetenzen ausgestattet werden. Das macht Informatikkenntnisse und den kritischen
1126 Umgang mit Medien wichtig. Damit Schüler*innen hier Kompetenzen aufbauen können,
1127 müssen die Lehrenden selbst eine gewisse Kompetenz entwickeln, und es muss eine
1128 entsprechende technische Ausstattung vorhanden sein.

1129

1130 Um Schüler*innen frühzeitig Computerkompetenzen mit auf den Weg zu geben, muss jede
1131 Schule zunächst genügend Computer besitzen. Diese Computer müssen regelmäßig
1132 gewartet und mit Updates bespielt werden. Damit die Lehrenden sich auf ihre
1133 Kernaufgabe – die Vermittlung von Wissen – konzentrieren können, fordern wir daher IT-
1134 Admin*as für Schulen. Diese sollen auch dafür zuständig sein, dass Beamer und
1135 Smartboards einsatzfähig sind. Zur Verbesserung der Lehre sollen auch diese künftig zur
1136 Grundausstattung von Bildungseinrichtungen gehören.

1137

1138 Auch die Lehrkräfte müssen in Sachen Digitalisierung weitergebildet werden. Wir fordern,
1139 dass Lehrkräfte in der Bedienung der genannten Endgeräte geschult werden. Da zudem
1140 ein Engpass an qualifizierten Lehrkräften besteht, die IT-Kompetenzen vermitteln können,
1141 fordern wir ein größeres Weiterbildungsangebot im informationstechnischen Bereich für
1142 fachfremde Lehrkräfte, sodass diese befähigt werden, hier Grundkenntnisse zu vermitteln.
1143 Der hierfür anfallende zusätzliche Aufwand soll ihnen fair vergütet werden. Zudem muss
1144 sichergestellt werden, dass es auch in Zukunft genügend Informatik-Lehrer*innen gibt.

1145

1146 Im Unterricht müssen IT-Kompetenzen an mehreren Stellen eingeübt werden. Zum einen
1147 fordern wir, dem Informatikunterricht den Stellenwert zu geben, den er in der heutigen
1148 digitalen Welt verdient – beispielsweise, indem er gleichwertig zu Sprachen oder
1149 Naturwissenschaften unterrichtet wird. Zum anderen muss der Umgang mit PCs und dem
1150 Internet fächerübergreifend eingeübt werden. Wir fordern, dass der Umgang mit sozialen
1151 Medien und ein Grundbewusstsein für den Umgang mit den eigenen Daten in der
1152 Mittelstufe vermittelt werden. Außerdem soll eine Recherchekompetenz vermittelt werden,
1153 die Schüler*innen die selbstständige Einordnung von Quellen (z.B. als „glaubwürdig“ oder
1154 „wenig glaubwürdig“) ermöglicht. Dies kann in verschiedenen Fächern, z.B. in Deutsch,
1155 Englisch, Geschichte oder Sozialwissenschaften, ermöglicht werden. Auch für solche
1156 Unterrichtseinheiten sollen Weiterbildungen für Lehrkräfte angeboten werden. Hierfür
1157 muss Platz im Lehrplan geschaffen werden, damit die Vermittlung der Kompetenzen
1158 sichergestellt wird.

1159

1160 Bei den Lehrer*innen gibt es seit der Verkündung der DSGVO die stärkere Kontrolle, dass
1161 ihre privaten Computer nicht verwendet werden dürfen um Daten, wie Noten, der
1162 Schüler*innen zu speichern. Damit sie aber weiterhin ihre Tätigkeit ausüben können
1163 müssen, fordern wir, dass jede*r Lehrer*in einen eigenen Computer vom Land erhält.

1164 **8 SoPo1**

1165 Antragsteller: Ortsverein Ehrenfeld

1166

1167 **Anrechnung von Einkommen auf Grundsicherung u. a. Sozialleistungen**
1168 **verringern**

1169 Weiterleitung: Bundesparteitag

1170 Wenn eine alleinerziehende Mutter 600 Euro im Monat verdient, hat sie genauso viel zum
1171 Leben, wie eine andere Aufstockerin, die nicht arbeiten geht. Das ist weder gerecht, noch
1172 belohnt es ihre Arbeit. Jeder der arbeitet, muss mehr zum Leben haben, als jemand der
1173 nicht arbeitet.

1174 Deswegen sollten die Anrechnungsregeln auf Grundsicherung („Hartz-IV“) so verändert
1175 werden, dass Einkommen auch immer zu einem Mehr an Einkommen führen. 20 Prozent
1176 der Nettoeinkommen sollten anrechnungsfrei bleiben. Das würde obiger Beispielperson
1177 120 Euro mehr zum Leben lassen.

1178 Dieser Grundgedanke ist auf andere Sozialleistungen zu übertragen. Eine 100-prozentige
1179 Anrechnung ist in allen Fällen abzuschaffen, z.B. beim BaföG. Bei 100-prozentiger
1180 Anrechnung haben viele Menschen keinen Grund arbeiten zu gehen und der Staat muss
1181 sie vollständig tragen. Bei einer geringeren Anrechnung, würden viele Menschen (wieder)
1182 in dem Rahmen arbeiten gehen, in dem es ihnen möglich ist. Sie hätten etwas davon und
1183 auch der Staat würde sparen. Allen wäre geholfen.

1184

1185

1186 **9 SoPo2**

1187

1188 Antragsteller: Ortsverein Ehrenfeld

1189 **Anrechnung von Renten auf Grundsicherung im Alter verringern**

1190

1191 Weiterleitung: Bundesparteitag

1192

1193 Warum soll jemand, der 35 Jahre gearbeitet hat, 10 Prozent mehr Rente bekommen, als
1194 jemand, der nur 34 Jahre gearbeitet hat? Genau das wäre jedoch die Folge der
1195 *Solidarrente*, wie sie aktuell im Parteiprogramm steht. Stattdessen sollte es sich für jeden
1196 Menschen lohnen, in die Rentenkasse einzuzahlen, unabhängig davon, ob er/sie später
1197 über Grundsicherungsanspruch kommt. Auch sollte jeder, der für das Alter gespart hat,
1198 etwas davon haben.

1199 Dies lässt sich nur erreichen, wenn die Anrechnung von Einkommen auf die Grundrente
1200 reformiert wird. Heute werden gesetzliche Rente, private Renten und Grundsicherung im
1201 Alter meistens vollständig verrechnet. Jemand der nach 30 Jahren Teilzeit auf 500 Euro
1202 gesetzlichen Rentenanspruch kommt, hat dann keinen Cent mehr, als jemand, der nie
1203 gearbeitet hat. Auch wenn diese Person sich mühsam 100 Euro zusätzliche Rente
1204 angespart hat, wird sie nichts davon haben. Das ist nicht gerecht.

1205 Deswegen sollten die Anrechnungsregeln so verändert werden, dass Rentenbeiträge
1206 immer auch zu einem Mehr an Einkommen führen. 20 Prozent der Nettorenten sollten
1207 anrechnungsfrei bleiben. Das würde obiger Beispielperson 120 Euro mehr zum Leben
1208 lassen. (Im aktuellen Solidarrenten-Modell wären es 0 Euro.)

1209

1210 **10 SoPo3**

1211

1212 Antragsteller: Ortsverein Köln-Dellbrück

1213 **Gesamtreform Alterssicherungssysteme**

1214

1215 Weiterleitung: Bundesparteivorstand

1216

1217 Wir fordern den Bundesparteivorstand auf, umgehend eine Expertenkommission mit dem
1218 Auftrag einzusetzen, Reformideen für eine umfassende Gesamtreform des
1219 Alterssicherungssystems zu entwickeln. In diese Kommission soll der Sachverstand aus
1220 den unter sozialdemokratischer Führung stehenden Ministerien, der
1221 Sozialversicherungsträger und der Sozialverbände, der Gewerkschaften und aus
1222 wissenschaftlichen Instituten sowie nicht zuletzt aus der Mitgliedschaft der SPD einfließen.
1223 Das Reformkonzept soll unserer Vorstellung nachfolgenden Kriterien entsprechen:

1224

1225 1. Wiederherstellung und Stabilisierung eines angemessenen Rentenniveaus, mit dem das
1226 Prinzip der Lebensstandardsicherung und die Armutsfestigkeit der Renten Gültigkeit
1227 erlangt und umgesetzt wird. Eine Schadensbegrenzung im bestehenden System reicht
1228 nicht aus, eine Reform des Systems ist erforderlich!

1229

1230 2. Stabilisierung der proportionalen Beitragsbelastung der Arbeitseinkommen u.a. durch
1231 Herausnahme der privaten Vorsorge aus dem Rentensystem und die Wiederherstellung
1232 der paritätischen Beitragsleistung.

1233

1234 3. Vermeidung von Altersarmut durch eine vollwertige Mindestsicherung innerhalb des
1235 Rentensystems.

1236

1237 4. Stabilisierung des versicherungspflichtigen Personenkreises im Hinblick auf den
1238 Strukturwandel der Arbeitswelt, z.B. wenn neue und unkonventionelle Arbeitsformen
1239 aufkommen und damit eine Schicht von Erwerbstätigen entsteht, die nicht durch das
1240 derzeitige Rentensystem abgesichert ist.

1241

1242 5. Durchsetzung des Prinzips eines gleichen Sozialrechts für alle Bürgerinnen und Bürger,
1243 Überwindung der berufsständischen Alterssicherungssysteme durch die Einführung einer
1244 Erwerbstätigenversicherung.

1245

1246 6. Sicherstellung einer Alterssicherung für Frauen, die infolge von Lohndiskriminierung,
1247 weit verbreiteter Teilzeitarbeit, Unterbrechung der Erwerbsbiografie usw. bereits heute
1248 überproportional unter Altersarmut leiden.

1249

1250 Begründung:

1251 Die Bilanz des 2001eingeführten teilprivatisierten Rentensystems (Drei-Säulen-Modell)
1252 zeigt, dass diese Reform insgesamt gescheitert ist: Die traditionellen Ziele der
1253 Alterssicherung - Sicherung des Lebensstandards im Alter und Armutsfestigkeit – sind
1254 nicht erreicht worden. Darüber hinaus lässt sich die infolge der Absenkung des
1255 Rentenniveaus entstandene Versorgungslücke weder über die betriebliche noch über die
1256 private Altersvorsorge und selbst über eine Kombination dieser beiden Vorsorgearten
1257 schließen. Darüber hinaus werden die im Zuge der Digitalisierung sich verändernden
1258 Beschäftigungsverhältnisse nicht ausreichend abgesichert. Ferner fehlt eine vollwertige
1259 Mindestsicherung bei den Alters- und Erwerbsminderungsrenten sowie für die atypischen
1260 Beschäftigungsverhältnisse mit der Folge, dass insbesondere Frauen im Alter von Armut
1261 bedroht sind. Mit Reparaturmaßnahmen am Rentensystem lässt sich zwar eine

1262 Schadensbegrenzung bei einer Reihe von Konstruktionsmängeln des derzeitigen
1263 Rentensystems erreichen. Das hat auch in einigen Themenfeldern zu Verbesserungen
1264 geführt, jedoch die Probleme nicht von Grund auf gelöst. Diese Strategie der
1265 Schadensbegrenzung stößt infolge der zukünftigen Herausforderungen an ihre Grenzen.
1266 Daher muss dringen ein Diskussionsprozess zur Schaffung eines zukunftsfesten
1267 Rentensystems eingeleitet werden. Die Umsetzung einer umfassenden, solidarischen
1268 Gesamtreform lässt sich bei den derzeitigen Wahl- und Umfrageergebnisse nicht allein
1269 durch die SPD umsetzen. Dazu bedarf es eines gesellschaftlichen Diskussionsprozesses,
1270 in dessen Verlauf die SPD verlorenes Vertrauen in ihre soziale Kompetenz wiedererlangen
1271 kann.

1272 **11 SoPo4**

1273

1274 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

1275

1276 **Keine prekäre Beschäftigung bei der Volkshochschule**

1277

1278 Die KölnSPD setzt sich für gute und sichere Arbeitsverhältnisse und die soziale Teilhabe
1279 am Arbeitsmarkt ein. Bereits im Kommunalwahlprogramm 2014 hatte die KölnSPD
1280 gefordert:

1281 „Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass der Trend zu prekären
1282 Beschäftigungsverhältnissen gebrochen wird und Arbeitsbedingungen und Arbeits-
1283 verhältnisse so gestaltet werden, dass sie einer sozialdemokratischen Be-
1284 schäftigungspolitik entsprechen. Wir fordern, dass die Stadtverwaltung sowie die
1285 städtischen und stadtnahen Gesellschaften ihrer Vorbildfunktion als Arbeitgeberin auch
1286 weiterhin gerecht werden. Ordentliche und unbefristete Beschäftigungsverhältnisse sind
1287 aus Sicht der SPD auch die Basis für eine hohe und gleichbleibende Qualität der
1288 Dienstleistungen, ein gesundes Arbeitsklima und langfristig für die Gesundheit am
1289 Arbeitsplatz.“

1290 Prekäre Beschäftigung darf nicht vordergründig abgelehnt und hintenherum praktiziert
1291 werden. Daher fordern wir für die überwiegend weiblichen Honorarkräfte an der VHS Köln
1292 und sonstigen städtischen Bildungseinrichtungen:

1293 Die Lehrkräfte in den Integrationskursen sollen verstärkt in Festanstellung beschäftigt
1294 werden. Der Rat der Stadt Köln soll daher die Verwaltung auffordern, die
1295 sachangemessene Anzahl von Planstellen für feste Lehrkräfte im Bereich der
1296 Integrationskurse zu ermitteln und dementsprechende Planstellen in den Stellenplan der
1297 Stadt aufzunehmen. Hierbei ist, wie im Lehrbereich üblich, nicht nur die reine
1298 Unterrichtszeit, sondern auch Vorbereitung, Nachbereitung und Korrekturzeit zu
1299 berücksichtigen.

1300 Die weiterhin als Honorarkräfte beschäftigten Lehrkräfte sollen eine bessere soziale
1301 Absicherung erhalten. Der Rat der Stadt Köln soll daher beschließen, die Honorarordnung
1302 der Stadt an tarifliche Erhöhungen zu binden und den Honorarkräften eine
1303 Mindestsicherung im Bereich Krankenversicherung und Karenztage zu gewährleisten.

1304 Der Rat der Stadt Köln soll die Oberbürgermeisterin auffordern, im Rahmen der
1305 Versammlung des deutschen Städtetags darauf zu dringen, städteübergreifende
1306 Regelungen für die Verankerung und Finanzierung der Integrationskurse an den
1307 Volkshochschulen mit dem BAMF zu vereinbaren, die den Lehrkräften ein normales
1308 Angestelltenverhältnis ermöglichen. Dies dient auch der Qualitätssteigerung bzw.
1309 Qualitätssicherung der Integrationskurse.

1310 Begründung:

1311 Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen ist Gegenstand der öffentlichen
1312 Diskussion. Bisher von der Politik vernachlässigt und im öffentlichen Bewusstsein wenig
1313 präsent sind die noch viel schlechteren Arbeitsbedingungen von Beschäftigten auf
1314 Honorarbasis. Hierbei handelt es sich um ein Beschäftigungsmodell, das im
1315 Bildungssektor verbreitet ist und weiter zunimmt. Betroffen sind arbeitnehmerähnliche
1316 Honorarlehrkräfte an den Volkshochschulen (z.B. vom Bundesamt für Migration und

1317 Flüchtlinge (BAMF) beauftragte Sprachkurse für Migrant*innen), Beschäftigte an
1318 Musikschulen, Lehrbeauftragte an Universitäten u.v.m. Im Gegensatz zu selbst kurzen
1319 Arbeitsverhältnissen haben Honorarlehrkräfte keinerlei soziale Absicherung. Die zugrunde
1320 liegenden Verträge umfassen beispielsweise Zeiträume zwischen einem Semester (ca. 6
1321 Monate) an Hochschulen und einem Kursabschnitt (ca. 5 Wochen) an Volkshochschulen
1322 und werden bei Bedarf immer wieder neu abgeschlossen, bzw. falls die Nachfrage
1323 nachlässt, auch spontan nicht abgeschlossen.

1324 Bei der Lehrtätigkeit arbeitnehmerähnlich beschäftigter Lehrkräfte an den Volks-
1325 hochschulen wird die reine Präsenzzeit in der Unterrichtssituation auf Honorarbasis
1326 bezahlt. Vor- und Nachbereitung, Korrekturen sowie Betreuung/beratende Kommunikation
1327 mit den Schülern/Studierenden werden nicht vergütet, aber selbstverständlich
1328 vorausgesetzt. Im Bildungssektor leisten ausgebildete Fachkräfte und hoch qualifizierte
1329 Akademiker systematisch und unter schwierigsten Rahmenbedingungen anspruchsvolle
1330 und notwendige Arbeit zu sehr geringen Stundensätzen.

1331 Im Fall der Honorarkräfte an Volkshochschulen müssen von diesen Präsenzzweithonoraren
1332 nicht nur die vollständigen Krankenversicherungsbeiträge, sondern auch die vollständigen
1333 Rentenbeiträge selbstständig entrichtet werden. Im Grunde sollte auch noch in die
1334 Arbeitslosenversicherung allein eingezahlt werden, mit dem Ergebnis, dass dieser Punkt
1335 oftmals einfach ausbleibt. Musikschullehrer haben hier durch die Künstlersozialkasse
1336 einen Vorteil, auf den etwa die Sprachlehrer nicht zurückgreifen können. Ist die
1337 Honorarlehrkraft zu krank zu arbeiten, ist ein vollständiger Verdienstaustausch die Folge.
1338 Ebenso falls ein geplanter Kurs nicht zu Stande kommt. Auch der Mutterschutz bei
1339 arbeitnehmerähnlichen Honorarlehrkräften bleibt bislang ein kritisches Thema.

1340 Die Interessenvertretungsregelung der arbeitnehmerähnlichen Honorarkräfte bei Stadt
1341 oder Kommune ist meist unklar oder nicht gegeben. Oftmals scheitert der Versuch sich für
1342 bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen schon im Vorfeld an der Furcht, kurzfristig nicht
1343 weiter beschäftigt und mittellos zu werden (besonders wenn Familien zu versorgen sind),
1344 denn Kündigungsschutz ist in einer Arbeitswelt mit Kürzest-Verträgen ein Fremdwort.

1345 Es handelt sich hier um eine großflächige strukturelle Benachteiligung qualifizierter
1346 Arbeitnehmer, die zentrale gesellschaftliche Aufgaben im Bildungssektor wahrnehmen. So
1347 entwickeln sich zunehmend Arbeitnehmer-Biographien, die von schlechten
1348 Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz, sozialer Unsicherheit aufgrund fehlender sozialer
1349 Absicherung, Beeinträchtigung des Familienlebens schon ab der Familienplanung sowie
1350 drohender Altersarmut gekennzeichnet sind. Teilweise muss der Staat bereits
1351 unterstützende Zahlungen leisten, weil die Honorarlehrkräfte ihre Lebenshaltungskosten
1352 mit ihrer Tätigkeit allein nicht bestreiten können. Umfassend absehbar ist allerdings, dass
1353 mit diesen Arbeitsverhältnissen kein Rentenniveau erreicht werden kann, von dem man im
1354 Alter ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung menschenwürdig leben kann. Es ist
1355 notwendig hier rechtzeitig gegenzusteuern.

1356 Bundesweit sind gut 275.000 Personen als kurzfristig Beschäftigte gemeldet, darunter gut
1357 die Hälfte Frauen.

1358 **12 SoPo5**

1359

1360 Antragsteller*in: Jusos

1361

1362 **Wir wohnen doch nur zusammen! Das Recht der Bedarfsgemeinschaften**
1363 **reformieren!**

1364

1365 Weiterleitung: SPD-Bundestagsfraktion

1366

1367 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, dem Deutschen Bundestag einen
1368 Gesetzentwurf mit den folgenden Maßgaben vorzulegen:

1369 Im SGB II wird ausdrücklich verankert, dass die Vermutung einer Bedarfsgemeinschaft im
1370 Sinne von § 7 Abs. 3 Nr. 3 c) SGB II widerlegt ist, wenn die anspruchstellende Person an
1371 Eides statt versichert, keine finanzielle Unterstützung von ihrem*seinem Partner*in
1372 entgegenzunehmen. Für diese Erklärung ist in der Anlage VE zum ALG-II-Antrag ein
1373 entsprechendes Feld vorzusehen. Alternativ hierzu soll in der Anlage VE auch angekreuzt
1374 werden können, dass ein*e Partner*in nur zu einer bestimmten Höhe Sachwerte oder Geld
1375 von ihrem*seinem Partner*in erhält. Nur der solchermaßen festgeschriebene Anteil des
1376 Vermögens und/oder Einkommens der*des Partners*Partnerin soll auf den
1377 Sozialleistungsanspruch angerechnet werden, der der*dem entgegennehmenden
1378 Partner*in zusteht.

1379

1380 Begründung:

1381 Der Antrag dient der Lösung von zwei Problemen: Zum einen lässt das Gesetz bisher
1382 offen, wie eine Person, die SGB-II-Leistungen beantragen möchte und mit jemandem
1383 schon länger zusammenlebt, beweisen kann, dass sie nicht für einander Verantwortung
1384 übernehmen wollen (wenn sie das wollen, werden ihre Einkommens-/Vermögenslagen bei
1385 der Ermittlung des SGB-II-Anspruchs zusammengerechnet). Der Antrag stellt klar, dass
1386 dies durch eine eidesstattliche Versicherung bewiesen werden kann. Zum anderen sieht
1387 das Gesetz bisher vor, dass bei zwei Personen, die Verantwortung für einander
1388 übernehmen wollen (z.B. Liebesbeziehung), das Einkommen und Vermögen der beiden im
1389 Falle eines Antrags auf SGB-II-Leistungen vollumfänglich zusammengerechnet wird, auch
1390 wenn die beiden sich nicht vollumfänglich finanziell unterstützen wollen (wie in einer
1391 Ehe/Lebenspartnerschaft). Das Problem soll durch den Antrag gelöst werden, indem den
1392 Betroffenen ermöglicht wird, selbst festzulegen, um welche Beträge sie sich in etwa
1393 unterstützen würden.

1394

1395 Zur detaillierten Begründung:

1396 Wer als erwerbsfähige*r Hilfebedürftige*r Leistungen nach dem SGB II beantragen
1397 möchte, sieht sich einer Vermögens- und Einkommensanrechnung auf den beantragten
1398 Anspruch ausgesetzt. Dabei werden nach § 9 Abs. 2 SGB II auch Vermögen und
1399 Einkommen von Partner*innen angerechnet, die mit der antragstellenden Person in einer
1400 sogenannten Bedarfsgemeinschaft leben. Hierzu zählt jede Person, „die mit der
1401 erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person in einem gemeinsamen Haushalt so
1402 zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen
1403 ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen“ (§ 7 Abs. 3 Nr. 3 c)
1404 SGB II).

1405 Die Voraussetzungen für eine solche „Verantwortungsgemeinschaft“ werden in § 7 Abs. 3a
1406 SGB II dahingehend konkretisiert, dass das einjährige Zusammenleben für die Vermutung
1407 einer Bedarfsgemeinschaft ausreicht (§ 7 Abs. 3a Nr. 1 SGB II). Da die Nummern des § 7
1408 Abs. 3a SGB II als Alternativen konzipiert sind (siehe das „oder“ am Ende von § 7 Abs. 3a
1409 Nr. 3 SGB II), gilt dies selbst dann, wenn kein weiteres Anzeichen der § 7 Abs. 3a Nr. 2 bis
1410 4 SGB II für die Annahme einer Bedarfsgemeinschaft spricht.
1411 Nach dieser Rechtslage müssten selbst WG-Mitbewohner*innen, die keine
1412 „Verantwortung“ für einander übernehmen wollen, den Nachweis erbringen, dass sie nicht
1413 in einer Verantwortungsgemeinschaft leben. Dieser Nachweis könnte durch eine
1414 eidesstattliche Versicherung der Nichtentgegennahme finanzieller Unterstützung erfolgen.
1415 Da es sich um einen Standardfall handelt, sollte er ausdrücklich im Gesetz verankert
1416 werden und im Formular zum ALG-II-Antrag auftauchen.

1417 Auch wenn die Mitbewohner*innen aber füreinander „Verantwortung“ übernehmen wollen,
1418 weil sie beispielsweise feste Freund*innen sind, so muss damit nicht zugleich eine
1419 vollumfängliche finanzielle Unterstützung in jeder Lebenssituation der anderen Person
1420 einhergehen. Da sie keine Ehe oder Lebenspartnerschaft und damit keine im Grundsatz
1421 auf Lebenszeit geschlossene Bindung eingegangen sind, muss ihnen auch der
1422 eigenständige Beschluss freistehen, in welchem Maß sie einander höchstens unterstützen
1423 wollen. Nach jetziger Rechtslage wird einer antragstellenden Person der
1424 Sozialleistungsanspruch aber anhand des Vermögens und/oder Einkommens der*des
1425 Partners*Partnerin gemindert oder verweigert. Damit übt der Sozialstaat faktischen Druck
1426 auf die festen Freund*innen von Bedürftigen aus, sie finanziell zu unterstützen – obwohl
1427 sie hierzu keinerlei rechtliche Verpflichtung eingegangen sind. Dieser Druck kann sich
1428 negativ auf die Entwicklung der Beziehung auswirken. Zugleich zwingt der Sozialstaat die
1429 bedürftige Person in ein Abhängigkeitsverhältnis zur*zum Partner*in. Aus diesen Gründen
1430 sollte auch das von der anderen Person anzurechnende Vermögen frei begrenzt werden
1431 können, damit im Übrigen ein Anspruch auf die Sozialleistung besteht. Auch dies sollte als
1432 Standardfall ausdrücklich im Gesetz festgeschrieben werden und im Antragsformular
1433 auftauchen.

1434 **13 SoPo6**

1435

1436 Antragsteller*in: Jusos

1437 **Postanschrift für Obdachlose**

1438

1439 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, dem Deutschen Bundestag ein
1440 Gesetz mit den folgenden Maßgaben vorzulegen:

1441 Es wird ein Rechtsanspruch für Obdachlose auf Begründung einer Postanschrift bei einer
1442 staatlichen Einrichtung in einer Gemeinde ihrer Wahl geschaffen. Der Anspruch kann auch
1443 durch Begründung einer Postanschrift bei einer nichtstaatlichen Einrichtung erfüllt werden,
1444 wenn sich die nichtstaatliche Stelle gegenüber der Bundesrepublik Deutschland dazu
1445 verpflichtet hat, eine dauerhafte Postlaufstelle hierfür zur Verfügung zu stellen.

1446

1447 Begründung:

1448 Nach derzeitigem Stand müssen Obdachlose für ihren auch behördlich notwendigen
1449 Briefwechsel bei Verwandten, Bekannten oder bei den in den Jobcentern listenweise
1450 aufgeführten Einrichtungen darum bitten, eine Postanschrift zu erhalten. Wird ihnen diese
1451 Bitte verweigert, so können sie schon keine Sozialleistungen beantragen. Wer aber nicht
1452 einmal Sozialleistungen erhält, wird nur in den seltensten Fällen die Möglichkeit haben,
1453 sich Wohnraum zu verschaffen und damit eine Postanschrift zu erhalten. Um diesen
1454 Teufelskreis zu durchbrechen, ist Obdachlosen, d.h. Menschen mit gewöhnlichem
1455 Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht bei der Meldebehörde gemeldet
1456 sind, ein entsprechender Rechtsanspruch zu gewähren.

1457

1458

1459

1460 **14 GesPo1**

1461

1462 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

1463 **Abschaffung der § 218 und § 219a StGB**

1464

1465 Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich weiterhin dafür
1466 einzusetzen, dass der Schwangerschaftsabbruch entkriminalisiert wird und Ärzt*innen
1467 Schwangere über ihre Leistungen informieren dürfen. Dazu gehören die §§ 218 und
1468 219 abgeschafft. Die Tötung von Ungeborenen durch Dritte, wie er heute in §218 Abs. 2
1469 behandelt wird, soll in einem neuen Straftatbestand geregelt werden. Die Rechte von
1470 Schwangeren auf Beratung in Konfliktsituationen soll im Schwangerenkonfliktgesetz
1471 gestärkt werden.

1472

1473 Begründung:

1474 Die bestehenden Rechte auf körperliche Selbstbestimmung wurden mühsam erkämpft und
1475 sind durch revisionistische und fundamentalistische Kräfte erneut bedroht.

1476 Das Recht körperlicher Selbstbestimmung muss so umgesetzt werden, dass dieses Recht
1477 auch von jedem Einzelnen konkret eingefordert und genutzt werden kann. Jede
1478 Schwangere soll ein Recht auf Information und eine freiwillige Beratung haben, ein
1479 Beratungszwang, so wie er heute besteht, soll es aber nicht länger geben und Abtreibung
1480 vornehmen zu lassen darf nicht länger strafbar sein. Hierzu soll ein neuer Rechtsrahmen
1481 außerhalb des Strafrechts gesetzt werden.

1482

1483 Die bestehenden Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ihrer
1484 Gliederungen und insbesondere der ASF zu § 218 und § 219 müssen zeitnah umgesetzt
1485 und der Legislative im Bund zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

1486

1487 **15 GesPo2**

1488
1489 Antragsteller Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)
1490 **Sexismus in der SPD strukturiert bekämpfen**

1491

1492 Die SPD soll auf allen Ebenen Sexismus in der Partei aktiv bekämpfen. Der Kampf gegen
1493 Sexismus ist dabei Aufgabe jeder Genossin und jedes Genossen im politischen
1494 Alltagsgeschäft. Hierzu bedarf es entsprechender Angebote zur Sensibilisierung und
1495 Schulung, aber auch Unterstützungsinstrumenten bei Vorfällen.

1496 Die KölnSPD soll eine Anti-Sexismus-Kommission einrichten. Die Anti-Sexismus-
1497 Kommission erarbeitet Maßnahmen zur Bekämpfung jeglichen Sexismus. Ihr gehören
1498 Vertreter*innen des Unterbezirksvorstands und der Arbeitsgemeinschaften AsF, Jusos und
1499 SPDQueer an. Wenn es zu sexistischen Vorfällen in der Partei kommt, steht die Anti-
1500 Sexismus-Kommission Betroffenen als Anlaufstelle zur Verfügung und unterstützt die
1501 Betroffenen mit dem Ziel, die unerwünschten Verhaltensweisen sofort zu unterbinden.
1502 Über ihre Arbeit berichtet sie zu den Wahlparteitagen im Gleichstellungsbericht der
1503 KölnSPD. Vorbild ist dabei die Anti- Sexismus-Kommission der Jusos Berlin:
1504 <http://www.jusosberlin.de/wer-wir-sind-2/anti-sexismus-kommission/>.

1505

1506 Begründung:

1507 Sexismus begegnet uns in unterschiedlicher Form und Ausprägung noch immer nahezu
1508 täglich. Sei es in der Werbung, in den Medien, im Betrieb, in der Schule, in der
1509 Hochschule oder im alltäglichen Umgang mit unseren Mitmenschen: Diskriminierung oder
1510 Unterdrückung aufgrund von Geschlecht oder sexueller Identität ist auch im 21.
1511 Jahrhundert noch immer alltägliche Lebensrealität vieler Menschen. Dies hat uns im
1512 vergangenen Jahr die öffentliche #metoo Debatte wieder eindringlich gezeigt. Die SPD
1513 akzeptiert keinerlei Sexismus, weder gesamtgesellschaftlich, noch im politischen
1514 Tagesgeschäft. Die Bekämpfung sexistischer Muster beginnt für uns in der eigenen Partei.

1515 Sexistisches Verhalten beinhaltet jede Verhaltensweise gegenüber Personen und
1516 Personengruppen mit sexuellem Bezug, die seitens der Betroffenen unerwünscht ist, die
1517 Personen aufgrund ihres Geschlechts herabwürdigt und/oder eine Nichtakzeptanz von
1518 Frauen, Männern und Diversen als gleichwertige Diskussionspartner*innen zur
1519 Konsequenz hat. Dazu gehören vor allem:

1520 • Anzügliche und sexuell herabsetzende Bemerkungen gegenüber der betroffenen Person
1521

1522 • Sexistische Sprüche und Witze Fixierung sexuell relevanter Körperteile, Hinterherpfeifen

1523 • Unerwünschte Telefonanrufe / Briefe / E-Mails / SMS / Chatnachrichten /
1524 Privatnachrichten in sozialen Medien mit zumindest latent sexuellen Bezug

1525 • Vorzeigen, Aufhängen oder Auflegen von sexistischem pornographischem Material

1526 • Unerwünschte Körperkontakte und wiederholt aufdringliches Verhalten
1527 Annäherungsversuche, die mit Versprechen von Vorteilen oder Androhen von Nachteilen
1528 einhergehen und das Ausnutzen von Vertrauenspositionen in diesem Zusammenhang

1529 • Erpressen oder Erzwingen sexueller Beziehungen Körperliche Übergriffe, sexuelle
1530 Nötigung und Vergewaltigung
1531

1532 **16 GesPo3**

1533

1534 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

1535 **Das Operationsverbot für Kinder in Fremdbestimmung bei intersexuellen**
1536 **Geburten**

1537

1538

1539 Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich dafür
1540 einzusetzen, dass Operationen für Kinder in Fremdbestimmung bei intersexuellen
1541 Geburten gesetzlich verboten werden, sofern sie nicht zwingend medizinisch notwendig
1542 sind.

1543

1544 Begründung:

1545 Das Operationsverbot für Kinder in Fremdbestimmung bei intersexuellen Geburten ist
1546 umgehend gesetzlich zu verankern, sowie es im Koalitionsvertrag von SPD und CDU
1547 vereinbart wurde. Irreversible Eingriffe, dürfen, sofern diese nicht zwingend medizinisch
1548 notwendig sind, ohne die Einwilligung der minderjährigen Person nicht vorgenommen
1549 werden.

1550 Das grundsätzliche Recht auf körperliche Selbstbestimmung und Unversehrtheit muss
1551 auch für Minderjährige gelten. Eine Studie der Berliner Humboldt-Universität belegt, dass
1552 die Zahl „kosmetischer Eingriffe“ an intersexuellen Kindern nicht zurückgeht. Im Zeitraum
1553 von 2005 bis 2014 wurden in Deutschland laut Statistischem Bundesamt durchschnittlich
1554 rund 1700 Operationen bei von bis zu neun Jahre alten Kindern jährlich durchgeführt.
1555 Sowohl der UN-Kinderrechtsausschuss als auch der UN-Frauenrechtsausschuss hat den
1556 UN-Vertragsstaaten empfohlen, die körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung der
1557 Betroffenen zu gewährleisten.

1558 Zwar gibt es seit 2013 in Deutschland die Möglichkeit, bei uneindeutigem Geschlecht die
1559 Angabe im Geburtenregister freizulassen. Doch davon unabhängig entscheiden die Eltern
1560 nach ärztlicher Beratung, ob das gemacht wird oder ob das Kind einer Operation
1561 unterzogen wird. Skandalös ist zudem, dass die medizinischen Akten nur zehn Jahre
1562 aufbewahrt werden. So können die Personen im Erwachsenenalter keine Informationen
1563 mehr darüber bekommen, was mit ihnen gemacht wurde.¹

¹ <https://www.welt.de/wissenschaft/article159906716/Diese-OP-legt-das-Geschlecht-des-Kindes-fest.html>

1564 **17 GesPo4**

1565

1566 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

1567 **Streichung des § 1905 BGB (Sterilisation)**

1568

1569

1570

1571 Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich dafür
1572 einzusetzen, dass § 1905 BGB ersatzlos gestrichen wird.

1573 Begründung:

1574 Die deutsche Geschichte ist eine eindringliche Mahnung, dass jegliche Kontrolle des
1575 Staates über den Körper und die Fortpflanzung einzelner Menschen gefährlich ist und den
1576 gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstört.

1577 Die Entscheidung, ob und wann man sich fortpflanzen will, obliegt allein der jeweiligen
1578 Person. Der Staat hat keine Befugnis zu entscheiden oder zu verlangen, dass ein Mensch
1579 durch Zwang oder auf Verlangen unfruchtbar wird. §1905 BGB ermöglicht die
1580 Zwangssterilisationen von Menschen mit Behinderungen oder mit psychischen
1581 Erkrankungen. Der § 1905 BGB ist ethisch und verfassungsmäßig inakzeptabel, da man
1582 den Betroffenen das Recht abspricht, diese Entscheidung selbstbestimmt zu treffen.
1583

1584 **18 GesPo5**

1585

1586 Antragsteller: Ortsverein Köln Südstadt

1587 **Aktivitäten gegen Antisemitismus und Rassismus - eine Aufgabe für uns alle**

1588

1589 Der Unterbezirksparteitag würdigt das Engagement aller Genossinnen und Genossen
1590 gegen Antisemitismus und Rassismus in Köln. Wir haben eine klare Haltung gezeigt u.a.
1591 gegen den AFD-Parteitag 2017 in Köln und für eine humane Flüchtlingspolitik im
1592 September 2018 oder beim Gedenken an die Novemberpogrome am 9. November 2018.
1593 Die SPD Ratsfraktion hat maßgeblich im Rat an allen Beschlüssen gegen Antisemitismus
1594 und Rassismus mitgewirkt oder diese eingebracht.

1595 Antisemitismus und Rassismus sind keine vorübergehende Erscheinung,

1596 Der Unterbezirksvorstand wird daher beauftragt gemeinsam mit den Ortsvereinen und der
1597 Ratsfraktion einen Aktionsplan zu erarbeiten und umzusetzen. Er sollte folgende Säulen
1598 umfassen:

1599

1600 1. Mythen entgegentreten

1601 Unsere Gesellschaft ist mittlerweile nicht mehr von der Hoffnung auf Aufstieg, sondern
1602 wesentlich von der Angst vor dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abstieg geprägt.
1603 Angst um den eigenen Statusverlust kann den Glauben an Verschwörungstheorien sowie
1604 den Hang zu autoritären Einstellungen stärken.

1605 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen aber vor allem dort präsent sein,
1606 gute Argumente haben, wo Konflikte entstehen, die von Rassisten für ihre Interessen
1607 missbraucht werden können. Wir sind gefordert, wenn es um die Unterbringung von
1608 Geflüchteten geht, wenn es um Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten
1609 geht, wenn Kriminalität rassistisch ausgeschlachtet wird. Wir müssen Konflikte um knappe
1610 Ressourcen ernst nehmen, Lösungen anbieten, dem Alltagsrassismus entgegentreten.

1611 Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie mit einer glaubwürdigen Politik des sozialen
1612 Fortschritts eine Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu legitimieren. Als Partei der
1613 Aufklärung gilt es, politische Bildung zu stärken und real existierende Interessenskonflikte
1614 herauszuarbeiten.

1615 Es ist allerdings ebenfalls ein Mythos, dass im Wesentlichen Menschen in prekären
1616 Verhältnissen zu menschenverachtenden Einstellungen neigen würden. Die Geschichte
1617 lehrt uns, gerade die Einstellung der in abgeschotteten Milieus Lebenden mit hohen
1618 Einflussmöglichkeiten ernst zu nehmen.

1619

1620 2. Haltung zeigen

1621 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist das wesentliche Versprechen unserer
1622 Gesellschaft. Die Menschenrechte sind nur universal gültig, wenn sie für jede*n gelten.
1623 Hieran müssen wir unsere Politik messen lassen. Dazu gehört, Parolen und
1624 Stimmungsmache im Alltag und im Wahlkampf zu widersprechen. Dazu gehört ebenfalls
1625 strukturellen Rassismus und Rassismus der Institutionen zu analysieren und zu
1626 beseitigen. Wissen um die Vergangenheit und ihre Auswirkungen auf Gegenwart und
1627 Zukunft ist dafür unabdingbar. Dabei sind unsere Mandatsträger besonders gefordert. Wir
1628 müssen Solidarität organisieren und voneinander und miteinander lernen. Schwerpunkt
1629 unserer Aktivitäten in den nächsten Monaten sind die Europawahlen. Die AfD aber auch
1630 rassistische Parteien in den Herkunftsländern der Zugewanderten aus der EU sehen in der
1631 Wahl zum Europäischen Parlament die Chance, Stimmen zu gewinnen und
1632 nationalistische und rassistische Positionen weiter zu stärken. Daher dürfen wir uns im
1633 Wahlkampf nicht allein auf die Werbung für die SPD bzw. die SPE konzentrieren, sondern
1634 müssen mit einer klaren Haltung auftreten. Wo wir Kontakte zu Gruppen von Migranten
1635 aus EU Ländern haben, werden diese gezielt angesprochen und einbezogen.

1636 3. Demokratisierung stärken
1637 Wenn wir aufgerufen sind, die Demokratie zu verteidigen, muss dazu eine Idee der
1638 Demokratisierung gehören und diese auch in der Gesellschaft realisiert werden.
1639
1640 4. Solidarität leben
1641 Viele Menschen sind von der rassistischen Bedrohung verängstigt – nicht nur im Netz.
1642 Ihnen muss unsere Solidarität gelten. In unserer Bündnisarbeit wollen wir
1643 zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Vielfalt stärken. Uns ist am Austausch
1644 gelegen u.a. mit den Vertretern der jüdischen Gemeinschaft, der Kölnischen Gesellschaft
1645 für christlich – jüdische Zusammenarbeit, dem Verein EL DE Haus
1646
1647 Begründung:
1648 Antisemitismus und Rassismus sind keine vorübergehende Erscheinung, sondern sie
1649 äußern sich in vielfältiger Form:
1650 Die jüdische Gemeinschaft klagt über antisemitische Übergriffe im Alltag und auch an
1651 Kölner Schulen.
1652 Die Beratungsstellen für Antidiskriminierung des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt und
1653 der Caritas berichten von rassistischer Diskriminierung durch Beamte der Polizei aber
1654 auch in der Gastronomie und in der Öffentlichkeit;
1655 Immer noch halten sich in Teilen der Bevölkerung ebenso wie in Kölner Medien Vorurteile
1656 und pauschale Zuschreibungen. Besonders die Kölner Boulevardpresse neigt dazu, in der
1657 Kriminalberichterstattung wie über den Drogenhandel am Ebertplatz rassistische Vorurteile
1658 zu verstärken.
1659 Die AFD hat in Köln zwar weniger Stimmen als im Bundesdurchschnitt bekommen, verfügt
1660 jedoch über ein sich festigendes Wählerpotential in allen Vierteln der Stadt. Sie versucht
1661 sich im öffentlichen Raum und in Gebäuden der Stadt breit zu machen und gezielt zu
1662 provozieren, Gegner werden bedroht und verächtlich gemacht.
1663 Dies sind nur Beispiele einer beunruhigenden Entwicklung, die zeigen, dass wir unsere
1664 Aktivitäten verstärken und vernetzen müssen.

1665 **19 GesPo6**

1666

1667

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

1668

Abschaffung und ‚Ersetzung‘ des Transsexuellengesetzes (TSG) durch ein modernes, selbstbestimmtes Personenstandsrecht

1669

1670

1671

Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Transsexuellengesetz abgeschafft wird und durch ein modernes Personenstandsrecht ersetzt wird.

1672

1673

1674 Begründung:

1675

Das Transsexuellengesetz (TSG) wurde zu seiner Einführung 1980 als progressives Gesetz betrachtet. Seitdem wurden aber viele Bestimmungen im TSG vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt, da sie nicht mit der Würde des Menschen zu vereinen sind. Dazu zählt u.a. die Zwangsscheidung, der Sterilisationszwang, der Zwang zu geschlechtsangleichenden Operationen und weitere Regelungen (vgl. Beschluss vom 16. März 1982 -1 BvR 983/81, Beschluss vom 26. Januar 1993 – 1BvL 38, 40, 43/92, Beschluss vom 06. Dezember 2005 – 1 BvL 3/03, Beschluss vom 18. Juli 2006 – 1 BvL 1 und 12/04, Beschluss vom 27. Mai 2008 – 1 BvL 10/05, Beschluss vom 11.01.2011 – 1 BvR 3295/07).

1676

1677

1678

1679

1680

1681

1682

1683

1684

1685

Dadurch ist das TSG inzwischen nur noch ein Stückwerk mit weithin nicht mehr anwendbaren Passagen, dessen Regelungen nur unter gleichzeitiger Lektüre der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts verständlich sind. In der Entscheidung aus dem Jahr 2011 wurde § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 TSG bis zur Neuregelung für unanwendbar erklärt. Diese Gesetzesanpassung wurde bis zum heutigen Tag nicht durchgeführt. Auch weitere Vorschriften stehen in der Kritik.

1686

1687

1688

1689

1690

1691

1692

Das Transsexuellengesetz entspricht nicht mehr dem Stand der Wissenschaft und den im Juni 2018 geänderten Normen der WHO und verursacht für die Betroffenen unbegründete Hürden und unnötiges Leid. Daher ist das TSG schnellstmöglich durch ein neues Personenstandsgesetz zu ersetzen.

1693

1694

1695

1696

1697

1698

1699

1700

1701

1702 **20 GesPo7**

1703

Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

1704

Trinkwasser verfügbar machen!

1705

1706

1707

Das Vorhaben des EU-Parlaments wird unterstützt, Trinkwasser noch sauberer und verfügbarer für alle Bürgerinnen und Bürger der EU einzuführen. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen ein, für die Umsetzung von einem kostenlosen Zugang zu Trinkwasser in Gastronomien. Sie sollen somit verpflichtet werden, zahlenden Kunden Trinkwasser umsonst zur Verfügung zu stellen.

1708

1709

1710

1711

1712

1713 **21 GesPo8**

1714

1715 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

1716 **Kohleausstieg 2030**

1717

1718 Die Diskussion um (Braun-) Kohleenergie ist im letzten Jahr durch den Hambacher Forst
1719 und die Einsetzung der Kohlekommission stärker geworden. Als Sozialdemokrat*innen
1720 haben wir dabei den Zwiespalt zwischen dem Schutz der Umwelt und dem Schutz der
1721 Arbeitsplätze. Dieser darf uns aber nicht lähmen, sondern wir müssen handeln. Dafür
1722 müssen wir beides miteinander verträglich gestalten.

1723

1724 Um die Umwelt zu schützen fordern wir ein Ausstiegsdatum für die Braunkohleförderung
1725 bis spätestens 2030!

1726

1727 Damit dies auch arbeitnehmer*innenfreundlich geschieht müssen wir die Jahre vorher
1728 nutzen um mit Konjunktur- und Infrastrukturpaketen betroffene Regionen in Deutschland
1729 zu stärken. Im Mittelpunkt dieser Pakete müssen die Arbeitnehmenden stehen. In einem
1730 starken Austausch müssen Pakete geschnürt werden, damit diese nicht nach Jahrelanger
1731 Arbeit ohne Job dastehen. Das Ziel muss es sein, dass Arbeitnehmende nach dem
1732 Ausstieg einen angemessenen Job erhalten.

1733

1734 Ideen für Programme wurden von der Kohlekommission bereits vorgelegt:

1735 Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturen, Fachkräfteentwicklung, unternehmerische
1736 Entwicklung, Ansiedlung von Forschungseinrichtungen und langfristige Struktur-
1737 entwicklung

1738

1739 Fonds für Strukturwandel

1740 Weiterhin soll im Vorhinein geprüft werden für welchen Sektor diese Regionen nach dem
1741 Ausbau interessant sind. Als Beispiel könnten bei Verlagerung von Dienststellen oder bei
1742 Eröffnung öffentlicher Einrichtungen, wie bspw. Behörden, voranging Standorte in diesen
1743 Regionen geprüft werden.

1744 **22 GesPo9**

1745

1746

Antragsteller*in: Jusos

1747

Entlastung von Erziehenden: Arbeitsrecht bei Krankheit der Kinder ändern

1748

1749

Wir möchten uns für eine familienfreundliche und elternentlastende Ausweitung des Arbeitsrechts bei Krankheit der Kinder einsetzen. Im besonderen Fokus soll dabei die Umsetzung folgender Punkte stehen (im folgenden Text ist „Eltern“ mit „Personen mit Erziehungsauftrag“ gleichzusetzen)

1750

1751

1752

1753

In §45 des SGB (V) soll das Alter des Kindes, bis zu welchem den Erziehungsberechtigten die Befreiung von der Arbeit zusteht um das Kind zu pflegen, von 12 auf 18 Jahre ausgeweitet werden

1754

1755

1756

Im Krankheitsfall eines Kindes soll die Attestpflicht durch eine*n Kinderärzt*in nicht bereits am ersten Tag der Krankheit greifen um den Lohnausgleich für den pflegenden Elternteil zu erhalten. Stattdessen soll erst ab dem zweiten Tag in Folge, an dem ein Elternteil krankheitsbedingt von der Arbeit fehlt, ein Attest eines*einer Arztes*Ärztin vorgelegt werden müssen. Die Erstattung des Lohnes im Krankheitsfall des Kindes soll mit Vorliegen eines Attestes weiterhin durch die Krankenkassen erfolgen. Wird kein Attest über die Krankheit des Kindes vorgelegt und der Elternteil fehlt nur einen Tag, ist der*die Arbeitgeber*in in der Pflicht die Lohnerstattung zu übernehmen.

1757

1758

1759

1760

1761

1762

1763

1764

Es soll eine Härtefallregelung eingeführt werden, mit der Eltern in der Lage sind bei besonders schwerwiegender oder chronischer Erkrankung eines Kindes statt den rechtlich vorgeschriebenen 10 Tagen pro Kalenderjahr (bzw. 20 Tage bei Alleinerziehenden), 25 Tage (bei Alleinerziehenden 50 Tage) bei Lohnfortzahlung durch die Krankenkasse am Arbeitsplatz zu fehlen. Ein Attest eines*einer Fachärzt*in muss den schwerwiegenden Grad der Krankheit bezeugen.

1765

1766

1767

1768

1769

1770

Damit die geforderte Stärkung im Arbeitsrecht für Eltern keine negativen Auswirkungen auf die berufliche Karriere hat, ist die SPD angehalten sich intensiver mit dem Antidiskriminierungsschutz von Arbeitnehmer*innen zu befassen. Es muss in der Öffentlichkeit offensiver über die Rechte im Bewerbungsverfahren sowie am Arbeitsplatz informiert werden, z.B. über das Recht in Bewerbungsgesprächen keine Auskunft über den Familienstand bzw. zukünftige Familienplanung und den Wunsch nach Kindern geben zu müssen.

1771

1772

1773

1774

1775

1776

1777 **23 GesPo10**

1778

1779 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

1780 **Cannabis legalisieren**

1781

1782 Wir sprechen uns für eine kontrollierte und bedachte Legalisierung von Konsum, Anbau
1783 und Handel von Cannabis für Erwachsene aus.

1784

1785 Hierzu soll der Besitz von bis zu drei weiblichen Cannabispflanzen für den Eigenbedarf
1786 erlaubt werden. Erwachsene können daneben Cannabis in sogenannten Cannabis-
1787 fachgeschäften erwerben. Der Kauf von bis zu 30 Gramm Cannabis soll legalisiert werden.

1788

1789 Die gesamte Handelskette für Cannabis (Anbau, Großhandel, Import/Export, Einzelhandel,
1790 Transport, Verarbeitung) soll dafür strengen behördlichen Auflagen und Kontrollen
1791 unterliegen.

1792

1793 Den Produkten sollen dafür Angaben über die Inhaltsstoffe, die Konzentration der
1794 Wirkstoffe, umfangreiche Beipackzettel, Warnhinweise und Qualitätsstandards bei liegen.
1795 Für den Betrieb von Cannabisfachgeschäften verlangen wir spezielle Schulungen des
1796 Verkaufspersonals.

1797

1798 Für den Jugendschutz sowie für die Straf- und Bußgeldvorschriften sollen dieselben
1799 Regelungen wie für Tabak gelten, insbesondere in Hinsicht auf den Mindestabstand der
1800 Fachgeschäfte zu Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen, sowie ein Werbeverbot und
1801 Zugangskontrollen mit Altersnachweis.

1802

1803 Begründung:

1804 Die bestehende Verbotspolitik ist gescheitert. Und sie greift auch unverhältnismäßig in das
1805 Recht auf Selbstbestimmung erwachsener Konsument*innen ein, welche Cannabis in ihrer
1806 überwiegenden Mehrzahl bewusst und verantwortungsvoll konsumieren. Die Erfahrungen
1807 mit der Legalisierung von Cannabis im internationalen Kontext, z.B. in einigen US-
1808 Bundesstaaten und den EU-Ländern Tschechien und Portugal belegen das.

1809

1810 Kriminalisierung und Strafverfolgung von Cannabiskonsumanten führt zu keiner Abnahme
1811 von Cannabiskonsum respektive Cannabisdelikten. Die Polizei und Justiz sind mit diesen
1812 meist kleinen Delikten überlastet, deren strafrechtliche Verfahren in aller Regel eingestellt
1813 werden. Statt Millionen von Euro bei der Verfolgung junger Menschen auszugeben, könnte
1814 man viele sinnvolle Projekte finanzieren. Über die Besteuerung von Cannabisprodukten
1815 können jährlich bis zu zwei Milliarden Euro eingenommen werden, um damit die
1816 Aufklärung und Prävention zu unterstützen.

1817

1818 Andererseits bringt ein Verbot von Cannabis aber Rekordgewinne für den Schwarzmarkt
1819 und gefährdet obendrein die Gesundheit der Konsument*innen. Auf dem Schwarzmarkt
1820 verkauftes Cannabis ist oft von schlechter Qualität oder mit gefährlichen Substanzen
1821 gestreckt, wie z.B. mit Blei oder Glasstaub. Durch die Legalisierung kann dem
1822 Schwarzmarkt seine Grundlage entzogen und der Verbraucher*innenschutz gestärkt
1823 werden. Auch der Mythos der speziellen „Einstiegsdroge Cannabis“ ist längst widerlegt.
1824 Cannabis ist in weiten Teilen vergleichbar mit anderen, bereits legalen Drogen wie etwa
1825 Alkohol oder Zigaretten und sollte nicht anders behandelt werden. Wenn der Konsum legal
1826 möglich wäre, hätte man gar keinen Kontakt mehr zu anderen harten Drogen. Es gibt
1827 weltweit keinen einzigen Cannabis-Toten.

1828

1829
1830 Das Ziel ist nicht, den Drogenkonsum zu befördern, sondern einem gesellschaftlichen
1831 Problem mit einem anderen Lösungsansatz zu begegnen und sich dabei stärker an der
1832 Lebenswirklichkeit zu orientieren als bisher.
1833
1834 Deswegen braucht es ein Umdenken in der Cannabispolitik!

1835 **24 GesU1**

1836

1837 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

1838 **Recht auf gute Beratung bei der Patient*innenverfügung sichern**

1839

1840

1841 Wir fordern eine Aufnahme der Patient*innenverfügungs-Beratung in den Leistungskatalog
1842 der Gesetzlichen Krankenversicherung.

1843

1844 Patient*innen sollen diese Leistung mindestens alle 5 Jahre in Anspruch nehmen können.

1845

1846 Die Beratung könnte in diesem Fall von geschulten Mitarbeiter*innen in Hospizen,
1847 Krankenhäusern, kommunalen Gesundheitsämtern sowie von ärztlichem Fachpersonal
1848 durchgeführt werden.

1849

1850 Des Weiteren sollen Verbraucherzentralen, Wohlfahrtsverbände oder auch Schulen und
1851 Volkhochschulen über diese Möglichkeit und ihre Relevanz informieren.

1852 **25 ASiPo1**

1853

1854 Antragsteller: OV Ehrenfeld

1855 **Kampfdrohnen ächten und die Anschaffungspläne der CDU durch die**
1856 **Hintertür stoppen!**

1857

1858 Weiterleitung an den Landes- und Bundesparteitag

1859

1860 Im Koalitionsvertrag heißt es zu einer möglichen Bewaffnung von Drohnen als Waffen der
1861 Bundeswehr: „Über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag nach
1862 ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung gesondert
1863 entscheiden. Hierzu wird die Bundesregierung eine gesonderte Vorlage erstellen und dem
1864 Deutschen Bundestag zuleiten. (...) Völkerrechtswidrige Tötungen lehnen wir kategorisch
1865 ab, auch durch Drohnen.“

1866

1867 Staaten, die Kampfdrohnen einsetzen, sind verantwortlich für extralegale, gezielte
1868 Tötungen und Brüche des Völkerrechts - das gilt für die USA, für England und für Israel -
1869 die lange Zeit die einzigen Staaten waren, die solche Waffen eingesetzt haben - aber
1870 mittlerweile auch für den Iran, Aserbaidschan, die Vereinigten Arabischen Emirate, Irak,
1871 Pakistan und die Türkei. Die reale stattfindende und sich auf immer mehr Länder
1872 ausweitende Nutzung von Kampfdrohnen zeigt, dass diese Waffen die Schwelle zum
1873 Angriff senken, den Krieg entgrenzen, Tod, Terror und Traumatisierung für die
1874 Zivilbevölkerung in den betroffenen Regionen bedeuten und sich auch negativ auf die
1875 Psyche der Soldatinnen und Soldaten auswirken.

1876

1877 Die stetige Ausweitung des Drohnenkrieges auf weite Teile der Welt sowie die wachsende
1878 Anzahl von Staaten, die sich im Besitz dieser Waffen befinden, machen einen Vertrag zur
1879 globalen Ächtung dieser Waffen erforderlich. Nur so können internationales Recht und
1880 globale Kooperation für den Frieden statt eines gefährlichen und in seinen Folgen
1881 unkalkulierbaren Rüstungswettlaufs gestärkt werden.

1882

1883 Daher wenden wir uns entschieden gegen den Versuch der Verteidigungsministerin von
1884 der Leyen, an den Bestimmungen des Koalitionsvertrags vorbei Fakten zu schaffen und
1885 die Anschaffung bewaffneter Kampfdrohnen in die Wege zu leiten, wie „Report
1886 Mainz“ aufgedeckt hat: Deutsche Soldaten trainieren in Israel bereits für die Flüge
1887 bewaffneter Kampfdrohnen, in den Verträgen mit Israel ist die Bewaffnung dieser Waffen
1888 ebenfalls bereits eingeplant.

1889

1890 Die SPD setzt sich entschieden für die internationale Ächtung von Kampfdrohnen sowie
1891 ein entsprechendes Vertragswerk ein und wird gegen die Bewaffnung von Drohnen für die
1892 Bundeswehr ein Veto einlegen.

1893

1894 Wir fordern die Kündigung des Leasingvertrages mit Israel und den Entwicklungsstopp der
1895 „Eurodrohne“.

1896

1897 Wir fordern zudem in der Frage der Bewaffnung von Drohnen eine mehrtägige öffentliche
1898 Diskussion im Plenum des Bundestags mit relevanten Sachkundigen – darunter auch
1899 Zeugen aus dem Ausland, die direkte persönliche Erfahrung als Opfer oder ausführendes
1900 Personal des Drohnenkrieges haben.

1901 **26 ASiPo2**

1902

1903

Antragsteller: Ortsverein Ehrenfeld

1904

Keine Waffen für die Reaktion!

1905

1906 Den sozialen und demokratischen Fortschritt mit zivilen Mitteln fördern.

1907 Wir, die SPD Köln, fordern die sofortige Beendigung von Waffenexporten an Brasilien, die
1908 Türkei und Saudi-Arabien.

1909 Denn wir solidarisieren uns mit den Menschen, die unter schwierigen Bedingungen für
1910 Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit kämpfen und fordern, die Macht der
1911 Rüstungsindustrie zur Gewährleistung der Demokratie wirksam einzuschränken.

1912 Wir wenden uns damit gegen die Rüstungsindustrie und die Politik der Unionsparteien,
1913 welche Konzerninteressen und die Unterstützung weltmarktmarktkonformer, reaktionärer
1914 Regime über das Leben von Menschen stellt. Die Einhaltung und Realisierung der
1915 Menschenrechte ist das mindeste, was von einer demokratischen Regierung erwartet
1916 werden kann. Eine solche Politik ist zudem unbedingt erforderlich in Kampf gegen rechts
1917 und zur Stärkung der politischen und sozialen Rechte und der Demokratie weltweit.

1918 Brasilien hat in den letzten Jahren Streiks und Protest von Millionen Menschen für die
1919 Freiheit des zu Unrecht inhaftierten Ex-Präsidenten Lula von der Arbeiterpartei erlebt. Die
1920 Justiz hat die Inhaftierung Lulas und dem damit einhergehenden Verbot seiner Kandidatur
1921 dennoch durchgesetzt, nachdem unter anderem das brasilianische Militär dies gefordert
1922 hatte. Jetzt hat ein rechtsextremer Kandidat die Präsidentschaftswahl gewonnen. Er hat
1923 die Arbeiterpartei bereits im Wahlkampf aufgefordert, ins Exil zu gehen. Martin Schulz ist
1924 zuzustimmen, wenn er konstatiert „Seine (des gewählten Präsidenten Bolsonaro)
1925 Ankündigung von Säuberungen lässt einen in zunehmenden Maße annehmen, dass die
1926 Militarisierung der brasilianischen Politik den Kontinent insgesamt sehr negativ
1927 beeinflussen wird“. Deutschland war von 2009 bis 2016 der größte Waffenexporteur nach
1928 Brasilien. Mit diesen Waffenlieferungen kann die Niederhaltung der Arbeiterbewegung und
1929 die Errichtung einer faschistischen Diktatur ermöglicht werden, sie müssen sofort gestoppt
1930 werden.

1931 In der Türkei lehnt die Hälfte der Bevölkerung die autoritäre und kriegerische Politik des
1932 türkischen Präsidenten ab, die sich in Reaktion auf die Gezi Proteste weiter verschärft hat.
1933 Die Türkei führt auch mit deutschen Waffen einen mörderischen Krieg im Osten der Türkei
1934 wie auch in Nordsyrien. Gleichzeitig wird im Land alles unternommen, um die mutige
1935 demokratische Opposition im Land kleinzuhalten, die Meinungsfreiheit wird eingeschränkt
1936 und selbst das Parlament zunehmend entmachtet. Peter Altmeier, CDU
1937 Wirtschaftsminister, hat dies vor wenigen Tagen vor seiner Türkei Reise nicht davon
1938 abgehalten zu betonen: *"Deutschland hat ein Interesse an stabilen und dynamischen
1939 Wirtschaftsbeziehungen mit der Türkei"*. Mit 30 Wirtschaftsvertretern im Schlepptau ließ er
1940 verkünden, es gebe eine gute Basis für den Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen. Auch
1941 die Türkei hat 2018 deutsche Waffenlieferungen erhalten.

1942 Saudi-Arabien hat auf den Aufstand 2011 für Freiheit, Brot und Würde im arabischen
1943 Raum mit militärischen Interventionen in Nachbarländern und einer Verschärfung der
1944 ebenso brutalen Unterdrückung der Opposition im eigenen Land reagiert – mit deutschen
1945 Waffen. Selbst eine Studie der regierungsnahen und regierungsberatende Stiftung
1946 Wissenschaft und Politik trug 2014 den Titel „Anführer der Gegenrevolution: Saudi-Arabien
1947 und der arabische Frühling“. Das Regime hat mit der Unterstützung von islamistischen
1948 Mörderbanden in Syrien für eine reaktionäre Wende der Proteste gewirkt und tut dies
1949 weiterhin. Das Land führt seit 2015 einen brutalen Krieg im Jemen. Die Angriffe einer von
1950 Saudi-Arabien geführten Militärallianz stellen laut Amnesty die Hauptursache für die Opfer
1951 unter der Zivilbevölkerung in diesem Konflikt dar. In Folge des andauernden Krieges ist
1952 nach Angaben von Hilfsorganisationen mittlerweile jeder zweite der 30 Millionen

1953 Jemeniten vom Hunger bedroht. Die Organisationen warnen vor der größten
1954 Hungerkatastrophe der letzten 100 Jahre. Saudi-Arabien ist 2018 bisher der zweitgrößte
1955 Empfänger deutscher Waffen.

1956 Waffenlieferungen haben sich als ein Irrweg erwiesen, mit der gegen verstärkte
1957 Bestrebungen sozialer und politischer Emanzipation die äußerste Reaktion gestärkt wird -
1958 Exportgewinne können keinen Massenmord rechtfertigen. Es braucht dringend eine
1959 Politik, welche die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entschieden vertritt und auf
1960 die Lösung der drängenden Zukunftsfragen orientiert. Der umgehende und dauerhafte
1961 Stopp mindestens dieser Rüstungsexporte ist daher unbedingt erforderlich für die
1962 Verwirklichung von Frieden und Menschenrechten.

1963 **27 ASiPo3**

1964

1965

Antragsteller: OV Ehrenfeld

1966

Zur Abrüstung und Rüstungskontrolle

1967

1968

Weiterleitung: Landes- und Bundesparteitag

1969

1970

Wir fordern die Bundesregierung auf, entschieden für den Erhalt des INF Vertrages einzutreten und den Weg der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht zu verlassen. Statt der Aufkündigung des bilateralen INF-Vertrages muss das Verbot nuklearer Mittelstreckenraketen in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts weiterentwickelt werden.

1971

1972

1973

1974

1975

1976

Wir unterstützen die von der SPD Bundestagsfraktion geforderten neuen Impulse für Rüstungskontrolle. Wir sind überzeugt, dass mehr Waffen nicht mehr Sicherheit schaffen und fordern die SPD dazu auf, eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland zu verhindern.

1977

1978

1979

1980

1981

Damit einhergehend intensivieren wir unsere Bemühungen für eine atomwaffenfreie Welt und fordern den Abzug der US Atomwaffen aus Büchel.

1982

1983

1984

Die in Büchel/Rheinland-Pfalz stationierten 20 Atomsprengköpfe haben jeweils mehr als das Dreifache der Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe, die damals 80.000 Menschen sofort und weitere 200.000 in der Folge getötet hat. Die Sprengköpfe sind für den Transport mit deutschen Tornado-Jagdbombern vorgesehen. Von Deutschland darf keine massenhafte Tötung von Menschen mehr ausgehen, daher müssen diese Waffen abgezogen werden. Kriegswaffen, die unterschiedslos auf die Vernichtung ganzer Städte und Regionen samt ihrer Bevölkerung abzielen, müssen geächtet und vernichtet werden.

1985

1986

1987

1988

1989

1990

1991

Bereits 2010 hat der Bundestag mit breiter Mehrheit den Abzug dieser in Deutschland stationierten US-Atomwaffen beschlossen. Im aktuellen Koalitionsvertrag heißt es dazu unter anderem: *„Wir setzen uns entschlossen für die weltweite verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein. Ziel unserer Politik ist eine nuklearwaffenfreie Welt. (...) Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen.“*

1992

1993

1994

1995

1996

1997

1998

1999

Begründung:
Die einseitige Aufkündigung des INF-Vertrages durch die USA ist die verhängnisvolle Einladung zu einem neuen nuklearen Wettrüsten. Es droht ein völliger Zusammenbruch der internationalen Rüstungskontrollarchitektur mit unabsehbaren Folgen für die globale Sicherheit.
Deutschland hat sich deshalb völlig zu Recht in den nächsten beiden Jahren vorgenommen, als nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates die Krise der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Denn Deutschland und Europa dürfen niemals wieder zum Austragungsort atomaren Wettrüsten werden.

2000

2001

2002

2003

2004

2005

2006

2007

2008

2009

2010 **28 ASiPo4**

2011

2012

Antragsteller: OV Ehrenfeld

2013

Zum Zwei-Prozent-Ziel - Forderung der NATO und Donald Trump

2014

2015

Weiterleitung: Landes- und Bundesparteitag

2016

2017

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich nicht den Aufrüstungsplänen der NATO und dem 2-Prozent-Fetisch von Präsident Donald Trump zu beugen.

2018

2019

Die KölnSPD unterstützt und verbreitet die Unterschriftenkampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ von der bundesweiten Friedensbewegung und vom DGB, die lautet:

2020

2021

2022

2023

„Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

2024

2025

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

2026

2027

2028

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her. Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

2029

2030

2031

2032

2033

2034

2035

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

2036

2037

2038

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde“

2039

2040

Begründung:

2041

Das Zwei-Prozent-Ziel ist eine willkürliche Größe und sagt nichts über die reale Verteidigungsfähigkeit aus. So würde Deutschland 62 Milliarden für die Verteidigung ausgeben, wenn es das Zwei-Prozent-Kriterium erfüllen würde, also so viel wie Russland. Ob unsere europäischen Nachbarn wirklich glücklich wären, wenn die Bundesrepublik zur stärksten Militärmacht Europas aufrückte, darf bezweifelt werden.

2042

2043

2044

2045

Die miserable Ausstattung der Bundeswehr liegt weniger daran, dass nicht genügend finanzielle Mittel vorhanden waren, sondern in erster Linie daran, dass bei einigen zentralen Großprojekten die Industrie nicht, zu spät oder unzureichend lieferte, was sie versprochen hatte.

2046

2047

2048

2049

Die isolierte Betrachtung von Verteidigungsetats führt in die Irre. So gibt Deutschland nicht nur deutlich mehr für Entwicklungshilfe aus als viele andere Nato-Staaten, es hat allein in den letzten beiden Jahren 30 bis 40 Milliarden im Jahr für die Integration von Flüchtlingen aufgebracht.

2050

2051

2052

2053

aufgebracht.

2054 **29 ASiPo5**

2055

2056

Antragsteller: OV Ehrenfeld

2057

Hochschulen für den Frieden – Zivilklausel im NRW-Hochschulgesetz erhalten!

2058

2059

Weiterleitung: Parteitag der NRWSPD:

2060

2061

2062

"Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach. Das Nähere zur Umsetzung dieses Auftrags regelt die Grundordnung."

2063

2064

2065

Hochschulzukunftsgesetz NRW, §3, Aufgaben der Hochschulen.

2066

2067

Aufklärung wirkt:

2068

Das Engagement und die Aufklärung für eine Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung haben in NRW erwirkt, dass die rot-grüne Landesregierung 2014 eine Friedensklausel im Hochschulgesetz aufnahm. Alle Universitäten und Fachhochschulen in NRW haben sich seitdem einer friedensstiftenden Wissenschaft verpflichtet. Somit befinden sich 33 der insgesamt 63 Hochschulen, die sich eine Zivilklausel gegeben haben, in NRW.

2069

2070

2071

2072

2073

2074

Im gleichen Jahr beklagten sich Vertreter der Rüstungsindustrie, dass sich ihre Bedingungen durch die Ausgrenzung militärischer Forschung aufgrund von Erfolgen der Zivilklausel-Bewegung an manchen Hochschulen verschlechtert haben.

2075

2076

2077

Seit der Einführung der Zivilklausel an Hochschulen in NRW sind 4 Projekte bekannt geworden, die von Wissenschaftler*innen abgelehnt oder abgebrochen wurden, weil sie einer friedensstiftenden Wissenschaft widersprachen. Darunter: Eine Machbarkeitsstudie an der RWTH Aachen zum Bau einer Panzerfabrik in der Türkei unter Beteiligung des Rüstungsproduzenten Rheinmetall.

2078

2079

2080

2081

2082

Tatsächlich bedeutet eine gesetzlich institutionalisierte Zivilklausel eine Bekräftigung der Hochschulen und ihrer Mitglieder, die Wissenschaft am Allgemeinwohl auszurichten statt an den Anforderungen von potentiellen Drittmittelgebern. Die Verankerung von Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie als Aufgaben der Hochschulen im Landeshochschulgesetz bringt zudem den Gesetzgeber in die Verantwortung, auch die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Verwirklichung dieser Aufgabe zu schaffen. Nun will die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW die Zivilklausel aus dem Hochschulgesetz streichen und die Hochschulen für die Aufrüstungspläne der Nato kompatibel machen.

2083

2084

2085

2086

2087

2088

2089

Dagegen intensiviert die SPD öffentlichkeitswirksam ihr Engagement für eine Wissenschaft, deren Fragestellung und Erkenntnisinteresse sich an einer Mehrung des allgemeinen Wohls orientiert, an der Lösung der globalen Herausforderungen für ein friedliches Zusammenleben weltweit und an der Überwindung jeder Form von Gewalt und Indienstnahme der Wissenschaft für partikulare Interessen aus Politik und Wirtschaft.

2090

2091

2092

2093

2094

2095

2096

Die SPD setzt sich daher verstärkt ein für:

2097

- Den Erhalt bzw. die Wiederaufnahme einer Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz
- Die Zurückdrängung der konkurrenzgesteuerten Hochschulfinanzierung durch befristete Drittmittel durch den erforderlichen Ausbau der öffentlichen Grundfinanzierung der Hochschulen.

2098

2099

2100

2101 **30 ASiPo6**

2102

2103 Antragsteller: OV Mitte

2104 **Antrag zum Stop von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete**

2105

2106 Die Bundestagsabgeordneten der SPD werden aufgefordert, Genehmigungen von
2107 Waffenlieferungen in Kriegs- oder Konfliktgebiete und an hieran beteiligte Parteien zu
2108 verhindern bzw. nicht zu erteilen.

2109 Begründung:

2110 Die SPD ist eine Friedenspartei. Als Teil der aktuellen Regierungskoalition haben wir somit
2111 die Möglichkeit und auch die moralische Pflicht, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und an
2112 hieran beteiligte Parteien zu verhindern. Deshalb sollen Waffenlieferungs-genehmigungen
2113 an Kriegs- und Konfliktparteien nicht erteilt werden. Beispiele hierfür sind Saudi-Arabien
2114 mit dessen Beteiligung am Krieg in Yemen aber auch die Türkei mit der Beteiligung am
2115 Krieg in Syrien.

2116 **31 ASiPo7**

2117
2118
2119
2120
2121
2122
2123
2124
2125
2126
2127
2128
2129
2130
2131
2132
2133
2134
2135
2136
2137
2138
2139
2140
2141
2142
2143
2144
2145
2146
2147
2148
2149
2150
2151
2152
2153
2154
2155
2156
2157
2158
2159
2160
2161
2162
2163
2164
2165
2166
2167

Antragsteller: OV Dünwald

Nein zu weiteren völkerrechtswidrigen Einmärschen und illegalen Besetzungen der Türkei in Syrien und den Irak! Verhindern von Tod, Massenflucht und humanitären Katastrophen!

Der Parteitag der KölnSPD möge beschließen:

Die SPD verurteilt auch weiterhin den Überfall des NATO-Mitglieds Türkei auf syrische Gebiete und fordert ihre Mandatsträger*innen in EU, Bund, Land und Kommune dazu auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, auf die türkische Regierung einzuwirken, um deren Besetzung des Kantons Afrîn in der demokratischen Föderation Nordsyriens (DFNS) zu beenden und sie von weiteren völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und illegalen Besetzungen der benachbarten Gebiete abzuhalten. Sollte dies nicht gelingen, droht eine weitere große humanitäre Katastrophe, Tod und Massenflucht.

Begründung:

Nach einem blutigen militärischen Einmarsch Anfang letzten Jahres mit Hilfe dschihadistischer Milizen und u.a. auch deutschen Leopard 2 Panzern im Kanton Afrîn (s. dazu den Antrag F1 des letzten UB-Parteitags 2018), führen die türkischen Besatzer nun eine Türkisierung des Gebiets vor und berauben durch Plünderungen die (geflüchteten) Bewohner ihres Hab und Guts und enteignen sie weiter, indem sie ihre Milizen oder Dschihadisten und ihre Familien aus anderen Teilen Syriens in dessen Häusern ansiedeln und z.B. die Olivenernte, eine wichtige Lebensgrundlage vieler Afrîner, rauben und diese versuchen im Ausland zu verkaufen.

Die von kultureller und ethnischer Vielfalt geprägte Region Afrîn war bis zum völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei und ihren dschihadistischen Milizen weitgehend vom syrischen Bürgerkrieg verschont geblieben und diente vielen Menschen aus ganz Syrien als Zufluchtsort. Deren Leben und das der Afrîner wurde nun erneut bedroht und hunderttausende Zivilist*innen wurde zur (erneuten) Flucht gezwungen, meist in andere Gebiete Nordsyriens, den Nordirak oder auch Europa und Deutschland. Für die Geflüchteten besteht nun fast ein Jahr nach ihrer Flucht immer noch keine Grundlage zur Rückkehr in ihre Heimat. Der Großteil von ihnen harrt – meist unter prekären Bedingungen - in anderen Gebieten Nordsyriens aus und fürchtet nun, auch dort wieder Opfer von militärischen Angriffen der türkischen und ihrer dschihadistischen Verbündeter zu werden.

Diese jüngsten Entwicklungen – die expliziten Angriffsdrohungen der türkischen Regierung und sogar die Truppenverlagerungen ihrer Streitkräfte mit schwerem Gerät an die türkisch-syrische und türkisch-irakische Grenze, deutet darauf hin, dass ein Angriff auf diese Gebiete sehr wahrscheinlich ist – was mit großer Sorge zu betrachten ist.

Zudem finden regelmäßig militärische Angriffe der Türkei im Nordirak statt, wie etwa in der Shingal Region, in der die ezidische Religionsminderheit versucht, weiter zu leben, nachdem sie seit 2014 dem Völkermord durch den sog. IS ausgesetzt war. Diesen regelmäßigen Angriffe des NATO-Partners Türkei fallen regelmäßig viele Zivilisten zum Opfer und trägt dazu bei, dass der Großteil der Ezid*innen von einer Rückkehr in ihre Heimat abgehalten wird und viele von ihnen in riesigen Camps in anderen Teilen des Nordiraks und Nordsyriens hausen müssen und sich so kein neues Leben aufbauen können.

2168 Unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ unterbindet die Türkei seit jeher jeden
2169 Versuch der demokratischen Kräfte in Syrien, unter denen sich nicht nur die kurdische
2170 Minderheit befindet, sondern auch alle anderen ethnischen und religiösen Gruppen, eine
2171 Selbstverwaltung aufzubauen.

2172
2173 Viele Mitglieder und Mandatsträger*innen der Kölner SPD haben Initiativen, wie etwa
2174 „Kölner Helfen“ unterstützt, die Opfern der IS-Angriffe in Shingal und Kobanê durch direkte
2175 Nothilfe vor Ort an der türkisch-syrischen Grenze geholfen haben oder kümmern sich
2176 sogar selbst um von dort nach Köln geflüchtete Menschen und ihre Familien. Nun muss
2177 befürchtet werden, dass neben dem vielen Leid, das diesen Menschen zugefügt wurde,
2178 noch weitere tausende Menschen aus der Region Nordsyrien das gleiche Schicksal treffen
2179 und viele ihr Leben verlieren werden. Auch die mit viel Einsatz und Engagement von
2180 Initiativen und Vereinen, Schulen und Schüler*innen zusammengetragenen Spenden, mit
2181 denen wichtige Einrichtungen wie Schulen und Gesundheitszentren in mühevoller Arbeit in
2182 Nordsyrien wiederaufgebaut wurden, drohen nun durch Angriffe der türkischen Armee,
2183 erneut zerstört zu werden.

2184
2185 Das Leiden der Zivilbevölkerung, insbesondere der Kinder, die oftmals schon durch den
2186 Verlust von Bezugspersonen wie Verwandte oder oft sogar eines, wenn nicht gar beider
2187 Elternteile, aufs schwerste traumatisiert sind, muss verhindert werden. Es darf nicht sein,
2188 dass die Türkei ungehindert die Hoffnungen und die Leben der Menschen in der Region
2189 zerstört.

2190
2191 Wie schon beim Angriff auf Afrîn und später auf Dörfer nahe Kobanê zu sehen war, muss
2192 zudem befürchtet werden, dass mit weiteren Angriffen der Türkei auf Nordsyrien wieder
2193 eine Schwächung im Kampf gegen den sog. IS einhergeht, da ein Teil der Truppen der
2194 SDF zum Schutz ihrer eigenen Bevölkerung und ihrer Familien von dort abgezogen
2195 werden. Leider konnte sich der sog. IS in ihren Rückzugsgebieten im Nordirak, wie etwa in
2196 Kirkuk und Mossul, wieder an Boden gewinnen.

2197
2198 Die Mandatsträger*innen werden aufgefordert, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um
2199 die Türkei daran zu hindern, erneut eine ethnische Säuberung in der Region Nordsyrien
2200 durchzuführen und Tod und Massenflucht zu verursachen. Es kann nicht im Sinne der
2201 europäischen und demokratischen Wertegemeinschaft sein, solche kriegesischen
2202 Handlungen seitens eines NATO-Mitglieds zu dulden, sie zu tolerieren oder gar
2203 stillschweigend zuzustimmen. Es darf nicht zugelassen werden, dass ethnische oder
2204 religiöse Minderheiten, nachdem sie den IS auch in unserem Interesse bekämpft haben,
2205 diesmal von einem NATO-Mitglied angegriffen werden.

2206 **32 ASiPo8**

2207

2208 Antragsteller: OV Dünnwald

2209 **Türkeipolitik – der Unterdrückung der demokratischen Zivilgesellschaft und**
2210 **Opposition entgegenwirken und unsere langjährigen Partner, Nachbarn und**
2211 **Freunde in der Türkei nicht im Stich lassen!**

2212

2213 Der Parteitag der KölnSPD möge beschließen:

2214

2215 Im diesen Jahr finden die Wahlen zum EU-Parlament statt Ein langjähriger EU-
2216 Beitrittskandidat und Partner Deutschlands – die Türkei – hat sich seit dem Putschversuch
2217 2016 schon ein enormes Stück von einem demokratischen und
2218 menschenrechtsachtenden Europa entfernt. Auch nach dem zweijährigen
2219 Ausnahmezustand hat sich an dem Ausmaß an willkürlichen Menschenrechtsverletzungen
2220 wenig geändert. Wir als Sozialdemokrat*innen dürfen nicht dabei zuschauen, wie unser
2221 Nachbar, Partner und das Herkunftsland vieler unserer Mitbürger*innen weiter in eine
2222 Diktatur abgeleitet und die demokratische Zivilgesellschaft und Opposition in Angst und
2223 Schrecken versetzt. Wir müssen alles Erdenkliche in Bewegung setzen, um Druck auf die
2224 türkische Regierung auszuüben, um sie von ihrem derzeitigen Kurs abzubringen und sie
2225 dazu zu bringen, demokratische Reformen einzuleiten. Ebenso ist ein Fokus auf die
2226 Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft und Opposition, sowie der noch
2227 übriggebliebenen unabhängigen Medien zu setzen. Ganz besonders richtet sich dieser
2228 Appell an die Mandatsträger*innen in der EU, im Bund und im Land, aber auch in der
2229 Kommune und an alle Mitglieder, denen die Wiederherstellung der Demokratie in der
2230 Türkei am Herzen liegt.

2231

2232

2233 Forderungen:

2234

2235 Wir haben Verantwortung für die Türkei und ihre Bevölkerung– was können wir tun?

2236

2237

2238 Der Parteitag fordert die Mandatsträger*innen dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass:

2239

- 2240 • mehr Druck auf die türkische Regierung ausgeübt wird (z.B. durch Androhung
2241 wirtschaftlicher Sanktionen, Wiedereinführung von Obergrenzen für oder Abzug der
2242 Hermes-Bürgschaften etc.), damit die Verfolgungen und
2243 Menschenrechtsverletzungen aufhören und demokratische Reformen umgesetzt
2244 werden, da die Appeasement-Politik in diesem schweren Stadium der
2245 autokratischen Herrschaft und vor allem bei Erdoğan ineffektiv ist;
- 2246 • gleichzeitig die demokratische Zivilgesellschaft und Opposition, sowie die
2247 unabhängigen Medien in der Türkei anstelle des autokratischen Willkürstaates
2248 unterstützt werden, denn auch dadurch wird einer Entdemokratisierung
2249 entgegengewirkt;
- 2250 • einer autokratischen Regierung wie der türkischen nicht noch weitere Unterstützung
2251 zuteil wird, wie etwa durch den Besuch hoher Vertreter*innen der Bundesregierung
2252 zu ganz bestimmten Zeiten (wie etwa vor Wahlen) oder dadurch, dass der
2253 türkischen Regierung und dem Staatspräsidenten eine unnötig große Bühne
2254 geboten wird, wie etwa beim letzten Staatsempfang in Köln (bei dem über einen
2255 sehr langen Zeitraum der Verkehr in der Stadt still stand, Kritiker*innen an ihrer
2256
2257

2258 freien Meinungs- und Versammlungsfreiheit gehindert wurden und Sicherheitskräfte
2259 des türkischen Präsidenten sogar zeitweise den Polizeifunk übernahmen);

- 2260
2261 • sich darüber bewusst gemacht wird, dass die derzeitige türkische Politik viele
2262 Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingt, die oft in Deutschland versuchen,
2263 eine sichere Zuflucht zu finden. Somit werden durch die türkische Politik selbst
2264 Fluchtursachen geschaffen und es ist widersprüchlich und ineffektiv, sich von
2265 Erdoğan in Bezug auf ein Abhalten von Flüchtlingen nach Europa nötigen zu lassen
2266 bzw. deswegen zu oft und lange die Augen bei Menschenrechtsverletzungen durch
2267 die türkische Regierung zu verschließen;
- 2268
2269 • die deutschen Regierungen und Mandatsträger*innen in Bund, Land und
2270 Kommune, sowie deren (Strafverfolgungs-) Behörden nicht zu Handlangern des
2271 AKP-Regimes bei ihren Hetzkampagnen, den Versuchen der Einschüchterung und
2272 Ausschaltung der Opposition gemacht werden, sondern, dass im Gegenteil dazu,
2273 diese Versuche unterbunden und strafrechtlich verfolgt werden.

2274 2275 Begründung:

2276 Seit dem Putschversuch 2016 hat sich die politische Lage in der Türkei dramatisch
2277 verändert – hin zu einem willkürlichen und autoritärem System, was an folgenden Punkten
2278 zu erkennen ist:

2281 **Versuch der Ausschaltung der Opposition/ Demokrat*innen durch** 2282 **Massenentlassungen und Inhaftierungen**

2283 Seit 2016 sind über 75.000 angebliche „Staatsfeinde“/ „Terroristen“ wegen Terrorverdachts
2284 festgenommen und tausende zu langen Haftstrafen verurteilt worden.

2285 Unter den Opfern dieser willkürlichen und nicht auf rechtsstaatlichen Prinzipien
2286 beruhenden Gerichtsurteilen sind zu großen Teilen Journalist*innen, Akademiker*innen,
2287 Gewerkschafter*innen, Lehrer*innen, und andere Bürger*innen, die sich für Demokratie
2288 und Meinungsfreiheit einsetz(t)en. Viele von ihnen sind lediglich aufgrund der
2289 Unterzeichnung eines Appells der Akademiker für den Frieden zur Beendigung des
2290 bewaffneten Bürgerkrieges von ihren öffentlichen Stellen z.B. an Universitäten entlassen
2291 und z.T. sogar inhaftiert und verurteilt worden. Ihre Rentenansprüche sind erloschen,
2292 Reisepässe annulliert worden. Seit 2016 wurden über 6.000 Akademiker*innen und
2293 insgesamt über 130.000 unliebsame Staatsdiener*innen entlassen, meist ohne Nennung
2294 von konkreten Vorwürfen. Die GEW und die IG Metall versuchen durch Hilfsprogramme
2295 entlassene und verfolgte Gewerkschaft*innen in ihrer schweren Situation zu unterstützen.
2296 Leider ist bei der riesigen Anzahl an Betroffenen diese Hilfe nur ein Tropfen auf dem
2297 heißen Stein.

2300 Tausende Vereine und zivilgesellschaftliche Organisationen, vor allem im Bereich des
2301 Einsatzes für Menschenrechte, der Bekämpfung von Armut, der Unterstützung von
2302 Frauen, Kindern und Minderheiten, wurden per Dekret geschlossen. Dadurch hat sich die
2303 Not dieser betroffenen Menschen die Situation weiterer hunderttausender Menschen
2304 radikal verschlechtert.

2305
2306 Durch Aufhebung der Immunität, vor allem vieler Abgeordneter der Fraktion der HDP
2307 (Demokratische Partei der Völker) im Parlament Ankaras, wurde der Weg freigemacht,
2308 mögliche Gefährder einer absoluten Mehrheit für die Regierungspartei auszuschalten.
2309

2310 Denn im Anschluss an die Aufhebung der Immunität wurden viele Abgeordnete, darunter
2311 auch die damaligen HDP-Parteivorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yükseskağ,
2312 inhaftiert. Ebenso wurden hunderte Kommunalpolitiker*innen – vor allem im Südosten der
2313 Türkei, in dem die HDP die meisten Wahlen gewinnt - aus ihren demokratisch gewählten
2314 Ämtern enthoben und z.T. ebenfalls inhaftiert. Unter ihnen ist auch die Co-Bürgermeisterin
2315 Diyarbakirs, Gültan Kışanak, die schon mehrere Male von OB a.D. Jürgen Roters und
2316 anderen Amtsträger*innen hier in Köln empfangen wurde und nun zu 14 Jahren Haft
2317 verurteilt worden ist.

2318
2319 Als Parteimitglieder oder Mandatsträger*innen der SPD hier in Köln, NRW, Deutschland
2320 und der EU können wir uns schwer vorstellen, dass alleine schon das Kandidieren für ein
2321 politisches Amt mit großer Wahrscheinlichkeit mit Repression, Verfolgung und möglicher
2322 Inhaftierung einhergeht. Bei unserem NATO- und Wirtschaftspartner Türkei ist das leider in
2323 den letzten Jahren zur Regel geworden. Vielen Angeklagten wird das Recht verweigert, an
2324 ihrer eigenen Gerichtsverhandlung teilzunehmen. Tausende wurden zu lebenslangen
2325 Haftstrafen verurteilt. Mehrmals wurde von Seiten der Regierung oder ihrer Verbündeter
2326 die Wiedereinführung der Todesstrafe gefordert.

2327
2328 Zudem sind seit dem Putschversuch 2016 hunderte von Anwält*innen verhaftet worden.
2329 Ihnen wird oft, wie auch ihren Mandant*innen, die sie verteidigen, Terrorismus-
2330 unterstützung vorgeworfen. Diese Zuschreibung erhalten fast alle Opponent*innen der
2331 AKP Regierung.

2332
2333 Von einer unabhängigen Justiz in der Türkei kann keine Rede mehr sein.

2334
2335 Auch einige Kölner*innen wurden Opfer dieser Welle von Inhaftierungen, wie etwa der
2336 Sozialwissenschaftler und Journalist Adil Demirci und die Sängerin und Filmemacherin
2337 Hozan Cane. Viele Kölner Mandatsträger*innen und Menschenrechtsaktivist*innen haben
2338 sich für ihre Freilassung eingesetzt. Insgesamt bedarf es aber neben einzelnen Initiativen
2339 auch einer grundsätzlichen Intensivierung der politischen Bemühungen um eine Abkehr
2340 dieser Willkürherrschaft des AKP-Regimes.

2341 2342 **Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit**

2343
2344 Mit der Verfolgung und Inhaftierung tausender Journalist*innen und dem Schließen
2345 hunderter Medienanstalten versucht die türkische Regierung, die Medien in ihrem Land
2346 aus- bzw. gleich zu schalten. Aber auch vor ihren eigenen Staatsgrenzen macht Erdogan
2347 nicht Halt und mischt sich in die Berichterstattung und Beiträge von ausländischen Medien
2348 ein und versucht zudem, die künstlerische Freiheit in Deutschland einzuschränken, da er
2349 Darstellungen, die ihn bzw. seine Politik kritisieren, nicht zulassen möchte.

2350 Die ohnehin schon aggressiven Aufgebote und Maßnahmen der türkischen
2351 Sicherheitskräfte bei Versammlungen und Demonstrationen haben sich weiter verschärft.
2352 Zudem werden nun auch Meinungsbekundungen oder Aktivitäten, die nur in irgendeiner
2353 Weise mit der kurdischen Bevölkerung in Verbindung gebracht werden können, wie etwa
2354 das Singen kurdischer Lieder oder tanzen kurdischer Tänze, versucht, in ihrem Keim zu
2355 ersticken, indem die betroffenen Menschen – unter dem Deckmantel der
2356 Terrorunterstützungsvorwürfe gewaltsam attackiert und oft sogar in Gewahrsam
2357 genommen werden. Wer sich in der Türkei überhaupt noch traut, offen – sei es auf der
2358 Straße oder in (sozialen) Medien – seine Meinung kund zu tun, muss mit drastischen,
2359 willkürlichen und nach unserem Demokratieverständnis nicht nachvollziehbaren
2360 Maßnahmen der Regierung, Gerichte und Sicherheitskräfte rechnen.

2361

2362 **Unfaire/ manipulierte Wahlen – keine Grundlage für die Anerkennung einer**
2363 **Regierung**

2364

2365 Ebenso wie auch schon die letzten Wahlen unter widrigen Umständen für
2366 Oppositionskandidat*innen, vor allem der HDP, abliefen (keine Sendezeiten im staatlichen
2367 TV, Anschläge auf Parteibüros und Wahlkampfstände, Bedrohung der Wähler*innen durch
2368 Militär und Polizei bei der Stimmabgabe im Südosten), scheint auch die diesjährige
2369 Kommunalwahl nicht fair verlaufen zu werden, da schon jetzt mögliche Manipulationen
2370 durch die AKP-Regierung (z.B. durch gefälschte Wählerverzeichnisse) aufgedeckt worden
2371 seien.

2372

2373 **Strafverfolgung/ Justiz: willkürlich und frei von demokratischer Gewaltenteilung**

2374

2375 Eine Zusammenarbeit der deutschen Justiz mit dem derzeitigen Justizsystem der Türkei
2376 ist fragwürdig. Die türkische Regierung nutzt die deutschen Behörden und Gerichte, um
2377 unliebsame Opponent*innen verfolgen zu lassen. Mit einem solchen Staat und
2378 Justizsystem kann und darf ein demokratischer Staat wie Deutschland nicht
2379 zusammenarbeiten, da sie sich dann mitschuldig an Menschenrechtsverletzungen macht.
2380 Neben den Strafverfolgungsbehörden nutzt die AKP Regierung auch DITIB-Imame und
2381 türkeistämmige Mitbürger*innen in Deutschland für ihre Spitzeleien und Denunziation
2382 unliebsamer Opponent*innen. Das darf die Bundesregierung nicht zulassen – sie muss
2383 ihre Mitbürger*innen vor Verfolgung schützen und diesem System der Denunziation und
2384 Bspitzelung einen Riegel vorschieben. Auch durch die Kriminalisierung z.B. der
2385 kurdischstämmigen deutschen Mitbürger*innen und dem Verhindern von Demonstrationen
2386 werden die deutschen Behörden, Beamt*innen und Politiker*innen zu Helfershelfern der
2387 türkischen Hexenjagd auf Oppositionelle, bzw. der AKP-Regierung nicht Wohlgesinnte,
2388 gemacht.

2389

2390 **Erdogan - Fluchtverursacher statt Verhinderer des Flüchtlingsstroms**

2391

2392 Seit 2016 ist ein rapider und kontinuierlicher Anstieg der Asylanträge von Menschen mit
2393 türkischem Pass zu verzeichnen. Die Zahl stieg von durchschnittlich 1800 Anträgen
2394 jährlich zwischen 2013 und 2015 auf über 10.000 Anträge im Jahr 2018 – was ein Anstieg
2395 von über 500% ausmacht. Von diesen Asylanträgen wurde fast jeder zweite genehmigt.
2396 Die Türkei, unser Wirtschafts- und NATO-Partner, stellt keinen sicheren Herkunftsstaat für
2397 Andersdenkende dar. Hinzu kommt noch, dass auch die illegale Invasion und Besetzung
2398 des bisher vom syrischen Bürgerkrieg verschont gebliebenen nordsyrischen Kantons Afrîn
2399 (u.a. mit deutschem Kriegsgerät) zu einer erneuten Welle von Massenflucht geführt hat.
2400 Eine Rückkehr der Menschen in ihre Heimat ist durch die Besetzung nicht in Sicht. Des
2401 Weiteren fürchten die in andere Teile Nordsyriens Geflüchteten und die dortige
2402 Bevölkerung einen weiteren Angriff der Türkei auch auf diese Gebiete, was zu noch mehr
2403 Tod und Zerstörung dort führen würde.

2404 **33 WiPo1**

2405

2406 Antragsteller: OV Südstadt

2407 **Flaschenpfand vereinheitlichen**

2408

2409 Weiterleitung: SPD Bundesparteitag und die SPD Fraktion im Bundestag

2410

2411

2412 Das bisher unterschiedliche Flaschenpfand von 0,08 EUR, 0,10 EUR, 0,15 EUR und 0,25
2413 EUR soll vereinheitlicht werden². Künftig soll die Höhe für alle Pfandflaschen 0,25 EUR
2414 betragen.

2415

2416 Begründung

2417

2418 Es gibt viele Gelegenheiten, alleine oder in der Gemeinschaft außerhalb einer Gaststätte
2419 oder Wohnung seinen Durst direkt aus der Flasche zu löschen. Viele Menschen bringen
2420 diese ins Geschäft oder Kiosk zurück um den Pfand entgegen zu nehmen.

2421

2422 Bei Plastikflaschen und Dosen lohnt sich das durchaus, da das Pfand 0,25 EUR beträgt.

2423 Bei den Bierflaschen ist das jedoch anders. Hier beträgt das Flaschenpfand i.d.R.
2424 lediglich 0,08 EUR. Für andere Mehrwegflaschen gilt ein Pfandbetrag von 0,15 EUR.

2425 So kommt es nicht selten vor, dass sich gar nicht erst die Mühe gemacht wird, vor allem
2426 diese Flaschen zum Laden oder Kiosk zurückzubringen. Die Flaschen werden einfach
2427 fallen gelassen oder anders unsachgemäß entsorgt, was ein erhebliches
2428 Gefahrenpotential hervorruft. In der Öffentlichkeit abgestellte Flaschen werden
2429 „weggekickt“ oder durch den Wind umgeworfen.

2430

2431 Warum sollte man sich auch die Mühe machen sich zur Rückgabe z.B. auf Straßenfesten
2432 oder im Karneval an den langen Schlangen vor dem Kiosk anzustellen?

2433

2434 Der Umtausch mehrerer leerer gegen eine volle Bierflasche ist oft die Mühe nicht wert.
2435 Wenn der Neuerwerb nur ein Euro pro Stück kosten würde, müssten dafür 13 Flaschen
2436 mitgebracht werden. Bei einem Flaschenpfand von 0,25 Euro hätte man mit vier Flaschen
2437 bedeutend weniger Aufwand.

2438

2439 Interessant ist, dass selbst die Flaschensammler, die letztendlich zur Müllreduzierung

² In Deutschland gelten folgende Beträge:

- Mehrweg-Bierflaschen werden mit 0,08 € verbucht (...)
- Mehrweg-Bierflaschen mit Bügelverschluss haben 0,15 € Pfand, werden regional auch mit 0,25 € oder 0,50 € bepfandet.
- Sonstige Mehrwegflaschen mit Drehverschluss aus Glas oder härterem Kunststoff kommen auf 0,15 €. Hierzu zählen z. B. Mineralwasser, Limonade, (...) Fruchtsäfte.
- Mehrweg-Glasflaschen der Firma Schwegges sind mit 0,10 € bepfandet.
- Für 1-Liter-Weinflaschen aus Glas werden in manchen Handelsketten 0,02 € bzw. 0,03 € Pfand erhoben.

Quelle: Wikipedia (<https://de.wikipedia.org/wiki/Flaschenpfand>) abgerufen am 12.02.2019

2440 beitragen, oft Bierflaschen verpöhen, das diese als zu schwer, schmutzig und stinkend
2441 gelten. Selbst im Hausmüll befinden sich immer wieder Flaschen weil sich die Mühe nicht
2442 lohnt...

2443 Daher ist alleine schon aufgrund der Reduzierung des Gefahrenpotentials durch Scherben
2444 sinnvoll, das erhöhte Flaschenpfand von 0,25 EUR grundsätzlich auch für Bierflaschen
2445 und andere Pfandflaschen zu erheben.

2446 Es ist davon auszugehen, dass mehr dieser Flaschen zurückgebracht werden und daher
2447 weniger produziert werden müssen.

2448
2449 Zudem dürften die vereinheitlichten Pfandbeträge mittelfristig die Rückgabemöglichkeiten
2450 im Handel vereinfachen.

2451 **34 WiPo2**

2452
2453 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD
Grundbedürfnisse nicht kapitalistisch ausschachten

2454
2455 Jede Raststätte und jeder Gastronomiebetrieb im öffentlichen Raum (z.B. Bahnhöfe) muss
2456 kostenfreie Toiletten bereitstellen. Das bedeutet, dass Toilettenanbieter auch keine
2457 Wertbons in Höhe des eingezahlten Betrages ausgeben dürfen, sondern, dass die Toilette
2458 tatsächlich kostenlos sein muss, eventuelle Spenden müssen freiwillig gegeben werden
2459 und dürfen kein Kriterium für die Benutzung sein.

2460
2461
2462
2463
2464
2465

2466 **35 WiPo3**

2467
2468 Antragsteller*in: Jusos
Lebensmittelverschwendung bekämpfen – MHD regulieren

2470 Bis Anfang der 80er-Jahre gab es viel Unmut bei den Verbraucher*innen, weil man neue
2471 nicht von alten Lebensmitteln im Regal unterscheiden konnte. Durch die 1981 erlassene
2472 Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung wurde das Mindesthaltbarkeitsdatum eingeführt,
2473 welches dieses große Problem endlich lösen konnte.

2474 Fast 40 Jahre nach der Einführung der Mindesthaltbarkeitsdaten ist eine Reform dringend
2475 notwendig. Die erste Assoziation von vielen Menschen mit einem Mindesthaltbarkeits-
2476 datum ist nämlich der Mülleimer. Die Aufklärung der Verbraucher*innen wurde jahrelang
2477 verschlafen, weshalb heute viele noch gutverträgliche Lebensmittel viel zu früh im
2478 Mülleimer landen. Die Mindesthaltbarkeitsdaten werden nämlich von den Lebensmittel-
2479 hersteller*innen festgelegt, die in eigener Verantwortung die einzelnen Fristen festlegen
2480 müssen. Aus Angst vor Klagen und Unverträglichkeiten, setzen die meisten
2481 Hersteller*innen einen großen Sicherheitspuffer, damit sie nicht in Erklärungsnot
2482 gelangen. Dadurch werden allerdings massenweise gute Lebensmittel weggeworfen.

2483 Deshalb sollte dringend eine Reform des MHD-Systems durchgeführt werden,
2484 die folgende Punkte berücksichtigen muss:

2485 Abschaffung von MHD bei länger haltbaren Lebensmitteln wie Nudeln, Salz
2486 oder Reis (ab 90 Tage)

2487 Einheitliche Richtlinien vom Ernährungsministerium, wodurch das MHD-System
2488 verbessert und der Spielraum für die Industrie verkleinert werden soll

2489 Eine Aufklärungskampagne des Ministeriums, um die Wertschätzung über die
2490 Herstellung von Lebensmitteln zu verbessern

2491 Verbraucher*innenbildung über die Lagerung und die Haltbarkeit von
2492 Lebensmitteln, die direkt und verpflichtend auf der Verpackung ist

2493 **36 WiPo4**

2494

2495 Antragsteller: OV Sülz/Klettenberg

2496 **Keine Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften**

2497

2498 Der Parteitag der KölnSPD möge zur Weiterleitung an den ordentlichen Bundesparteitag
2499 beschließen, dass die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften
2500 abgeschafft wird.

2501

2502

2503

2504

2505

2506

2507

2508

2509

2510 **37 WiPo5**

2511

2512 Antragsteller: OV Sülz/Klettenberg

2513 **Gewerbsteuerpflicht auch für Freiberufler**

2514

2515 Der Parteitag der KölnSPD möge zur Weiterleitung an den ordentlichen Landesparteitag
2516 und an den ordentlichen Bundesparteitag die Gewerbesteuerpflicht auch für Freiberufler
2517 beschließen.

2518

2519 Begründung:

2520 Die Unterscheidung zwischen Gewerbetreibenden und Freiberuflern als Kriterium für die
2521 Erhebung der Gewerbesteuer ist mehr als überholt. Heute ist diese wichtige kommunale
2522 Steuer gerechterweise auf alle Unternehmungen zu erheben. Begründete qualitative
2523 Unterscheidungsmerkmale gibt es nicht. Gewerbesteuer ist daher zukünftig von
2524 Gewerbetreibenden, wie auch von Freiberuflern zu erheben.

2525 **38 WiPo6**

2526

2527

Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

2528

Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Paketzusteller*innen

2529

2530

Damit sich die schlechten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Paketbranche nicht weiter ausbreiten, fordern wir die Einführung einer Nachunternehmerhaftung. Diese Maßnahme führt dazu, dass das Paketdienstleistungsunternehmen für die Sozialversicherungsbeiträge seiner Subunternehmen haftet. Ähnliche Regelungen gibt es bereits in der Baubranche und der Fleischindustrie.

2531

2532

2533

2534

2535

2536

Begründung

2537

2538

2539

2540

2541

2542

2543

2544

2545

2546

In den vergangenen Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen in der Paketbranche dramatisch verschlechtert. Immer weniger Unternehmen setzen noch festangestellte, nach Tarif bezahlte Zusteller*innen mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ein. Die meisten Paketdienste geben die Aufträge an Subunternehmen weiter, die ihre Paketboten überwiegend sehr schlecht behandeln. Zum Teil sind die Arbeitsbedingungen sogar illegal. Die Subunternehmen sind nicht im Arbeitgeberverband vertreten und zahlen in den meisten Fällen keine Tariflöhne. Immer wieder kommen Skandale ans Tageslicht, für die die Paketdienste, welche die Aufträge weitergegeben haben, keine Verantwortung übernehmen. Sie trennen sich lediglich von den Subunternehmen

2547

2548

2549

2550

Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen, könnte die deutsche Sozialdemokratie einen wichtigen Beitrag leisten, um die Arbeitsverhältnisse von hunderttausenden Beschäftigten zu verbessern und um die Gesellschaft ein Stück weit gerechter zu machen.

2551

2552

2553

2554

2555

2556

2557

2558

2559

2560

39 WiPo7

2561

2562

Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

2563

Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Damenhygieneartikel von 19% auf 7%

2564

2565

2566

2567

2568

2569

Wir fordern, Tampons und Binden endlich fair zu besteuern. Das heißt, auf Damenhygieneartikel soll nur noch eine Mehrwertsteuer von 7% gelten. Zusätzlich sollen nachhaltige Produkte wie Biotampons oder -binden steuerlich weiter begünstigt werden, da diese gesundheitlichen und ökologischen Vorteile mit sich bringen, die wiederum dem Staat zu Gute kommen.

2570

2571

2572

Wir unterstützen die Beschlusslage der Bundesjusos aus dem Jahr 2016 „Menstruation ain’t free. Menstruieren ist kein Luxus: Für die Abschaffung der „Tampon-Steuer!“.

2573 **40 WoPo 1**

2574

2575 Antragsteller: AG 60plus

2576 **Kommission Wohnungsbau- und Mietenpolitik**

2577

2578 Weiterleitung: UB-Vorstand

2579

2580 Der UB-Vorstand wird beauftragt, nach dem Vorbild der Bearbeitung der
2581 Steuergerechtigkeitsproblematik eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die bis zum
2582 Jahresende 2019 konkrete Vorschläge zur Effektivierung öffentlicher Handlungs-
2583 möglichkeiten im Bereich des Wohnungsbaus und der Mietenbestandslage macht.

2584 Hier ist nicht nur an den Ausbau bestehender Instrumente wie Vorkaufsrechte und
2585 Erbpachtlösungen zu denken, um die Wohnkosten positiv beeinflussen zu können,
2586 sondern es sollen auch weitergehende politische Einflussmöglichkeiten entwickelt werden.

2587

2588

2589

2590

2591

2592

2593

2594

2595

2596 **41 WoPo 2**

2597

2598 Antragsteller: AG 60 plus

2599 **Verkauf städtischer Mietwohnungen stoppen**

2600

2601 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

2602

2603 Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, sich gegen den Verkauf der städtischen
2604 Mietshäuser Düsseldorf Str. 156 und 160 sowie Holweider Str. 112 zur Wehr zu setzen
2605 und grundsätzlich die Überführung des städtisch kontrollierten Mietwohnungsbestandes in
2606 den „freien Markt“ zu verhindern.

2607 **42 WoPo 3**

2608

2609 Antragsteller: Ortsverein Weiden/Lövenich/Junkersdorf/Widdersdorf

2610 **Wohnungsbau in Weiden**

2611

2612 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

2613

2614 1. Der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln wird empfohlen, einer Änderung der
2615 Bebauungsplanung zugunsten der jüngst von der Projektgesellschaft Weiden GmbH &
2616 Co. KG mit dem Arbeitstitel „Iignystraße in Köln-Weiden“ vorgelegten Planungen nur
2617 zuzustimmen, wenn die dort bereits durch eine Handelsgärtnerei überbaute
2618 Gebäudegrundfläche nicht ausgedehnt wird.

2619

2620 2. Falls eine solche Bebauungsplanänderung doch beschlossen werden sollte, wird die
2621 Ratsfraktion gebeten, darauf hinzuwirken,

- 2622 - dass der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen auf 50% erhöht wird,
- 2623 - dass eine leistungsfähige Fahrradverbindung zur Straßenbahnhaltestelle Bahnstraße
2624 incl. eines Fahrradparkplatzes eingerichtet wird,
- 2625 - dass die Barrieren auf der Jungbluthgassenbrücke im Interesse einer gleichmäßigeren
2626 Verteilung des PKW-Verkehrs auf alle angrenzenden Stadtteile beseitigt werden,
- 2627 - dass ein Raum zu Treffen und Begegnung für die Bürgerinnen und Bürger im
2628 Nahumfeld eingerichtet und vorgehalten wird,
- 2629 - der restliche Grünzug in kommunales Eigentum überführt und dauerhaft gestaltet
2630 wird, wobei auf Basis einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der o.g. Großinvestor
2631 zur Finanzierung des Grunderwerbs herangezogen werden sollte.

2632

2633 3. Die Ratsfraktion wird weiter gebeten,

- 2634 - eine Ergänzung der geplanten Erweiterung der P+R-Anlage Weiden-West durch eine
2635 Überbauung mit einer innovativen, grünflächenneutralen Wohnanlage im
2636 Geschosswohnungsbau zu prüfen und ggf. nach Möglichkeit zu initiieren. Die Bau-
2637 und Betriebsträgerschaft sollte dabei in gemeinnütziger Verantwortung (z.B. GAG)
2638 wahrgenommen werden, eine sozial gemischte Vermietung gewährleisten und ein
2639 angemessenes Infrastrukturangebot (Kita, Supermarkt, ...) umfassen;
- 2640 - ein vergleichbares Konzept auch für andere Flächen mit bisher nur trivialer Ein-
2641 Ebenen-Nutzung , z.B. für die P+R-Parkanlage Marsdorf, zu prüfen und ggf. nach
2642 Möglichkeit zu initiieren. Vergleichbares gilt auch längerfristig für das Areal am
2643 Bahnhof Weiden-West nördlich des Bahndamms;
- 2644 - darauf hinzuwirken, dass bei sich ergebenden Planungen, z.B. bei
2645 Architektenwettbewerben, die Bürgerinnen und Bürger der Nachbarschaft aktiv
2646 beteiligt werden.

2647

2648 **Begründung**

2649 Zu 1. Im Jahr 2005 wurde mit dem von CDU und den Grünen gegen die Position der SPD
2650 im Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Bebauungsplan zugunsten einer
2651 Handelsgärtnerei diese Fläche mit dem Anschein einer Grünfläche versehen und einer
2652 echten Grüngestaltung nachhaltig entzogen. Unser Votum damals entsprach der
2653 Einschätzung sowohl des SPD-Ortsvereins als auch der vieler Bürger/innen und
2654 Bürgerinitiativen, dass weder die Infrastrukturkapazitäten in Weiden (Straßen, Schulen,
2655 etc.) noch die stadtklimatischen Erfordernisse mit einer massierten, weiteren Bebauung an
2656 dieser Stelle in Weiden vereinbar waren. An dieser Sachlage hat sich nichts geändert.

2657 Eine Zustimmung der SPD zum o.g. Vorhaben würde in Weiden als Kehrtwende
2658 aufgefasst und zu einem massiven Verlust auch des durch den Ortsverein mühsam
2659 gepflegten, politischen Restvertrauens in die Glaubwürdigkeit der der Partei in Weiden
2660 führen, was sich auch deutlich bei den anstehen Wahlen zeigen würde.

2661 Zu 2. Sollte die Planänderung doch beschlossen werden, müssten die erforderlichen
2662 Anpassungen der Infrastruktur inklusive einer gesicherten, öffentlichen Grünfläche in die
2663 Wege geleitet werden.

2664 Zu 3. Im Gegensatz zu dem unter 1. angesprochenen Bauvorhaben ließe sich mit einer
2665 Überbauung der P+R-Anlage Weiden-West ein empfindlicher Beitrag zur Entspannung
2666 des Wohnungsmarktes leisten, der zugleich nicht mit einem Verlust an Grünfläche und
2667 einer Überforderung der Infrastruktur verbunden ist. Das Areal ließe den Bau von ca. 1500
2668 Wohneinheiten mit – wegen der ausgezeichneten ÖPNV-Anbindung – relativ geringem
2669 Verkehrszuwachs zu.

2670 Weder die KölnSPD noch die Stadtgesellschaft sollten sich von Immobilieninvestoren
2671 treiben lassen. Maßnahmen zur Entspannung des Wohnungsmarktes sind im Rahmen
2672 einer nachhaltigen Stadtentwicklung als Teil der Daseinsfürsorge zu verstehen. Deshalb
2673 ist ein deutlich verstärktes Engagement gemeinnütziger Träger für Bau und Betrieb von
2674 großen Wohnanlagen dringend geboten. Dadurch wäre es möglich, bei der hohen
2675 Siedlungsattraktivität der Metropole Köln trotz der unumgänglichen
2676 Besiedlungsverdichtung sowohl einen stadtklimatisch wirksamen Grünanteil als auch eine
2677 gezielte Durchmischung der Stadt sowohl in sozialer Hinsicht als auch mit Blick auf die
2678 Lebensräume von Wohnen, Einkaufen und Erholen systematisch zu gestalten.

2679 **43 WoPo 4**

2680

2681 Antragsteller*in: Jusos

2682 **Wohnraum schaffen – Efferen eingemeinden**

2683

2684 Weiterleitung: SPD-Fraktionen im Landtag NRW und im Rat der Stadt Köln

2685

2686 Wir fordern Wohnraum am Rande Lindenthals zu schaffen:

2687 - Die Flurflächen südlich des Azubi- & Studierendendorfs Marsdorf-Süd, südlich
2688 der Gleueler Straße (derzeit zu Hürth) sollen zur Stadt Köln eingemeindet und an
2689 dieses Dorf angegliedert werden.

2690 - Der Ortsteil Efferen (derzeit Hürth) inklusive des darin bestehenden
2691 Studierendendorfs soll zu Köln eingemeindet werden.

2692

2693 Begründung

2694 Kartenausschnitt Efferen-Nord:

2695 <https://www.dropbox.com/s/4a5y3humg0c36ap/Efferen-Nord.png>

2696

2697 Kartenausschnitt Efferen-Mitte:

2698 <https://www.dropbox.com/s/17rervrw70v47jl/Efferen.png>

2699

2700 Eine dauerhafte Lösung für mehr und bezahlbaren Wohnraum lässt sich nur schaffen,
2701 wenn die knappe Fläche Köln außerhalb des Grüngürtels wächst. Hierzu sehen wir
2702 Potenzial für ein Studierendendorf im derzeit nicht erschlossenen Marsdorf-Süd. Durch
2703 dieses Studierendendorf würde allerdings die Stadtgrenze Kölns laufen. Für eine
2704 einheitliche Bauplanung ist daher eine Eingemeindung dieser Flurstücke unerlässlich.

2705 Daneben gewährt der Stadtteil Efferen durch seine Nähe zu Köln bereits jetzt einen
2706 idealen Standort, um studentisches Wohnen zu ermöglichen. Die Interessen der
2707 Studierenden und des Studierendenwerks, eine verbesserte Anbindung dieses
2708 Studierendendorfes zu schaffen und es auf Sicht zu erweitern, kommen derzeit jedoch
2709 zwischen den politischen Plänen der Städte Köln und Hürth zu kurz. Eine Planung kann
2710 daher nur aus einer Hand gelingen. Wegen seiner Nähe zu Köln eignet sich Efferen
2711 hervorragend für eine Eingemeindung. Teile Efferens wurden in der Geschichte bereits
2712 eingemeindet. Eine Eingemeindung ganz Efferens zu Köln war bereits in den frühen
2713 1930er-Jahren und im Rahmen der Gebietsreform in den 1970er-Jahren angedacht. In
2714 den mittlerweile knapp 50 Jahren haben sich die Lebensverhältnisse und die Anbindung
2715 Efferens an Köln noch einmal verstärkt. Daher halten wir es mit Blick auf die Kölner
2716 Wohnraumknappheit für an der Zeit, die Diskussion über eine Eingemeindung Efferens
2717 wieder aufzunehmen.

2718 **44 WoPo 5**

2719

2720 Antragsteller*in: Jusos

2721 **Wohnungsnot bekämpfen – AirBnB regulieren**

2722

2723 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

2724

2725 Um eine Entlastung der Wohnungsnot in Köln zu erreichen und AirBnB besser zu
2726 regulieren, fordern wir folgende Veränderungen bei der Verwaltung der Stadt Köln.

2727

2728 1. Die Stadt verpflichtet sich, mehr Mitarbeiter*innen zur Kontrolle von Verstößen gegen
2729 das Zweckentfremdungsverbot einzustellen. Wir fordern die Einrichtung einer Task Force,
2730 um das Verbot schlagkräftig durchzusetzen

2731 Um eine Entlastung der Wohnungsnot in Köln zu erreichen und AirBnB besser zu
2732 regulieren, fordern wir folgende Veränderungen in der Wohnraumschutzsatzung der Stadt
2733 Köln.

2734

2735 2. Bei einer Vermietung einer Wohnung von mehr als 14 Tagen pro Monat muss eine
2736 Genehmigung bei der Stadt Köln, im Sinne der aktuellen Wohnraumschutzsatzung,
2737 eingeholt werden. Die Vermieter*innen erhalten dann eine Registrierungsnummer, die sie
2738 verpflichtend auf der AirBnB Plattform oder ähnlichen Portalen mit ihrem zu vermietenden
2739 Objekt angeben müssen.

2740

2741 3. Bei der Vermietung von Wohnraum muss eine solche Genehmigung ab 60 Tagen
2742 Vermietung pro Jahr eingeholt werden. Das Zimmer darf nur in einer Wohnung ermietet
2743 werden, in der der*die Vermieter*in seinen*ihren Hauptwohnsitz hat. Auch hier gilt dann
2744 die Registrierungsnummer. Für Nebenwohnsitze soll die Möglichkeit geschaffen werden in
2745 der Kommune, in der dieser liegt, eine Sondergenehmigung zu beantragen, um eine
2746 Vermietung von etwa Pendler*innenwohnungen zu ermöglichen.

2747

2748 4. Ein*e Anbieter*in darf nur ein Zimmer oder eine Wohnung gleichzeitig anbieten, d.h.
2749 insgesamt nur 1 Objekt.

2750 5. Bei Verstößen kann ein Bußgeld von bis zu 100.000 Euro pro betroffenem Wohnobjekt
2751 fällig werden (statt jetzigen 50.000 Euro).

2752

2753 6. Die Stadt Köln bietet eine Online-Möglichkeit, die es den Bürger*innen erleichtert, Fälle
2754 von Missachtung des Zweckentfremdungsverbots zu melden.

2755 7. Zudem soll eine Halterhaftung für Wohnungs-Eigentümer eingeführt werden, die die
2756 Beweispflicht umkehrt. Wird die Zweckentfremdung einer Wohnung festgestellt, wird die
2757 Haftung der/des Wohnungseigentümerin/Wohnungseigentümers automatisch vermutet.
2758 Will der Eigentümer/die Eigentümerin die Zweckentfremdung nicht zu vertreten haben,
2759 muss er/sie nachweisen, dass die Zweckentfremdung von Dritten ausging.

2760

2761 Des Weiteren soll die Köln SPD versuchen, durch Kontakte auf der Landes-, Bundes- oder
2762 europäischen Ebene dafür zu sorgen, dass AirBnB dazu verpflichtet wird, einzelne Daten
2763 (Name und Adresse) der Vermieter*innen preiszugeben.

2764 **45 KomPo 1**

2765

2766 Antragsteller: Ortsverein Bocklemünd-Mengenich

2767 **Umweltticket der KVB**

2768

2769 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

2770

2771 Zur Vermeidung des Dieselfahrverbotes und zur Verbesserung der Luftqualität soll ein
2772 Umweltticket von der KVB nach dem Vorbild Bonns (1€ pro Tag/ 365 € im Jahr)
2773 eingeführt werden

2774 **46 KomPo 2**

2775

2776

Antragsteller: Ortsverein Südstadt

2777

Transparenz schaffen – Macht begrenzen – Gleichberechtigung fördern

2778

2779 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln und UB-Vorstand

2780

2781

1. Zu Beginn jedes Jahres veröffentlichen die SPD Ratsfraktion und der SPD Unterbezirk Köln eine Liste, der zu entnehmen ist wer auf Vorschlag der Köln SPD oder für die Köln SPD in den Aufsichtsräten welcher stadtnaher bzw. stadteigener Unternehmen angehört und welche besonderen Funktionen (z.B. (stellvertretende) Vorsitzende) dort von diesen wahrgenommen werden. Die Listen sind auf der Internetseite der KölnSPD sowie allen Mitgliedern per E-Mail zu veröffentlichen.

2782

2783

2784

2785

2786

2787

2788

2. Bei den von der KölnSPD zu benennenden Aufsichtsratsmitgliedern sollen beide Geschlechter zu mindestens 40% vertreten sein. Dies gilt auch für besondere Funktionen.

2789

2790

2791

2792

3. Um Machtkonzentration und –missbrauch zu vermeiden, darf ab sofort kein Mitglied der SPD mehr als zwei Aufsichtsratsmandate in stadteigenen oder stadtnahen Unternehmen bekleiden.

2793

2794

2795

Ausnahmen von dieser Regel bedürfen einer Zweidrittelmehrheit von der Ratsfraktion und einer Zweidrittelmehrheit durch den Parteitag bzw. den Parteirat der KölnSPD.

2796

2797

2798

2799

4. Die Ratsfraktion legt jeweils zu Beginn der Legislaturperiode eine Obergrenze fest, bis zu welcher die von der SPD entsandten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger die erhaltenen Sitzungsgelder und Vergütungen/Tantieme behalten dürfen Alle Bezüge oberhalb dieser Grenze müssen an die Partei abgeführt werden.

2800

2801

2802

2803

2804

Die Kontrollkommission der KölnSPD überwacht die Einhaltung dieser Regelung und erstattet dem Parteitag mindestens einmal jährlich Bericht.

2805

2806

2807

2808

Begründung

2809

2810

Die Machtpositionen Einzelner soll begrenzt und die Verteilung von Aufsichtsratsmandaten geschlechtergerecht gestaltet werden. Der Umgang mit den Mandaten in stadteigenen und stadtnahen Unternehmen muss transparenter werden, wenn wir in Köln Vertrauen für sozialdemokratische Politik zurückgewinnen wollen.

2811

2812

2813

2814

Die letzte und auch einzige Veröffentlichung über die Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten durch Mitglieder der KölnSPD stammt aus dem Jahr 2014. Sie ist veraltet und unvollständig. Ein purer Verweis auf die Berichte und öffentlichen Register der einzelnen Unternehmen und Gesellschaften ist kein Zeichen von Transparenz.

2815

2816

2817

2818

2819

Einen ähnlichen Antrag zu den Punkten 1-3 haben wir beim Parteirat am 04.09.2018 eingebracht. Die dort gemachten Zusagen wurden bis heute nicht erfüllt.

2820

2821 **47 KomPo 3**

2822

2823 Antragsteller: Ortsverein Südstadt

2824 **Soziales Gewerbe im KAT 18 erhalten – schleichende Gentrifizierung stoppen**

2825

2826 Weiterleitung: SPD-Fraktionen im Rat der Stadt Köln und der Bezirksvertretung Innenstadt

2827

2828 Soziales Gewerbe im KAT 18 erhalten – schleichende Gentrifizierung stoppen

2829 Die KölnSPD fordert die Bezirksvertretung Innenstadt, die SPD-Ratsfraktion und
2830 Verwaltung auf, auf politischem und, wo dies möglich ist, rechtlichem Wege sich gegen die
2831 Vertreibung des sozialen Gewerbes im Kartäuserwall 18 und die damit verbundene
2832 Kündigung der Mieterinnen und Mieter einzusetzen.

2833

2834 Zur Begründung:

2835 Die nach einem Eigentümerwechsel von der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG)
2836 ausgesprochenen Kündigungen der Gewerberäume (mit Ausnahme der Räume der
2837 Gemeinnützigen Werkstätten Köln (GWK)) bedrohen ein seit Jahrzehnten bestehendes
2838 soziokulturelles Zentrum in seiner Existenz. Im Zusammenhang mit der Stollwerk-
2839 Besetzung entstanden haben sich bis heute neue Formen von Arbeiten und Wohnen,
2840 künstlerischem und sozialem Kleingewerbe, Angebote für Menschen aus dem Viertel und
2841 Freizeitangebote für Kinder erhalten, wie sie kaum noch in unserem weitgehend
2842 gentrifizierten Stadtteil zu finden sind. Nachdem sich Investoren, die nur am
2843 höchstmöglichen Profit interessiert sind, bereits im Stollwerk-Gelände festgesetzt haben
2844 und weitere Wohnungen aus der Sozialbindung fallen, wird solchen Investoren ein
2845 weiteres Stück lebendiger Stadtteil geopfert. Die Projekte, die sich im KAT 18 entwickelt
2846 haben, bereichern die Kölner Südstadt in vielerlei Hinsicht. Sie erweitern die
2847 Angebotsstruktur durch die Herstellung besonderer handwerklicher Produkte. Sie bieten
2848 den Menschen im Viertel Räume für kulturelle und soziale Zwecke, wie z.B. Theaterproben
2849 oder Kinder- und Jugendarbeit. Mit der Vertreibung des dort ansässigen Gewerbes verliert
2850 die Südstadt einen elementaren Bestandteil ihres Veedelslebens und wird somit ärmer.
2851 Darüber hinaus liegt es auch und vor allem in der Verantwortung der Stadt, Kleingewerbe
2852 gegen die übermächtigen Interessen von Investoren zu schützen. Projekte wie das am
2853 Kartäuserwall 18 sind selten und daher besonders erhaltenswert.

2854

2855

2856

48 KomPo 4

2857 Antragssteller*innen: Jusos

2858 **Mobilität für alle in Köln ermöglichen – Preis des MobilPassTickets senken**

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

2859 Das MobilPassTicket der KVB ist eines der wichtigsten Abo-Angebote innerhalb der
2860 Stadt Köln. Ohne dieses Ticket hätten viele Bürger*innen in Köln keine
2861 Möglichkeit sich an der Gesellschaft zu beteiligen. Durch die alljährliche
2862 Preiserhöhung der KVB ist das Ticket allerdings für 2019 auf einen Preis
2863 gestiegen, der die tolerierbare Grenze nun deutlich überstiegen hat. Das Ticket
2864 soll ab diesem Jahr 35,10€ kosten. Dies übersteigt den Regelbedarf für Mobilität
2865 im HartzIV-Regelsatz, der durch das Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz festgelegt
2866 ist. Die KölnSPD setzt sich daher für eine Preissenkung auf 20 € ein, um mehr
2867 Menschen zu bewegen und Teilhabe für alle an der Gesellschaft zu ermöglichen

2868 **49 KomPo 5**
2869 Antragssteller*innen: Jusos
2870 **Night-Mover Cologne**
2871

2872 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
2873

2874 Wir fordern die Stadtratsfraktion der KölnSPD auf, das Konzept „Night-Mover“, welches
2875 bereits in niederrheinischen Kreisen erfolgreich ist, auch für Köln zu unterstützen und im
2876 Stadtrat vorzuschlagen. Das Konzept „Night-Mover“ soll jungen Menschen ermöglichen,
2877 günstig, sicher und flexibel nachts mit dem Taxi oder Mietwagen nach Hause zu kommen
2878 – und zwar auch abseits des KVB-Liniennetzes.

2879 Dieses Konzept beinhaltet die Förderung von Taxi- oder Mietwagenfahrten zwischen 22.00
2880 Uhr und 6.00 Uhr des Folgetages mit einem Zuschuss von bis zu 5,00 Euro pro Person.
2881 Dabei muss es sich um Schüler*innen, Auszubildende, Teilnehmer*innen eines
2882 Freiwilligendienstes, Studierende oder Inhaber*innen des Köln-Passes mit einem
2883 Mindestalter von 16 Jahren handeln, die ihren Ausbildungsort oder Wohnsitz in Köln
2884 haben. Zu einer Fahrt dürfen sich mehrere Personen zusammenschließen, um
2885 Gruppenfahrten zusätzlich zu vergünstigen. Taxifahrten werden jedoch nur ab 10 Euro
2886 Fahrpreis bezuschusst.

2887 Der Zuschuss soll über Gutscheine erfolgen. Diese können möglichst nutzerfreundlich auf
2888 einer Internetseite oder über eine App erworben werden.
2889

2890

2891 **Begründung**

2892 Für junge Menschen in Köln, die nicht in der Innenstadt, sondern in den Randgebieten
2893 wohnen, ist es besonders schwer mobil zu sein. Insbesondere an den Wochenenden oder
2894 Feiertagen ist es schwierig, abseits des zentralen Netzes der KVB in den Abend- und
2895 Nachtstunden mit dem öffentlichen Nahverkehr nach Hause zu gelangen. Die Nachtlinien
2896 decken bei Weitem nicht das Tagesangebot ab und führen daher zu einer Unterversorgung
2897 der äußeren Stadtbezirke.

2898 Durch den Night-Mover sollen junge Menschen finanziell durch den gewährten Zuschuss
2899 in Höhe von 5,00 Euro pro Person unterstützt werden, damit auch diese am nächtlichen
2900 Leben der Stadt teilnehmen und gleichzeitig sicher und günstig nach Hause gelangen
2901 können.

2902 Dieses Konzept hat sich bereits im Kreis Kleve über Jahre bewährt. Der Vorteil dieser
2903 Bezuschussung von Taxi- und Mietwagenfahrten liegt in der flexiblen, bedarfsgerechten
2904 Förderung, die auf bereits bestehende Strukturen zurückgreift und nur bei Beanspruchung
2905 Kosten verursacht. Die Einrichtung weiterer Nachtlinien durch die KVB, die sicherlich
2906 langfristig das Ziel sein sollte, nimmt mehr Zeit und Planung in Anspruch und führt zu
2907 höheren Kosten, da diese unabhängig von ihrer Beanspruchung anfallen. Der Night-Mover
2908 stellt somit eine sinnvolle und wirtschaftliche Ergänzung zu dem ÖPNV-Angebot der KVB
2909 dar. Es könnte zudem als Pilotprojekt für zusätzliche nächtliche ÖPNV Angebote dienen,
2910 da sich dadurch feststellen lässt, wo erhöhter Bedarf besteht.

50 KomPo 6

2911 Antragssteller*innen: Jusos
2912 **Den Sport im Veedel stärken!**
2913

2914 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

2915 Jedes Kind soll die Chance bekommen, am Vereinssport in Köln teilzuhaben.
2916 Nach dem Vorbild anderer Städte in NRW fordern wir daher ein Sportprogramm für
2917 die Stadt Köln, welches Kindern eine einjährige Probemitgliedschaft in einem
2918 gemeinnützig geführten Kölner Sportverein ihrer Wahl finanziert.

2919 Zudem soll die Pflege öffentlicher Sportplätze zu verstärkt werden. Hierfür soll
2920 das Konzept der Spielplatzpaten künftig auf diese ausgeweitet werden. Kölner
2921 Bürgerinnen und Bürger sollen so die Möglichkeit erhalten, die ehrenamtliche
2922 Pflege öffentlicher Sportplätze zu unterstützen.

2923
2924
2925
2926
2927
2928
2929
2930

51 KomPo 7

2931
2932 Antragsteller*in: Jusos
2933 **Ausweitung des Carsharing –Angebots auf das gesamte Stadtgebiet**
2934

2935
2936 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
2937

2938 Die Stadtratsfraktion der KölnSPD soll einen Antrag erarbeiten, in dem
2939 die Stadtverwaltung die Carsharing-Anbieter, die derzeit in Köln tätig sind,
2940 dazu verpflichtet, deren Geschäftsgebiete auf das gesamte Kölner
2941 Stadtgebiet auszuweiten. Außerdem müssen sich auch zukünftige Verträge zwischen
2942 Carsharing-Anbietern und der Stadt Köln auf das gesamte Stadtgebiet beziehen.

2943 **52 KomPo 8**

2944

2945 Antragsteller*inne: Jusos

2946 **Eine Stadt für Alle**

2947

2948 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

2949

2950 Köln und der städtischen Kommunalpolitik stehen viele Herausforderungen bevor. Einige
2951 sind neu, wie die Frage nach Dieselfahrverboten, andere ein nie endender Dauerbrenner,
2952 wie die Frage, wo neuer Wohnraum geschaffen werden kann, wenn nahezu jede
2953 erdenkliche Fläche vollkommen genutzt oder gar überlastet ist. Jetzt ist es an der Zeit,
2954 dass wir die Probleme im Kern anpacken und statt einer stumpfen Symptombekämpfung
2955 ein visionäres Bild für die Zukunft unserer Domstadt entwickeln, die Bürger*innen dabei
2956 einbeziehen und sie dafür begeistern! .

2957

2958 Wir fordern: eine sozial verträgliche Verkehrswende, die einen autofreien Verkehr und ein
2959 kostenfreies öffentliches Verkehrssystem zum Ziel hat und damit die Umweltpolitik in den
2960 Fokus nimmt.

2961

2962 Verkehr und Mobilität sind ein Grundpfeiler der kommunalen Daseinsvorsorge. Eine gute
2963 Anbindung ist nicht nur für Menschen unerlässlich, die sich kein eigenes Auto leisten
2964 können oder in den äußeren Stadtbezirken leben, sondern besonders auch für diejenigen,
2965 die körperlich nicht in der Lage sind, alleine mit dem Auto zu fahren.

2966 Dazu kommt, dass die Innenstadt überfüllt ist und für Autos schlichtweg kein Platz bleibt.
2967 Durch konstruktive Alternativen können erste Schritte für eine Umstrukturierung getan
2968 werden. Wir fordern daher einen vernünftigen Ausbau des Fahrradnetzes, öffentliche
2969 Angebote zur Wartung von Fahrrädern und einen Ausbau des Leihradangebotes.
2970 Letzteres muss vernünftig strukturiert und auch dezentral verfügbar sein, also nicht nur an
2971 Knotenpunkten wie dem Hauptbahnhof oder der Universität, sondern im gesamten
2972 Stadtgebiet und damit ausdrücklich auch in den Vororten dieser Stadt.

2973 Allein aus ökologischen Aspekten ist es unabdingbar, dass endlich eine Umorientierung
2974 auch zu alternativen Verkehrskonzepten, wie einem Wassertaxi, stattfindet. Im Fall der
2975 Dieselfahrzeuge sind besonders die Hersteller*innen endlich in die Pflicht zu nehmen, um
2976 die Autos nachzurüsten, die unter den aktuellen Bedingungen in naher Zukunft eventuell
2977 nicht mehr fahren dürften. Es ist für uns unverständlich, weshalb die Autoindustrie immer
2978 nur als Profiteurin aus solchen Konflikten herausgeht. Deswegen muss man endlich
2979 ansetzen, wo es weh tut, und die Autoindustrie zu Maßnahmen zugunsten der
2980 Bürger*innen verpflichten. Dennoch bleibt das oberste Ziel, Köln in weiten Teilen von
2981 Autos zu befreien. Die Förderung von Sharing-Modellen trüge beispielsweise dazu bei, die
2982 Attraktivität eines eigenen Autos zu vermindern.

2983 Gleichzeitig braucht es mehr Angebote, damit auch Menschen, die nicht in zentraler
2984 Innenstadtlage wohnen, nachts sicher nach Hause kommen. Hierfür wiederholen wir
2985 unsere Forderung, dass es einen Nachtverkehr auch unter der Woche gibt, mit dem jede*r
2986 Bürger*in nachts nach Hause kommen kann. Ein ÖPNV, der nachts um ein Uhr komplett
2987 den Verkehr einstellt, wird einer Millionenstadt wie Köln nicht gerecht! Dabei ist uns
2988 wichtig, dass dabei nicht nur die Innenstadt angefahren wird, sondern das gesamte Kölner
2989 Stadtgebiet bedient wird. Hier sollen auch Kooperationen mit Nachbarstädten geprüft
2990 werden.

2991 Wir fordern: eine einheitliche Stadtförderung und -entwicklung anstatt einer zunehmenden
2992 Zweiklassen-Ausrichtung mit einem zukunftsweisenden Verkehrskonzept, welches den
2993 Gesellschaftswandel weg vom Auto und hin zur Sharing Economy aktiv fördert und
2994 unterstützt.

2995
2996 Es ist ein zunehmendes Problem, dass große Teile von beliebten Veedeln durch private
2997 Investor*innen aufgekauft und luxussaniert werden oder dass Einzelhändler*innen durch
2998 marktmächtige Monopolist*innen verdrängt werden.

2999 Angebote, die besonders für Menschen ohne viel Geld ein Zugewinn sein können, bleiben
3000 dabei auf der Strecke, etwa die Förderung von Bürger*innen- und Jugendzentren,
3001 öffentlichen Spielplätzen oder Sportangeboten. Daher ist es für uns als Jungsozialist*innen
3002 ein Muss, dass mehr für alle Menschen im Veedel getan wird und nicht nur für die
3003 wirtschaftliche Konjunktur.

3004 In vielen Veedeln trägt es zu einem guten Klima bei, dass ein diverses und kulturell
3005 geprägtes Leben stattfindet, das nicht vom nötigen Kleingeld abhängig ist. Damit wird aber
3006 mehr und mehr gebrochen: Menschen, die ihr Leben lang in einem Veedel gewohnt
3007 haben, werden aus reiner Profitgier verdrängt, weil sie sich die Miete der neu renovierten
3008 Wohnung nicht mehr leisten können.

3009
3010 Wir fordern: eine radikale Maximalgrenze von 9 € pro m² für Mieten und eine geregelte
3011 Kontrollinstanz für Wohnungsmisbrauch durch Zweckentfremdung, bis hin zur
3012 Enteignung bei wiederholter Missachtung.

3013
3014 Wohnen ist teuer - dabei sollte ein Dach über dem Kopf ein Grundrecht sein. Wer in Köln
3015 eine Wohnung sucht, braucht eine hohe Frustrationstoleranz. Ein großes Problem ist die
3016 wirtschaftlich ausgerichtete Vermietung der Wohnobjekte via Airbnb. Anstatt Wohnraum
3017 dauerhaft zu vermieten, geht der Trend zur phasenweisen Verbuchung an Tourist*innen,
3018 was für Vermieter*innen lohnenswerter ist, als die Wohnung dauerhaft zu vermieten. In
3019 Zeiten knappen Wohnraums darf das kein gängiges System zur Bereicherung Einzelner
3020 sein. Es bedarf einer vernünftigen Regulierung und Kontrolle seitens der Stadt, die hohe
3021 Strafen von 100.000 Euro bei Zweckentfremdung nach sich ziehen müssen!

3022 Wohnraum, der leer steht, weil es für die Eigentümer*innen bequemer ist als ihn zu
3023 vermieten, muss enteignet und an Menschen weitervermietet werden, die ihn dringend
3024 brauchen. Vermieter*innen, die ihre Immobilie aus finanziellen Gründen nicht sanieren
3025 können, brauchen ausreichend Fördermittel, die ihnen unter die Arme greifen, damit
3026 Immobilien weiterhin auch aus privatem Besitz und nicht nur durch Großunternehmen
3027 vermietet werden, die sich so eine Monopolstellung sichern könnten.

3028 Das Wohnen in den äußeren Stadtbezirken und Veedeln von Köln muss durch einen
3029 deutlichen Ausbau der Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV, Gastronomie, Schulen
3030 etc.) attraktiver gemacht werden. Angebote, die für die Innenstadt eine
3031 Selbstverständlichkeit sind, müssen auch für außerhalb liegende Standorte in Chorweiler
3032 oder Porz mitgedacht werden. Es gehört für uns zum Grundverständnis einer
3033 jungsozialistischen und sozialdemokratischen Politik, dass das Leben in jedem Veedel
3034 lebenswert sein muss und eine entsprechende Lebensqualität herzustellen ist!

3035
3036 Wir fordern: eine grundlegende Kernsanierung aller Schulen und eine einheitliche
3037 Ausstattung mit aktuellen technischen Mitteln, sowie ein auf Köln angepasstes
3038 Förderprogramm für Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten im Schulalltag.

3039
3040 Bildung ist das wichtigste Rüstzeug, wenn es darum geht, eine gute Zukunft für Kinder und
3041 Jugendliche zu ermöglichen. Wir müssen deswegen dafür sorgen, dass sie allen Kindern
3042 und Jugendlichen in Köln in gleichen Teilen zur Verfügung steht.

3043 Dazu gehört, dass Schulen unabhängig von ihren Standorten gebaut und/oder saniert
3044 werden, sodass es überall in Köln exzellente Bildungseinrichtungen gibt. Es darf nicht nur
3045 moderne Schulen in chicen Neubauvierteln geben, sondern perfekt ausgestattete Schulen
3046 sollten in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein. Um auch moderne
3047 Weiterbildung zu ermöglichen, fordern wir zudem eine technische Aufrüstung der
3048 Volkshochschulen. Insgesamt darf Digitalisierung nicht länger ein Lippenbekenntnis
3049 bleiben. Stattdessen muss die Stadt Köln eine moderne Ausstattung ihrer
3050 Bildungseinrichtungen sicherstellen und dabei alle Mittel einsetzen, die sie zur Verfügung
3051 hat.

3052

3053 Im Umkehrschluss heißt das:

3054 Es wird Zeit, dass die Kommunalpolitik ein neues Gesicht erhält. Wir Jusos waren bei
3055 vergangenen Wahlkämpfen, ob auf kommunaler, Bundes- oder Europaebene immer aktiv
3056 dabei. Haben Kandidat*innen auf der Straße unterstützt, Haustürwahlkampf gemacht,
3057 Flyer verteilt und vieles mehr. Wir sind ein aktiver Teil unserer Partei, der auf die Zukunft
3058 gerichtet ist. Als aktiver Teil dieser Partei wollen wir nicht mehr nur gefordert, sondern
3059 auch gefördert werden! Gemeinsam wollen wir Köln besser machen. Unsere politische
3060 Arbeit zeigt, dass wir Zukunftskonzepte erarbeiten können und diese auch eigenhändig mit
3061 umsetzen wollen. Wir sind mehr als bereit, selbst Verantwortung zu übernehmen. Unsere
3062 Antragsvielfalt bei unserer Unterbezirksdelegiertenkonferenz beweist, mit welcher
3063 Bandbreite an Themen wir uns auseinandersetzen und dass wir dabei neu und innovativ
3064 denken!

3065 Deswegen möchten wir zusammen mit euch eine Stadt entwickeln, die jünger, attraktiver
3066 und vor allem eine Stadt für alle ist: unabhängig von der Herkunft, dem Einkommen oder
3067 sonstigen Kriterien. Alle sollen einen lebenswerten Platz in dieser Stadt haben, und dafür
3068 setzen wir uns ein. Denn das ist das Herz unserer Idee einer jungsozialistischen und
3069 sozialdemokratischen Gesellschaft für alle!

3070 **53 KomPo 9**

3071

3072 Antragssteller*in: Jusos in der Köln SPD

3073 **Dieselfahrverbote dürfen nicht zur Enteignung von Kölner Bürgerinnen und**
3074 **Bürgern führen!**

3075

3076 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln und Bundesparteitag

3077

3078 Das Diesel-Urteil des Kölner-Verwaltungsgericht vom November 2018 war einerseits
3079 zu erwarten, aber andererseits gleichzeitig auch ein Schock für die Kölner
3080 Bürgerinnen und Bürger. Seit Jahren schon wurden in Köln die Stickoxid-
3081 Grenzwerte nicht eingehalten - das Urteil ist gleichzeitig ein Ergebnis einer
3082 Politik, die zu lange nicht gehandelt sondern weggeschaut hat.

3083 Diese Fehler dürfen jetzt nicht auf den Rücken der Kölnerinnen und Kölner
3084 ausgetragen werden! Wir Jusos Köln stehen solidarisch an der Seite der
3085 betroffenen Kölnerinnen und Kölner, die in den letzten Jahren in gutem Glauben
3086 ein Diesel- oder Benziner-Fahrzeug gekauft haben und jetzt in ihrer Mobilität
3087 eingeschränkt werden.

3088 Wir fordern nicht weniger als eine Mobilitätsgarantie für alle betroffenen
3089 Bürgerinnen und Bürger, die durch angemessene Angebote von Seiten der Politik
3090 und der Wirtschaft geschaffen werden soll! Als Betroffene gelten alle
3091 Autobesitzer*innen, die bis zur Urteilsverkündung des Dieselfahrverbotes in Köln
3092 ein Dieselfahrzeug besessen haben und für sie sollen die folgenden Regelungen
3093 gelten.

3094

3095 Konkret bedeutet dies:

3096

3097 - Betroffene Menschen müssen wesentlich günstigeren Zugang zu den öffentlichen
3098 Verkehrsmitteln in Köln bekommen. Diesen sollen sie, und ihre engsten
3099 Familienangehörigen, durch ein Ticket erhalten, mit dem sie für einen Euro am
3100 Tag befristet auf ein Jahr jederzeit den ÖPNV nutzen können.

3101

3102

3103 - Betroffene Autos müssen so schnell wie nur möglich nachgerüstet werden.
3104 Bei Autos, die aufgrund von Schummelsoftwares der Hersteller ursprünglich
3105 zugelassen und nun gesperrt worden sind, sollen die Hersteller die Kosten der
3106 Hardware-Nachrüstung vollständig übernehmen müssen. Diese Kosten dürfen aber von
3107 den Fahrzeug-Herstellern nicht als Gründe für Stellenabbau in der Belegschaft
3108 angeführt werden - die Beschäftigten müssen davor geschützt werden!

3109

3110

3111 In Fällen, in denen die Hersteller die nun betroffenen Fahrzeuge korrekt
3112 hergestellt haben, müssen die Hersteller und die Bundesregierung zusammen
3113 mindestens 85 Prozent der Hardware-Kosten jeweils zur Hälfte übernehmen.

3114

3115 Des Weiteren fordern die Jusos Köln einen Fonds der Bundesregierung, der den
3116 städtischen Verkehrsbetrieben die Mittel zur Nachrüstung der eigenen
3117 Verkehrsmittel zur Verfügung stellt.

3118 **54 KomPo 10**

3119
3120 Antragsteller*in: Jusos
3121 **Jugendstadtrat in Köln**

3122
3123 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

3124
3125 Die KölnSPD setzt sich für die Etablierung eines Jugendstadtrats in Köln ein. Der
3126 Jugendstadtrat soll von allen 14-21 jährigen Jugendlichen in den jeweiligen Stadtbezirken
3127 gewählt werden. Die Anzahl der Mandate für die einzelnen Stadtbezirke richtet sich nach
3128 der Anzahl der wahlberechtigten Jugendlichen in den Stadtbezirken.

3129 Der Jugendstadtrat entsendet jeweils ein Mitglied in die Ausschüsse des Stadtrats und soll
3130 Stimmrecht im Jugendhilfeausschuss haben. Außerdem entsendet der Jugendstadtrat
3131 jeweils eine Person in die Bezirksvertretungen. Die Jugendlichen sollen dabei den
3132 Seniorenvertretungen in den Bezirksvertretungen gleichgestellt sein.

3133

3134 Damit der Jugendstadtrat selbstständig Veranstaltungen und Aktionen organisieren kann,
3135 verfügt dieser über einen kleinen Haushalt. Die finanziellen Mittel sollen zum Beispiel für
3136 politische Bildung, Jugendfreizeiten, Freizeitinfrastruktur und Partys ausreichend sein. Die
3137 Arbeit des Jugendstadtrats soll von hauptamtlichen Beschäftigten der Stadtverwaltung
3138 betreut und verwaltet werden.

3139 Bei der endgültigen Ausarbeitung und Umsetzung des Konzeptes, soll es eine enge
3140 Kooperation zwischen den Jusos Köln und der SPD Ratsfraktion geben.

3141
3142
3143
3144
3145
3146

3147 **55 KomPo 11**

3148
3149 Antragsteller*in: Jusos
3150 **Fernbusbahnhof in der Innenstadt reaktivieren**

3151
3152 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

3153
3154 Fernbusse bieten gerade für junge Menschen und Menschen mit geringem Einkommen
3155 eine günstige Reisemöglichkeit. In Köln wurden die Fernbusse allerdings 2015 aus der
3156 Innenstadt verbannt. Die Fahrt nach Leverkusen oder zum Kölner Flughafen stellt jedoch
3157 sowohl vom Aufwand als auch finanziell eine zusätzliche Belastung dar. Deshalb müssen
3158 Fernbusse endlich wieder einen Bahnhof in der Nähe eines zentralen Bahnhofes
3159 bekommen. Hierfür käme zum Beispiel der Standort Walter-Pauli-Ring infrage, der eine
3160 Option in Autobahnnähe darstellt und keine weitere Belastung den Innenstadtverkehr
3161 darstellen würde.

3162 **56 KomPo 12**

3163

3164 Antragsteller*in: Jusos

3165 **Kinderarmut in Köln senken; Handlungskonzept aktualisieren und umsetzen**

3166

3167 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

3168

3169 Die Jusos Köln fordern das Dezernat für Bildung, Jugend und Sport auf den Entwurf für
3170 die Fortschreibung und Aktualisierung des Handlungskonzepts gegen die Folgen von
3171 Kinderarmut in Köln zeitnah vorzulegen und unter Teilhabe der Betroffenen und wichtigen
3172 Akteur*innen der Armutsprävention zu diskutieren.

3173 Die Stadt Köln sollte prüfen selbst einen entsprechenden Sozial-Atlas zu erstellen. Im
3174 Mittelpunkt sollte dabei neben Wirkungsanalyse und Ressourcenmanagement der
3175 interkommunale Vernetzungs- und Transparenzgedanke stehen.

3176 **57 KomPo 13**

3177

3178 Antragsteller*in: Jusos

3179 **Radfahren der Zukunft – Leihradsystem ausbauen**

3180

3181 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

3182

3183 Die Verwendung klimafreundlicher Fortbewegungsmittel ist häufig nur in
3184 Kombinationen verschiedener Fortbewegungsmittel möglich. Die Kombination von
3185 ÖPNV und Fahrrad ist dabei erstrebenswert und muss von der Stadt stark gefördert
3186 werden. Deshalb ist der Ausbau des Leihradsystems unumgänglich für die
3187 zukünftige Mobilität in Köln. Leihräder, die über Abonnements für den ÖPNV
3188 genutzt werden können, sind dabei optimal für die Nutzung klimafreundlicher
3189 Fortbewegungsmittel. Das Leihradsystem der KVB stößt dabei derzeit an seine
3190 Grenzen. Viele Menschen benutzen täglich die Fahrräder, weshalb die Kapazitäten
3191 dringend ausgebaut werden müssen. Regelmäßig finden Menschen, gerade zu den
3192 Hauptverkehrszeiten, keine Leihräder der KVB, da es nicht genügend Fahrräder
3193 gibt.

3194 Wir begrüßen ausdrücklich die kleine Erhöhung der Fahrradanzahl und die
3195 Ausweitung des Leihradsystems mit Stationen auf das gesamte Stadtgebiet ab 2020.
3196 Diese Maßnahmen werden aber nicht ausreichen, um das gesamte Kölner Stadtgebiet
3197 mit einem guten Leihradsystem zu versorgen.

3198 Deshalb fordern wir:

3199

3200 • Die Erhöhung der Fahrradanzahl auf 5000 Fahrräder im Stadtgebiet, um
3201 gerade auch die vielen neuen Stationen in den äußeren Stadtbezirken zu
3202 versorgen

3203

3204 • Kund*innen mit KVB-Abonnements sollen in Zukunft eine Stunde kostenfrei
3205 mit den Leihrädern fahren können. Dies soll auch für Schüler*innen gelten,
3206 die ein entsprechendes KVB-Schüler*innenticket besitzen.

3207

3208 • Leihradzonen an zentralen Bahnhöfen, Sehenswürdigkeiten und anderen stark
3209 frequentierten Plätzen in Köln.

3210

3211 Begründung

3212 Leihräder haben sich längst im Stadtbild etabliert und sind ein wichtiger Faktor für die
3213 Mobilität vieler Menschen in Köln. Regelmäßig berichten die Kölner Zeitungen über das
3214 Interesse neuer Unternehmen, die in Köln einen attraktiven Markt erkennen und
3215 investieren möchten. Zum einen wollen sich immer mehr Menschen mit klimafreundlichen
3216 Fortbewegungsmitteln bewegen und zeitgleich ist Köln eine rasant wachsende Stadt.
3217 Daher kämpfen zahlreiche Unternehmen um die Aufmerksamkeit der Bürger*innen,
3218 weshalb man Leihräder in den meisten Straßen in der Innenstadt erkennen kann.

3219 In den meisten Straßen der Innenstadt ist dies der Fall und zeitgleich sucht man
3220 vergeblich in ganzen Stadtbezirken nach einem Leihrad. Die gewinnorientierten
3221 Unternehmen erkennen in den äußeren Stadtbezirken keinen Markt, jedoch gibt es viele
3222 Menschen, die schon lange dieses Bedürfnis haben. Die gewinnorientierten Unternehmen
3223 möchten dennoch nicht expandieren, weil sie dort eine geringere Gewinnmarge erreichen.
3224 Somit ist die KVB als Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gefordert, alle
3225 Menschen in Köln am Leihradsystem der KVB zu beteiligen. Lange Zeit wurden die
3226 Randgebiete Kölns vom Leihradmarkt ausgeschlossen und frühestens 2020 ist die
3227 sukzessive Erweiterung des Leihradsystems der KVB auf die äußersten Ecken von Köln

3228 abgeschlossen. Wir begrüßen diesen Beschluss, auch wenn die Erweiterung schon längst
3229 abgeschlossen sein müsste. Dieser Beschluss wird aber nicht alle Probleme des Kölner
3230 Leihradmarktes lösen, weil die Nachfrage nach Leihrädern immer weiter steigt. Somit gibt
3231 es drei wichtige Punkte, die wir mit diesem Antrag erreichen wollen:

3232
3233 • Die Fahrradanzahl wird zusammen mit der sukzessiven Erweiterung des
3234 Ausleihgebiets der KVB-Leihräder erhöht. Zukünftig sollen 3000 Leihräder den Menschen
3235 zur Verfügung stehen. Wir glauben, dass die Zahl allerdings nicht ausreichen wird. Viele
3236 Menschen wählen im Kerngebiet des Leihradsystems lieber andere Anbieter, da die Räder
3237 der KVB sehr häufig vergriffen sind. Gerade die Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet,
3238 wird die Nachfrage und die Wahrnehmung der Leihräder verändern, worauf die KVB
3239 antworten finden muss. Somit fordern wir eine Erhöhung der Anzahl auf 5000 Fahrrädern
3240 in Köln.

3241
3242 • Ein weiterer Faktor, durch welches das Leihradsystem der KVB sich von den
3243 anderen Unternehmen hervorhebt, ist die kostenlose erste halbe Stunde für
3244 Abonent*innen der KVB. Somit können kurze und mittellange Strecken kostenlos mit dem
3245 Leihrad bewältigt werden, wodurch eine optimale Abstimmung für Nutzer*innen der
3246 öffentlichen Verkehrsmittel entsteht. Doch gerade die Ausweitung des Leihradsystems auf
3247 das ganze Stadtgebiet, wird viele Menschen betreffen, die eher längere Strecken zu
3248 bewältigen haben. Jemand der in einem äußeren Stadtbezirk wohnt und in die Innenstadt
3249 fahren möchte, soll dadurch nicht benachteiligt werden. Viele Menschen fahren längere
3250 Strecken, die aber auch durch die KVB zu klimafreundlichen Fortbewegungsmitteln
3251 bewegt werden sollen. Wir wollen keine Differenzierung zwischen den zentralen und
3252 äußeren Veedeln und fordern daher die kostenlose Ausweitung auf eine Stunde.

3253
3254 • Leihräder im Stadtbild können Fluch und Segen zugleich sein. Durch die
3255 verschiedenen Unternehmen tummeln sich gerade an zentralen Plätzen zahlreiche
3256 Leihräder, die viele Menschen stören. Das Problem ist allerdings nicht die Anzahl der
3257 Leihräder, sondern die fehlenden Regelungen der Stadt. Leihradzonen an zentralen
3258 Bahnhöfen, Sehenswürdigkeiten und anderen stark frequentierten Plätzen in Köln können
3259 zu einer Entspannung dieser Lage führen. Außerdem führen diese Regelung zur
3260 Verbesserung der Mobilität mit den Leihrädern, da einige zentrale Knotenpunkte in Köln
3261 aufgrund von Sperrzonen noch nicht mit Leihrädern zugänglich sind, welche durch die
3262 Zonen erschlossen werden sollen.

3263 Diese Forderungen sollen den Weg zu einem etablierten und zukunftsfähigen
3264 Leihradsystem in Köln ebnen und somit auch zu einer Verbesserung der klimafreundlichen
3265 Mobilität führen.

3266 **58 KomPo 14**

3267

3268 Antragsteller: Ortsverein Sülz/Klettenberg

3269 **Keine Privatisierung der städtischen Kliniken, auch nicht von Einzelbereichen**

3270

3271 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

3272

3273 Der Parteitag der KölnSPD möge zur Weiterleitung an die Ratsfraktion beschließen, eine
3274 Privatisierung der städtischen Kliniken zu verhindern, einschließlich der beabsichtigten
3275 Ausgliederung einzelner Bereiche.

3276

3277

3278

3279

3280

3281

3282

3283

3284 **59 KomPo 15**

3285

3286 Antragssteller*innen: Jusos

3287 **Für ein saubereres Köln - höhere Strafen für Müllverschmutzung!**

3288

3289

3290 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

3291

3292 Wir fordern die Erhöhung des Mindestbußgelds für Abfall-Vermüllung und für das
3293 Ausspucken von Kaugummis auf den Boden auf 100 Euro. Zur Durchsetzung dieser
3294 Erhöhung schließen wir uns der Forderung der SPD-Ratsfraktion an, den Ordnungsdienst
3295 um 100 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzustocken.

3296

3297

3298

3299

3300

3301

3302

3303 **60 KomPo 16**

3304

3305 Antragssteller*innen: Jusos

3306 **Ein neuer Armuts- und Reichtumsbericht muss her!**

3307

3308 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

3309

3310 Es soll ein neuer Armuts- und Reichtumsbericht der Stadt Köln erstellt werden.
3311 Dabei sollen auch die gesellschaftlichen Strukturen in den Veedeln, sowie die
3312 Vereinsstruktur und die Einrichtungen der Stadt Köln (Schulen, Beratungsstellen
3313 u.Ä.) berücksichtigt werden. Außerdem soll aufgeführt werden, inwieweit
3314 Maßnahmen wie z.B. der KölnPass angenommen und genutzt werden.

3315

3316 Zusätzlich soll die Verwaltung der Stadt Köln dazu verpflichtet werden alle 2
3317 Jahre einen neuen Bericht vorzulegen.

3318 **61 KomPo 17**

3319

3320 Antragssteller*innen: Jusos

3321 **Öffentliche Fahrradpumpen für Köln!**

3322

3323 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

3324

3325 Wir setzen uns für eine Stärkung des Fahrradverkehrs in Köln ein. Um Radfahrerinnen
3326 und Radfahrer künftig zu unterstützen, fordern wir die Einführung von öffentlichen
3327 Fahrradpumpen in Köln. Diese sollen Radfahrerinnen und Radfahrern nicht nur die
3328 Möglichkeit geben, kostenlos ihre Fahrräder aufzupumpen, sondern auch die Gelegenheit
3329 geben, den aktuellen Reifendruck zu prüfen.

3330

3331

3332

3333

3334

3335

3336 **62 KomPo 18**

3337

3338 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

3339 **Kostenfreie Stadtbibliothek für Köln-Pass-Inhaber*innen**

3340

3341 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

3342

3343 Die KölnSPD setzt sich für den kostenfreien Zugang von Köln-Pass-
3344 Inhaber*innen bei der Stadtbibliothek ein. Dazu soll der § 8 der Benutzungs-
3345 und Entgeltordnung der Stadtbibliothek geändert werden.

3346

3347 Begründung:

3348 Seit jeher gibt die SPD ihren Wähler*innen das Versprechen vom Aufstieg durch Bildung.
3349 Dieses Versprechen kann jedoch nicht nur eins für den privilegierten Teil der Bevölkerung
3350 sein, sondern muss sich besonders an jene richten, die in prekären Lebensverhältnissen
3351 leben. Dabei gilt es möglichst viele Hürden abzubauen, um den Zugang zu Bildung für alle
3352 zu ermöglichen

3353 Durch den Köln-Pass erhalten viele bedürftige Menschen in Köln Ermäßigungen bei
3354 kommunalen Angeboten. Er richtet sich konkret an Menschen, die arbeitssuchend sind,
3355 Wohngeld beziehen, einen Kinderzuschlag bekommen, Frühförderung in Anspruch
3356 nehmen, im Alten- oder Pflegeheim leben, die ein geringes Erwerbs- oder
3357 Renteneinkommen haben oder laufende staatliche Hilfe beziehen (Grundsicherung,
3358 Kinder- und Jugendhilfe, Asylbewerber*innenleistungen). Viele im Köln-Pass
3359 einbezogenen Vergünstigungen reichen jedoch derzeit nicht aus. Die Stadtbibliothek ist
3360 eine wichtige Bildungsinstitution mit einem breiten Angebot, welche für alle Menschen in
3361 Köln zugänglich gemacht werden sollte. Derzeit müssen Köln-Pass-Inhaber*innen 13 €
3362 jährlich oder 7 € halbjährlich zahlen, um Zugang zur Stadtbibliothek in Köln zu erlangen.
3363 Der Regelbedarf für Hartz IV-Empfänger*innen sieht allerdings nur 1,01 € monatlich für

3364

3365 Bildung vor. Um somit einen Zugang zur Stadtbibliothek zu erlangen, müssen viele
3366 Menschen an anderen Stellen kürzertreten. Wir wollen nicht, dass Bildung gegen andere
3367 wichtige Lebensgüter ausgespielt wird und fordern somit den kostenfreien Zugang zur
3368 Stadtbibliothek für alle Köln-Pass-Inhaber*innen

3369

3370 **63 KomPo 19**

3371 Antragssteller*innen: Jusos
3372 **Plattform zur Jobvermittlung an Jugendliche**
3373

3374 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
3375

3376 Viele Jugendliche möchten sich ihr Taschengeld in ihrer Freizeit aufbessern.
3377 Diese Jobsuche ist allerdings eine riesige Herausforderung. Abgesehen von den
3378 üblichen Nebenjobs, wie das Zustellen von Zeitungen oder die Nachhilfe für
3379 andere Schüler*innen, sind vielen Jugendlichen andere Nebenjobs gar nicht
3380 bekannt. Die Suche im Netz ist äußerst kompliziert und bietet keine
3381 zufriedenstellenden Antworten. Es gibt viele Plattformen und Webseiten zur
3382 Vermittlung von Nebenjobs an Jugendliche für das gesamte Bundesgebiet. Vieler
3383 der dort aufgelisteten Angebote sind aber nicht auf die einzelnen Städte und
3384 Gemeinden zugeschnitten.

3385 Die Jobsuche soll für die Jugendlichen und die Suche nach Mitarbeitenden für
3386 Arbeitgeber*innen erleichtert werden. Deshalb soll die Stadt Köln eine leicht
3387 zugängliche Plattform zur Vermittlung von kleinen Nebenjobs für Jugendliche
3388 einführen. Diese Plattform soll für einmalige, kleine Jobs und regelmäßige,
3389 monatliche Jobs geschaffen werden. Zusätzlich soll die Plattform eine Übersicht
3390 über die arbeitsrechtliche Situation von Jugendlichen zur Verfügung stellen,
3391 damit Jugendliche über ihre Rechte und ihren Schutz aufgeklärt werden.

3392 **64 KomPo 20**

3393 Antragssteller*innen: Jusos

3394 **Transrheinische Busverbindung im Kölner Süden**

3395

3396 Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

3397

3398 Wir fordern die Stadtratsfraktion der KölnSPD auf, ein Konzept zu erarbeiten, das eine
3399 neue, regelmäßige Buslinie über die Rodenkirchener Brücke zwischen Poll und
3400 Rodenkirchen vorsieht. Ausgangspunkte sind auf der linken Rheinseite die Haltestelle
3401 „Rodenkirchen Bf“ und auf der rechten Rheinseite die Haltestelle „Poll Salmstraße“.

3402

3403 Begründung

3404 Es besteht ein großer Bedarf im Kölner ÖPNV-Netz an einer neuen Verbindung der links-
3405 und rechtsrheinischen Stadtteilen im Süden von Köln. Die momentan südlichste Strecke
3406 des ÖPNV über den Rhein auf Kölner Stadtgebiet ist die Verbindung der Linien 3 und 4
3407 über die Severinsbrücke. Damit sind die Severinsbrücke und der Knotenpunkt Ost-West-
3408 Achse auch für die Menschen im Süden der Stadt momentan die einzigen beiden
3409 Möglichkeiten mit dem ÖPNV auf die andere Rheinseite zu gelangen. Aus diesem Grund
3410 entstehen große Umwege, wenn man z.B. von Porz nach Bayenthal gelangen will.

3411

3412 Berufspendler aus der Südstadt arbeiten in den Gewerbegebieten des rechtsrheinischen
3413 Gebiets, ebenso gehen Kinder aus Poll und Porz auf weiterführende Schulen in
3414 linksrheinischen Stadtteilen. Sie alle müssen lange Wege über die Kölner Innenstadt in
3415 Kauf nehmen oder aufs Fahrrad bzw. Auto umsteigen. Eine Buslinie auf besagter Strecke
3416 würde also nicht nur den ÖPNV im jetzigen Zustand entlasten und die aktuelle Fahrzeit
3417 und Strecke um mehr als die Hälfte verringern, sie würde auch zu einer Entlastung des
3418 Straßenverkehrs führen.

3419

3420 Die Infrastruktur wäre für eine weitere Buslinie bereits vorhanden, da neue Haltestellen auf
3421 der Strecke nicht notwendig sind. Da es im Großen und Ganzen um die Strecke über die
3422 Autobahn als neu zu befahrende Strecke geht. Dies ermöglicht eine zeitnahe Einrichtung
3423 einer neuen Teilvernetzung des Kölner Südens. Die Entlastung der Straßenbahnlinien 7,
3424 16 und 17 gerade in der morgendlichen und nachmittäglichen Rush Hour ist nicht zu
3425 unterschätzen. Außerdem könnten Pendler*innen auf das Auto verzichten.

3426 **65 UmPo 1**

3427

3428 Antragsteller: OPrtsverein Sülz/Klettenberg

3429 **Verbot von Mikroplastik in der Kosmetik – und Körperpflegemittelproduktion**

3430

3431

3432 Weiterleitung: Bundesparteitag

3433

3434 Der Parteitag der KölnSPD möge zur Weiterleitung an den ordentlichen Bundesparteitag
3435 das Verbot von Mikroplastik in der Kosmetik- und Körperpflegemittelproduktion
3436 beschließen.

3437

3438 Begründung:

3439 Mikroplastik sind kleinste Kunststoffteilchen, die über den Weg der Entsorgung in die
3440 Gewässer und damit in die Nahrungskette gelangen. Sie stellen eine Gefahr für alle
3441 Lebewesen dar . Der Nutzen von Mikroplastik ist fragwürdig, die Gefährdung der Umwelt
3442 durch Mikroplastik ist real. Bis zum vollständigen Abbau von Mikroplastik können über 300
3443 Jahre (!) vergehen.

3444

3445

3446

3447

3448

3449

3450

3451 **66 VPol 1**

3452

3453 Antragsteller: Ortsverein Eil-Finkenbergl/Gremberghoven

3454 **Rastmöglichkeiten für LKW-Fahrer**

3455

3456 Weiterleitung: Landes- und Bundesparteitag

3457

3458 Landes- und Bundestagsfraktion wirken darauf hin, dass ausreichend Rastmöglichkeiten
3459 an Bundesautobahnen und ggf. Landstraßen für LKWs im Fernverkehr geschaffen
3460 werden. Dies beinhaltet gleichzeitig ein Mindestmaß an hygienischen Bedingungen für die
3461 Fernfahrer.

3462

3463 Begründung:

3464 Aufgrund der Zunahme der internationalen Fernverkehre finden viele Lkw-Fahrer keine
3465 Park- und Übernachtungsmöglichkeiten mehr an den Raststätten der Bundesautobahnen.
3466 Daher werden Ausweichmöglichkeiten außerhalb der Autobahn gesucht. Oft sind diese in
3467 Städten wie Köln am Rande der Fernstraßen. So parken und übernachten nicht wenige
3468 LKW-Fahrer - insbesondere aus Ost- und Südosteuropa - auch auf Kölner Straßen, z. B.
3469 rechtsrheinisch nahe der A 59. Dies bedeutet, dass diese Fahrer unter
3470 menschenunwürdigen Bedingungen rasten und übernachten müssen. Es bedeutet aber
3471 auch für die Kommune, dass zeitweise Parkplätze in Anspruch genommen werden, die für
3472 die Bewohner/innen nicht mehr zur Verfügung stehen und für die Beseitigung des
3473 entstandenen Mülls zu sorgen.

3474 **67 VPol 2**

3475 Antragsteller*innen: Jusos
3476 **Kostenloser ÖPNV in NRW**

3477 Weiterleitung:

3478 Zur Gewährleistung von allgemeiner und sozialer Mobilität fordern wir die Gründung einer
3479 Arbeitsgruppe, welche ein Finanzierungsmodell zur Gestaltung eines
3480 ‚kostenfreien‘ ÖPNVs in NRW erarbeitet. Zur Finanzierung sollen neben Mitteln aus dem
3481 Bundeshaushalt auch eine Abgabe genutzt werden, welche ähnlich der Kirchensteuer
3482 anhand der gezahlten Lohnsteuer berechnet wird. Alternativ oder für die Lohnabgabe
3483 abfedernd soll auch eine entsprechende Abgabe mit fixem Prozentsatz für Unternehmen
3484 geprüft werden. Der ÖPNV ist ein Gut, welches allen dient, sodass alle sich mit geringem
3485 Beitrag beteiligen sollen, wobei Geringverdiener und Arbeitslose vom Beitrag
3486 unbürokratisch auszunehmen sind.

3487
3488 Um möglichst umfassende Mobilität ohne Autoverkehr zu ermöglichen, soll auch geprüft
3489 werden, inwieweit die aktuellen ÖPNV-Kapazitäten ausreichend sind, außerdem auch wo
3490 beispielsweise die Taktung erhöht werden muss, neue Streckenabschnitte gebaut oder
3491 weitere Busse eingesetzt werden müssen.

3492

3493

3494

3495 **68 VPol 3**

3496 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD
3497 **Kostenlose Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV**

3498

3499 Weiterleitung: Ratsfraktion

3500

3501 Die KölnSPD setzt sich für die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Bahnen und
3502 Bussen der KVB ein. Dafür müssen jedoch zunächst die Voraussetzungen für die
3503 Vereinbarkeit von Fahrradfahren mit dem ÖPNV geschaffen werden.

3504 Dazu fordern wir:

- 3505 • Eine zeitnahe Verlängerung der Straßenbahnen und Bahnsteige und damit eine
3506 dringend notwendige Kapazitätserhöhung. Zudem muss die Taktung auf vielen
3507 Strecken erhöht werden
- 3508 • Den massiven Ausbau von Stellplätzen und Fahrradboxen an den Haltestellen
3509 der KVB
- 3510 • Die Mitnahme von Fahrrädern muss vereinfacht werden. Die Zonen für
3511 Fahrräder müssen auf den Bahnsteigen und innerhalb der Bahnen klar
3512 gekennzeichnet sein, damit es nicht zu Streitigkeiten zwischen den
3513 Fahrgästen kommt

3514 Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, muss jede Fahrkarte für die KVB automatisch
3515 die*den Inhaber*in zur kostenlosen Mitnahme eines Fahrrads berechtigen. Die KölnSPD
3516 soll sich zudem für eine kostenlose Mitnahme von Fahrrädern im VRS-Bereich und im
3517 gesamten Bundesland stark machen.

3518
3519
3520
3521
3522

69 Satz 1

Antragsteller: UB-Vorstand
Änderung der Satzung des UB KölnSPD –formal UBV ohne Votum

Status quo	Mögliche Satzungsänderung Für die eine 2/3 Mehrheit erforderlich ist	
<p>§ 7 Unterbezirksparteitag</p> <p>(1) Der Unterbezirksparteitag ist das oberste Organ des Unterbezirks: Er setzt sich zusammen aus:</p> <p>a) 280 Delegierten, die in Ortsvereinsversammlungen gewählt wurden. Die Verteilung der Delegierten auf die Ortsvereine ergibt sich aus der Zahl der Mitglieder, für die im vorangegangenen Geschäftsjahr (Kalenderjahr) Pflichtbeiträge an den Unterbezirk abgeführt wurden. Der Delegiertenschlüssel wird jedes Jahr neu errechnet.</p>	<p>Neu</p> <p>a) aus den Delegierten der Ortsvereine, die in den Mitgliederversammlungen gewählt wurden</p> <p>Die Verteilung der Delegierten ergibt sich aus der Zahl der Mitglieder, für die im vorangegangenen Kalenderjahr Mitgliedsbeiträge an die SPD gezahlt wurden.</p> <p>Je angefangene abgerechnete 20 Mitglieder erhält der Ortsverein ein Delegiertenmandat.</p> <p>Die Satzungsänderung tritt ab dem 17. März 2019 in Kraft</p>	

3523
3524
3525
3526
3527
3528
3529
3530
3531
3532
3533

Zu den Fakten:

- Basis Delegiertenberechnung zum 31.12.2018
- Delegiertenzahl steigt von 301 auf 344
 - Kosten für die Organisation steigen
 - Festlegung auf Chorweiler als Veranstaltungsort, weil kein anderes Bürgerzentrum über eine entsprechende Kapazität (Brandschutzaufgaben ...) verfügt
 - Private Säle (Gürzenich, Sartory ua) sind deutlich teurer und auch das Catering für die Delegierten zur Verpflegung wäre deutlich hochpreisiger

3534
3535
3536
3537
3538
3539
3540
3541
3542
3543

Zur Erklärung:

Organisationspolitische Fragen sind in einem AK des UB mit Beteiligung der Stadtbezirke/Ortsvereine über einen längeren Zeitraum diskutiert worden. Die überwältigende Mehrheit der Ovs/SB war für Beibehaltung des Delegiertenprinzips. In der Abstimmung , ob Beibehaltung status quo = 280 Delegierte plus UBV oder variable Größe hier je 20 abgerechnete Mitglieder = 1 Delegierte/r, fand die Variable eine knappe Mehrheit. Daher wird der Vorschlag ohne Votum eingebracht. Eine Änderung bedarf einer 2/3 Mehrheit des Parteitages.

Musterberechnung 2019

KölnSPD						
Vergleich Delegiertenberechnung Status quo und je abrechnete 20 Mitglieder ein/e Delegierte/r						
NAME DER ORGANISATION	ANZAHL	BEZ	MONATE	je 20Mitg	Neu	Statusquo
SPD-OV Köln-Südstadt	4257		354,75	17,74	18	16
SPD-OV Köln-Mitte	4049		337,4166667	16,87	17	16
SPD-OV Innenstadt-Nord	2631		219,25	10,96	11	10
SPD-OV Köln-Bayenthal/Raderthal/Marier	1957		163,0833333	8,15	9	7
SPD-OV Köln-Zollstock	1593		132,75	6,64	7	6
SPD-OV Köln-Sülz-Klettenberg	4853		404,4166667	20,22	21	19
SPD-OV Köln-Lindenthal	2848		237,3333333	11,87	12	11
SPD-OV Köln-Braunsfeld/Müngersdorf	1543		128,5833333	6,43	7	6
SPD-OV Köln-Ehrenfeld	5209		434,0833333	21,70	22	20
SPD-OV Köln-Bickendorf/Ossendorf	1736		144,6666667	7,23	8	7
SPD-OV Köln-Nippes	3126		260,5	13,03	14	12
SPD-OV Köln-Riehl	1162		96,83333333	4,84	5	4
SPD-OV Köln-Niehl	930		77,5	3,88	4	4
SPD-OV Köln-Longerich	688		57,33333333	2,87	3	3
SPD-OV Köln-Chorweiler	878		73,16666667	3,66	4	3
SPD-OV Köln-Worringen	741		61,75	3,09	4	3
SPD-OV Köln-Deutz	1151		95,91666667	4,80	5	4
SPD-OV Köln-Kalk	1610		134,1666667	6,71	7	6
SPD-OV Köln-Höhenberg	738		61,5	3,08	4	3
SPD-OV Köln-Rath/Heumar	906		75,5	3,78	4	3
SPD-OV Köln-Brück	1231		102,5833333	5,13	6	5
SPD-OV Köln-Mülheim/Buchforst	2507		208,9166667	10,45	11	10
SPD-OV Köln-Dellbrück	2143		178,5833333	8,93	9	8
SPD-OV Köln-Höhenhaus	883		73,58333333	3,68	4	3
SPD-OV Köln-Dünnwald	809		67,41666667	3,37	4	3
SPD-OV Köln-Stammheim/Flittard	652		54,33333333	2,72	3	2
SPD-OV Köln-Vogelsang	759		63,25	3,16	4	3
SPD-OV Köln-Bocklemünd/Mengenich	707		58,91666667	2,95	3	3
SPD-OV Köln-Vingst-Ostheim	1068		89	4,45	5	4
SPD-OV Köln-Buchheim	1290		107,5	5,38	6	5
SPD-OV Köln-Holweide	914		76,16666667	3,81	4	3
SPD-OV Köln-Porz-Eil, Finkenberg/Grem	1106		92,16666667	4,61	5	4
SPD-OV Köln-Porz-Mitte, Zündorf/Langel	1789		149,0833333	7,45	8	7
SPD-OV Köln-Porz-Pöll, Ensen/Westhove	1990		165,8333333	8,29	9	8
SPD-OV Köln-Rond.-Sürth-Meschen.	1805		150,4166667	7,52	8	7
SPD-OV Köln-Rodenkirchen/Weiß/Hahnw	1967		163,9166667	8,20	9	8
SPD-OV Köln-Weiden-Lövenich	3046		253,8333333	12,69	13	12
SPD-OV Köln-Esch/Pesch/Auweiler	852		71	3,55	4	3
SPD-OV Köln-Merheim	840		70	3,50	4	3
SPD-OV Köln-Bilderstöckchen	471		39,25	1,96	2	2
SPD-OV Köln-Heimersdorf/Seeberg/Lindw	555		46,25	2,31	3	2
SPD-OV Köln-Weidenpesch/Mauenheim	1183		98,58333333	4,93	5	5
SPD-OV Köln-Porz-Südost	1838		153,1666667	7,66	8	7
	73011		6084,25	304,21	323	280
	6084,25					
UBV				21,00	21	21
				325,21	344	301
	25012019					

3544

3545 **70 Satz 2**

3546 Antragsteller: Stadtbezirk Ehrenfeld

3547 **Bei UB-Parteitag sollen alle unsere Ortsvereine angemessen vertreten sein**

3548

3549 Eine fixe Anzahl an Delegierten zum Unterbezirksparteitag, wobei die Verteilung allein die
3550 Mitgliederzahl zum Maßstab erhebt, ist nicht zielführend.

3551 Der Parteitag der KölnSPD beschließt:

3552 Die Anzahl der Delegierten zu den Parteitagen des Unterbezirks Köln berechnet sich
3553 variabel nach der Mitgliederstärke der einzelnen Ortsvereine (OV). Je zwanzig Mitglieder
3554 entsenden die OV ein*e von ihnen gewählte Delegierte*r. Es gelten die üblichen
3555 Rundungsregeln, z. B. bei 169 Mitgliedern = 8 Delegierte, bei 170 Mitgliedern = 9
3556 Delegierte)

3557 Jedem OV stehen unabhängig von seiner tatsächlichen Mitgliederzahl mindestens vier
3558 Delegierte zu.

3559 Begründung:

3560 Im UB Köln gibt es 43 OV davon haben 20 jeweils weniger als 100 Mitglieder.

3561 Unabhängig von der Anzahl der Mitglieder brauchen die OV Vorstände mit Vorsitzenden,
3562 Kassierern, Schriftführern, Beisitzern und Revisoren. Es braucht - und es gibt – in „kleinen“
3563 wie in „großen“ Ortsvereinen engagierte Genoss*innen, die nicht nur im Wahlkampf
3564 unterwegs sind, Plakate aufhängen und an Ständen Rede und Antwort stehen. Sie
3565 organisieren Veranstaltungen in den Veedeln, sind in Vereinen aktiv und wirken so
3566 ganzjährig für die Sozialdemokratie vor Ort.

3567 Die besten Kölner Wahlergebnisse für die SPD werden überwiegend in den Gebieten der
3568 „kleinen“ Ortsvereine erzielt. Das zeigt, dass auch mit wenigen engagierten Mitgliedern
3569 gute Arbeit vor Ort geleistet werden kann.

3570 Darum sollen sie in stärkerem Maße als bisher die Chance haben auch auf UB-Ebene die
3571 Themen einzubringen, die die Menschen vor Ort bewegen.

3572 Mit den derzeitigen Delegiertenschlüssen für die UB-Unterbezirksparteitage wird die
3573 Leistung der „kleinen“ OV nicht angemessen gewürdigt.

3574 Die Lust an der politischen Debatte im Ortsverein, z. B. in Vorbereitung auf einen
3575 Parteitag, steigt in dem Maße, als sich unsere Mitglieder auch aktiv als Delegierte
3576 einbringen können. OV die nur 2 oder 3 Delegierte stellen, das sind aktuell immerhin 14,
3577 haben keine Chance bei ihren Delegiertenwahlen Kriterien wie Geschlecht oder Alter, zu
3578 berücksichtigen.

3579 Insofern ist jede fixe Anzahl an Delegierten, nicht zielführend. Auch bei Anhebung, z. B.
3580 von aktuell 280 auf 420 Delegierte würden mitgliederstarke OV überproportional
3581 Delegierte dazu gewinnen, während kleinere OV kaum profitieren würden. (Beispiel:
3582 Ehrenfeld und Sülz-Klettenberg statt 19 dann 29 Delegierte, OV Bilderstöckchen und
3583 Heimersdorf/Seeberg/Lindweiler statt 2 dann 3 Delegierte.)

3584 Im Ergebnis auf Basis der aktuellen Mitgliederzahlen (Stand Ende 2018: 5940) die Zahl
3585 der Delegierten zum UB-Parteitag moderat von 280 auf 310 Delegierte steigen.

3586 Anlage:

3587 Gegenüberstellung Ist 280 Delegierte und Soll 1 je 20/mindestens 4 Delegierte

	NAME_DER_ORGANISATION	Mitglieder	280	je 20 (mind.4)
1	SPD-OV Köln-Ehrenfeld	405	19	20
2	SPD-OV Köln-Sülz-Klettenberg	394,58	19	20
3	SPD-OV Köln-Südstadt	340,92	16	17
4	SPD-OV Köln-Mitte	330,5	16	17
5	SPD-OV Köln-Weiden-Lövenich	245,67	12	12
6	SPD-OV Köln-Nippes	244,83	12	12
7	SPD-OV Köln-Lindenthal	232,08	11	12
8	SPD-OV Innenstadt-Nord	217,58	10	11
9	SPD-OV Köln-Mülheim/Buchforst	198,92	9	10
10	SPD-OV Köln-Dellbrück	174,42	8	9
11	SPD-OV Köln-Porz-Poll, Ensen/Westhoven	162,5	8	8
12	SPD-OV Köln-Bayenthal/Raderthal/Marienb. SPD-OV Köln-Rodenkirchen/Weiß/Hahnwald/ Michaelshoven	158,42	7	8
13	SPD-OV Köln-Rond.-Sürth-Meschen.	156,92	7	8
14	SPD-OV Köln-Porz-Südost	155,58	7	8
15	SPD-OV Köln-Porz-Mitte, Zündorf/Langel	155	7	8
16	SPD-OV Köln-Bickendorf/Ossendorf	146,08	7	7
17	SPD-OV Köln-Kalk	140,5	7	7
18	SPD-OV Köln-Zollstock	133,17	6	7
19	SPD-OV Köln-Braunsfeld/Müngersdorf	127,92	6	6
20	SPD-OV Köln-Buchheim	125,58	6	6
21	SPD-OV Köln-Brück	106,92	5	5
22	SPD-OV Köln-Weidenpesch/Mauenheim	102,25	5	5
23	SPD-OV Köln-Riehl	99,75	5	5
24	SPD-OV Köln-Deutz	92,58	4	5
25	SPD-OV Köln-Porz-Eil, Finkenberg/Gremberghoven	89,58	4	4
26	SPD-OV Köln-Vingst-Ostheim	89,17	4	4
27	SPD-OV Köln-Höhenhaus	87,5	4	4
28	SPD-OV Köln-Rath/Heumar	76,25	4	4
29	SPD-OV Köln-Holweide	75,08	4	4
30	SPD-OV Köln-Niehl	73,58	3	4
31	SPD-OV Köln-Esch/Pesch/Auweiler	73,17	3	4
32	SPD-OV Köln-Chorweiler	73,08	3	4
33	SPD-OV Köln-Merheim	72,92	3	4
34	SPD-OV Köln-Vogelsang	72,33	3	4
35	SPD-OV Köln-Dünnwald	65,58	3	4
36	SPD-OV Köln-Höhenberg	63,83	3	4
37	SPD-OV Köln-Worringen	62,25	3	4
38	SPD-OV Köln-Longerich	60,92	3	4
39	SPD-OV Köln-Bocklemünd/Mengenich	58,67	3	4
40	SPD-OV Köln-Stammheim/Flittard	58,58	3	4
41	SPD-OV Köln-Heimersdorf/Seeberg/Lindweiler	53,83	3	4
42	SPD-OV Köln-Bilderstöckchen	46,75	2	4
43		39,67	2	4
		5940,41	280	310

3589 **71 Satz 3**

3590

3591 Antragssteller*innen: Jusos

3592 **Unterbezirksparteirat als Vollversammlung**

3593

3594

3595 Der Unterbezirksparteirat soll in Zukunft als Vollversammlung veranstaltet werden.

3596 Folgende Punkte werden dafür in der Satzung geändert:

3597

3598 - Der Unterbezirksparteirat soll mindestens einmal im Jahr vom Unterbezirksvorstand oder
3599 auf Antrag von 7,5% der Mitglieder des Unterbezirks einberufen werden.

3600

3601 - 0,5% der Mitglieder des Unterbezirks sollen durch Unterschriften die Möglichkeit haben
3602 einen Antrag ohne Beschluss einer Gliederung zu stellen

3603

3604 - Der Unterbezirksparteirat setzt sich aus allen Mitgliedern der KölnSPD zusammen.

3605

3606 - Dadurch entfällt die Regelung der beratenden Stimmen in §15 (6) und wird gestrichen.
3607 Die Nummerierung wird angepasst, aus alt (7) wird neu (6).

3608

3609

3610 In der Satzung der KölnSPD werden in §15 (4), (5), (6) so neu gefasst:

3611

3612 § 15 Unterbezirksparteirat

3613 [...]

3614

3615 (4) Der Unterbezirksparteirat wird mindestens einmal im Jahr vom Unterbezirksvorstand
3616 oder auf Antrag von 7,5 % der Mitglieder des Unterbezirks unter Angabe der
3617 Tagesordnung, schriftlich einberufen. Die Einladungsfrist beträgt 7 Tage.

3618

3619 (5) Der Unterbezirksparteirat setzt sich aus allen Mitgliedern der Köln SPD zusammen.

3620

3621 (6) An den Unterbezirksparteirat können von den Gliederungen Anträge zur Entscheidung
3622 gestellt werden, wenn sie aktuell und dringlich sind, also keinen Aufschub dulden.
3623 Zusätzlich können Anträge ohne Beschluss einer Gliederung gestellt werden, wenn
3624 mindestens 0,5 % der Mitglieder des Unterbezirks den Antrag durch Unterschrift
3625 unterstützen. Über die Dringlichkeit entscheidet letztlich der Parteirat. Anträge sind
3626 mindestens 8 Tage vor der Sitzung in der Geschäftsstelle einzureichen.

3627

3628

3629 Begründung

3630 Die SPD war immer eine Mitgliederpartei, die einen Großteil der Erfolge dem
3631 unermüdlichen Einsatz ihrer Basis verdankt. Mit dem Eintritt in die SPD möchten viele
3632 Menschen ein Teil dieser Partei werden, um mit ihren Genoss*innen über die Zukunft des
3633 Landes zu debattieren und die sozialdemokratischen Werte nach außen zu verteidigen.
3634 Anfang 2018 war eine Sternstunde der innerparteilichen Demokratie und hat viele
3635 Menschen außerhalb der SPD zum Eintritt in diese diskussionsfreudige Partei bewegt. Die
3636 Menschen und Medien in Deutschland waren beeindruckt, wie Funktionär*innen mit ihren
3637 Genoss*innen auf zahlreichen Veranstaltungen im ganzen Land über die Zukunft der
3638 Bundesregierung debattierten. Deshalb hat dieser Prozess auch viele Menschen zum
3639 Eintritt in die SPD bewegt. Nach der endgültigen Abstimmung über die Große Koalition

3640 waren viele Mitglieder ernüchtert, weshalb die Parteispitze auch direkt Angebote schaffen
3641 wollte, wie man die Basis aktiver am Parteileben beteiligen kann.

3642
3643 Die innerparteiliche Demokratie sollte gestärkt werden und eine Reform der
3644 Parteistrukturen wurde von zahlreichen Funktionär*innen ausgerufen. Leider hat sich im
3645 Zuge der Erneuerung der SPD noch nicht viel bewegt. Es gab lediglich ein Debattencamp
3646 vom Parteivorstand, welches aber auch hauptsächlich zur Außendarstellung und nicht zur
3647 stärkeren Einbindung der Mitglieder benutzt wurde. Viele Forderungen sind somit zu
3648 leeren Worthülsen geworden. Eine Stärkung der innerparteilichen Demokratie, die so
3649 dringend notwendig ist, sieht unserer Meinung nach ganz anders aus. Wir wollen eine
3650 lebendige Basis und hoffen immer noch auf Neuerungen, die auch notwendig sind, wenn
3651 die SPD endlich wieder Erfolge einfahren möchte.

3652
3653 Die Mitgliederzahlen vieler Ortsvereine gehen zurück und in manchen Veedeln haben wir
3654 Probleme, überhaupt noch wahrgenommen zu werden. Daher müssen wir durch unsere
3655 Arbeit und unsere Überzeugungen wieder mehr neue Mitglieder gewinnen, wie wir es nach
3656 den letzten Wahlen und im Zuge der Abstimmung über die GroKo getan haben. Die vielen
3657 Menschen, die Anfang letzten Jahres deshalb in die SPD eingetreten sind, wollten
3658 mitentscheiden. Diese Möglichkeit soll nun auf Unterbezirksebene durch das
3659 Vollversammlungsprinzip beim Parteirat langfristig etabliert werden. Zusätzlich müssen wir
3660 aber auch viel mehr Mitglieder aktivieren. Dieses neue Beteiligungsformat kann für viele
3661 die erste Veranstaltung und ein Startpunkt für ein langfristiges Engagement in der SPD
3662 sein.

3663 **72 Org 1**

3664

3665 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

3666 **Antragskommission der KölnSPD**

3667

3668

3669 Weiterleitung: UB-Vorstand

3670

3671 Die Aufgaben der Antragskommission für die kommenden Unterbezirksparteitage werden
3672 ergänzt und geändert:

3673

3674 - die Kontrolle und der Abgleich von eingereichten Anträgen mit der bisherigen
3675 Beschlusslage auf Unterbezirksebene und mit höheren Gremien;

3676

3677 - die Zusammenfassung themenähnlicher Anträge mit Zustimmung der jeweils
3678 antragsstellenden Ortsvereine, Stadtbezirke oder Arbeitsgemeinschaften;

3679

3680 - darüber hinaus darf die Antragskommission keine inhaltliche Bewertung der Anträge
3681 vornehmen.

3682

3683

3684 Punkt 9 der Geschäftsordnung zum ordentlichen Parteitag der KölnSPD wird wie folgt neu
3685 gefasst:

3686

3687 Die Antragskommission hat die Aufgabe, nach Absprache mit den Antragsstellenden,
3688 Anträge nach Sachgebieten zu bündeln sowie redaktionell zu überarbeiten. Eine
3689 inhaltliche Bewertung findet nicht statt.

3690 Sie kontrolliert und gleicht die eingereichten Anträge mit der bisherigen Beschlusslage auf
3691 Unterbezirksebene und mit höheren Gremien ab.

3692 Den Delegierten des UB-Parteitages werden die internen Abstimmungsergebnisse der
3693 Antragskommission mitgeteilt.

3694 Der UB-Parteitag stimmt zuerst über das Votum der Antragskommission ab.

3695

3696 **73 Org 2**

3697

3698 Antragsteller: Ortsverein Südstadt

3699 **Arbeit der Antragsberatungskommission**

3700

3701 Weiterleitung: UB-Vorstand

3702

3703 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

3704 Die Aufgaben der Antragsberatungskommission für die künftigen Unterbezirksparteitage
3705 der Köln SPD wird wie folgt festgelegt:

3706

3707

1. Aufgabe der ABK:

3708

Die ABK hat die Aufgabe, die Beratung und Beschlussfassung des UB Parteitags zu den eingebrachten Anträgen, Änderungsanträgen und Initiativanträgen zu unterstützen. Sie hat nicht die Aufgabe diese Anträge selbst zu verändern weder durch Ergänzungen, Neuformulierungen noch Streichungen.

3712

Die ABK prüft, ob die Anträge fristgerecht eingereicht sind und ob Initiativanträge den Kriterien entsprechen, auf Ereignisse zu reagieren, die vor dem Parteitag nicht bekannt waren.

3715

Die ABK prüft, ob die Anträge formal deutlich das Antragsbegehren erkennen lassen. Sollte dies nicht der Fall sein, muss sie mit dem Antragsstellenden Rücksprache nehmen. Lässt sich danach keine Klärung herbeiführen, muss die ABK für Nichtbefassung da nicht Beratungsfähig oder für eine Materialempfehlung plädieren.

3720

Die ABK sortiert die Anträge nach Sachgebieten und stellt fest, welche Anträge die weitestgehenden sind und welche Anträge ergänzend oder in Teilen abändernd oder durch Annahme eines anderen Antrages erledigt sind. Sie kann zur Klärung von Sachverhalten zu einzelnen Themen Expertise einholen bzw. mit den Antragsstellenden Rücksprache nehmen.

3725

Sie erarbeitet einen Vorschlag für die Beratung der Anträge auf dem UB Parteitag.

3726

Sie stellt den jeweiligen Themenkomplex vor und erläutert ihre Voten.

3728

Sie hat nicht mehr die Aufgabe zu den auf dem Parteitag eingereichten Änderungsanträgen Stellung zu beziehen. Solche Anträge werden vom Antragstellenden oder der Tagungsleitung verlesen und dann vom UB Parteitag beraten und beschlossen.

3732

2. Abstimmungsverfahren

3733

Der UB Parteitag entscheidet über die vorliegenden Anträge, Änderungsanträge und Initiativanträge wie folgt:

3736

Annahme

3737

Annahme als Material zu einem anderen Antrag

3738

Annahme zur Weiterleitung an den Parteirat

3739

Annahme zur Weiterleitung an den Landesparteitag

3740

Annahme zur Weiterleitung an den Bundesparteitag

3741

Ablehnung

3742

Nicht Befassung

3743

3. Abstimmungsverfahren:

3744

Die ABK trägt ihr Votum vor und kann es begründen. Über das Votum der ABK wird nicht abgestimmt.

3746

Die Tagungsleitung lässt über den Antragstext in der vorliegenden Form ggfs. durch

3747

3748 den Parteitag geänderten Antrag abstimmen. Maßgeblich ist das vom Antragssteller
3749 im Antrag eindeutig formulierte Antragsbegehren.
3750
3751 Annahme
3752 Oder : Annahme als Material zu einem anderen Antrag,
3753 Oder: Annahme zur Weiterleitung an den Parteirat
3754 Oder: Annahme zur Weiterleitung an den Landesparteitag
3755 Oder: Annahme zur Weiterleitung an den Bundesparteitag
3756 Findet das Antragsbegehren keine Mehrheit der abgegebenen Stimmen, so ist der
3757 Antrag abgelehnt.
3758 Ablehnung: liege aus dem Parteitag ein Votum vor, den vorliegenden Antrag
3759 abzulehnen, so muss darüber zuerst abgestimmt werden. Findet dies eine Mehrheit
3760 so ist der Antrag abgelehnt. Findet dies keine Mehrheit, so gilt der Antrag als
3761 angenommen.
3762 Nichtbefassung: liegt ein Antrag oder das Votum der ABK auf Nichtbefassung vor,
3763 muss zuerst darüber abgestimmt werden.
3764 Begründung:
3765 Der vorliegende Antrag soll erst für die künftigen Parteitag gelten, da für den Parteitag am
3766 16. März 2029 die ABK nach der bisherigen Geschäftsordnung ihre Arbeit gemacht hat
3767 und eine Änderung der aktuell vorliegenden GO nur Verwirrung stiften würde.
3768 Neu gegenüber dem bisherigen Verfahren ist die Beschränkung der Aufgaben der ABK auf
3769 die Unterstützung der Beratung des Parteitages über die vorliegenden Anträge in ihrer
3770 vom Antragssteller eingebrachten Form. Sie hat nicht mehr die Aufgabe, die Anträge zu
3771 ändern oder umzuschreiben. Dies zwingt den Antragssteller sein Begehren klar und
3772 eindeutig zu formulieren und zu erläutern.
3773 Der Parteitag stimmt nicht mehr über das Votum der ABK. Auch darum muss der
3774 Antragssteller sich entscheiden, was er erreichen will. Bei Änderungsanträgen, die auf
3775 dem Parteitag noch eingebracht werden, erleichtert dies das Verfahren
3776 Für die Klärung der Zulässigkeit des Antrages, die Erläuterung von Antragsmaterien, die
3777 weitgehend nicht bekannt sind, die Feststellung der Reihenfolge der Beratung und
3778 Abstimmung bleibt die ABK unverzichtbar.
3779 Bei den vorgeschlagenen Voten wird das Votum Material nur auf einen anderen Antrag
3780 bezogen, der so inhaltlich noch erweitert werden kann. Beerdigungen erster Klasse durch
3781 die Materialempfehlung an den UBV oder andere Gremien werden damit beendet.

3782 **74 Org 3**

3783
3784 Antragssteller: Ortsverein Ehrenfeld
3785 **Für eine strukturelle Demokratisierung der SPD**

3786
3787
3788 Weiterleitung: Bundesparteitag

3789
3790 Um Entscheidungsfindung und Entscheidungshoheit in der SPD an die Parteibasis
3791 zurückzugeben, werden Delegierte des SPD-Bundesparteitages im Vorfeld nur für
3792 ein Jahr gewählt und benannt.

3793
3794 Begründung:
3795 Delegierte für einen Bundesparteitag werden im 2-Jahres-Rhythmus gewählt.
3796 Aktuelle politische und strategische Entwicklungen und Stimmungen der
3797 Parteibasis können so in den Beschlüssen der Partei schon rein systemisch weder
3798 auf den Ebenen von Unterbezirken, Bezirken und Landesverbänden, noch auf
3799 Bundesebene abgebildet werden. Die – auch aktuell vom amtierenden
3800 Bundesvorsitzenden Martin Schulz dringend eingeforderte – Selbsterneuerung der Partei
3801 wird so strukturell und personell erschwert.

3802
3803
3804
3805
3806

3807 **75 Org 4**

3808
3809 Antragssteller: Ortsverein Ehrenfeld
3810 **Prozess der Kandidatenaufstellung**

3811
3812
3813 Weiterleitung: UB-Vorstand

3814
3815 Um der Kandidatenaufstellung für die Kölner Wahlkämpfe die notwendige
3816 Legitimation der Basis zu verleihen, stimmen alle Kölner Mitglieder über das
3817 Prozedere ab. Im Vorfeld zu den Abstimmungen gibt es die Gelegenheit, bei
3818 Bedarf Änderungsanträge zu formulieren.

3819
3820 Begründung:
3821 Im Vorstand und auf Unterbezirksebene wird gerade ein Papier entworfen, das die
3822 Kandidatenaufstellung für Köln regeln soll. Bei der Kandidatenaufstellung handelt
3823 es sich um einen zentralen innerparteilichen Punkt, der das Wesen der Demokratie
3824 als solche berührt. Das kann und darf nicht allein auf Vorstands- bzw.
3825 Bezirksebene geregelt werden. Eine ausführliche Diskussion mit letztendlicher
3826 Abstimmung aller Mitglieder ist unabdingbar.

3827 **76 Org 5**

3828
3829 Antragssteller: Ortsverein Ehrenfeld
3830 **Für eine stärkere Beteiligung der Basis in der SPD**

3831
3832
3833 Weiterleitung: Ortsvereine

3834
3835 Um dem Gestaltungswillen der Basis Rechnung zu tragen und die
3836 Demokratisierung der Partei voranzutreiben, finden beschlussfähige
3837 Mitgliederversammlungen auf OV-Ebene mindestens im halbjährigen Abstand
3838 statt.

3839
3840 Begründung:
3841 Anträge werden auf Mitgliederversammlungen in den Ortsvereinen diskutiert
3842 und beschlossen – oder auch abgelehnt. An dieser zentralen Schnittstelle erfolgt
3843 die Erneuerung der SPD von unten. Hier kommt der Wille der Basis zum
3844 Ausdruck. Problematisch ist, dass Anträge – durch welche Umstände auch
3845 immer – nicht zur Diskussion kommen können. Sie verschieben sich dann um
3846 ein Jahr. Eine mögliche Erneuerung wird so ausgebremst.

3847
3848
3849
3850
3851

3852 **77 Org 6**

3853
3854 Antragsteller: Ortsverein Bilderstöckchen
3855 **Mitgliederoffenes, niederschwelliges Format zu #spderneuern**

3856
3857
3858 Weiterleitung: UB-Vorstand

3859
3860 Der Unterbezirksvorstand organisiert bis zur Sommerpause 2019 eine mitgliederoffene
3861 Veranstaltung, in der alle über den Beitrag der KölnSPD zum Erneuerungsprozess der
3862 Bundespartei diskutieren können.

3863
3864 Begründung:
3865 Die Lage der SPD ist nach wie vor ernst und grundlegende strukturelle Änderung zur
3866 Erneuerung der Partei nötig. Köln als einer der größten Unterbezirke sollte an diesem
3867 Prozess seiner Stimme Gewicht verleihen und sich über die landesweiten Formate hinaus
3868 konkret einbringen. Damit dieser Beitrag die größtmögliche Unterstützung der Kölner
3869 Mitglieder erfährt, bedarf es eines gemeinsamen Meinungsbildungsprozesses.

3870 **78 Org 7**

3871

3872 Antragsteller: Ortsverein Ehrenfeld

3873 **Beschlüsse des Unterbezirks-Parteitages auf der Homepage der Köln SPD**
3874 **veröffentlichen!**

3875

3876 Weiterleitung: UB-Vorstand

3877

3878 Grundlage der Demokratie ist das Prinzip der Willensbildung von unten nach oben, auch in
3879 Parteien. Parteibeschlüsse haben zudem Sinn, Parteimitglieder und Öffentlichkeit über
3880 die erarbeiteten Positionen der Partei zu informieren.

3881

3882 Dafür ist es erforderlich, dass die Beschlüsse des UB Parteitages auf der Homepage der
3883 Köln SPD veröffentlicht werden.

3884

3885 Dies ist auch ein Schritt zu demokratischen Erneuerung der Partei.

3886

3887 Der Parteitag beschließt, dass Parteitagsbeschlüsse auf der Homepage der Köln SPD
3888 sobald wie möglich veröffentlicht werden und die Beschlüsse der vergangenen Jahre so
3889 weit wie möglich sukzessiv online gestellt werden.

3890

3891

3892

3893

3894

3895

3896

3897

79 Org 8

3898

Antragsteller Ortsverein Bocklemünd-Mengenich

3899

Forderungen an die Bundespartei Apell

3900

3901

Weiterleitung: Bundespartei

3902

Die Bundespartei wird aufgefordert:

3903

3904

3905

3906

3907

Statt einer Personaldebatte oder der bloße Austausch von Führungskräften, sollte sich die
SPD auf Inhalte konzentrieren, zu alten Grundwerte zurück finden und damit den
Bürgerinnen Zuversicht und Klarheit vermitteln. Der Blick darf nicht immer auf die Defizite
(was noch zu tun ist) gerichtet werden (die SPD war ja viele Jahre mitregierend), sondern
auf das, was durch unsere Partei erreicht wurde.

3908

3909

3910

3911

3912

3913

3914

3915

Ferner sollte die Bundes – SPD die besser unterstützen, in dem eine stärkere
Kontaktpflege von den Bundestagsabgeordneten zu den Ortsverein ihrer Wahlkreise
kontinuierlich und nicht nur vor den Wahlen stattfindet. Wir fordern mehr Unterstützung
und Informationen zu den Werte und aktuellen Themen der SPD um diese den
Bürgerinnen nahe bringen zu können. Wir wünschen dazu sowohl personelle
Unterstützung als auch Infomaterial wie z. B. vor der anstehenden Europawahl (auch 3
Monate vorher gibt es bei uns immer noch kein Infomaterial, selbst nicht zu den
Kandidaten).

3916 **80 Org 9**

3917
3918 Antragsteller: Ortsverein Braunsfeld/Müngersdorf
3919 **Jährlich ein Parteitag zu kommunalpolitischen Themen**

3920
3921 Weiterleitung: UB-Vorstand

3922
3923 Der UB-Köln führt einmal im Jahr einen UB-Parteitag zu kommunalpolitischen Themen
3924 durch.

3925
3926
3927
3928
3929
3930
3931
3932
3933
3934

3935 **81 Org 10**

3936
3937 Antragsteller*in: Jusos
3938 **Digitalisierung der Partei: Zugänglichkeit von Beschlüssen**

3939
3940 Weiterleitung: UB-Vorstand

3941
3942 Wir fordern, dass die KölnSPD eine für Mitglieder einfach zugängliche Datenbank erstellt,
3943 in der alle Beschlüsse und Protokolle aller Parteitage und Parteiräte gespeichert werden,
3944 sofern sie parteiöffentlich sind.

3945
3946 Begründung:
3947 Jährlich beschließen wir in dutzenden Gremien hunderte Inhalte, Strukturänderungen oder
3948 Regeln, die bis auf wenige Genoss*innen keiner kennt und keiner aufrufen kann. Oft
3949 scheitert man daran, diese Beschlüsse finden zu können, weil Sie z.B. auf den privaten
3950 Dossiers und Computern einzelner Personen gespeichert sind.
3951 Im Zuge der Digitalisierung ist die Zugänglichkeit von Beschlüssen für alle Parteimitglieder
3952 möglich geworden. Wo die Möglichkeit besteht, sollte auch die Pflicht zur Umsetzung
3953 bestehen.

3954 **82 Org 11**

3955

3956 Antragsteller*in: Jusos

3957 **Einführung einer Jugendquote**

3958

3959 Weiterleitung: Bundes- und Landesparteitag, UB-Vorstand

3960

3961 Die SPD führt eine Jugendquote für Parteigremien auf der Bundes- und Lande- und
3962 Unterbezirksebene der SPD ein. 20 Prozent der Mitglieder in Führungsgremien müssen
3963 Mitglieder unter 40 Jahren sein.

3964

3965 Die SPD will eine Verjüngung der Mandatsträger*innen. Jeder fünfte Listenplatz muss für
3966 Kandidatinnen und Kandidaten unter 40 Jahren bestimmt sein.

3967 Wenn ein Amt in beiden Fällen nicht besetzt werden kann, muss der Landes- oder
3968 Bundesverband im Einzelfall die Zulässigkeit einer Ausnahme prüfen.

3969

3970 Begründung:

3971 Die SPD braucht mehr jüngere VertreterInnen in den Parlamenten und Parteigremien. Die
3972 SPD bietet aktuell zu wenigen jungen Menschen Möglichkeiten, ihre Generation innerhalb
3973 der Parteigremien und in Parlamenten zu vertreten. Junge Politikerinnen und Politiker
3974 bringen neue Ideen mit und erweitern das Themenspektrum der Partei. Die SPD wird mit
3975 einer starken Jugendeinbindung innovativer. Außerdem wird eine stärkere Identifikation für
3976 junge Wählerinnen und Wähler ermöglicht.

3977 **83 Org12**

3978

3979 Antragsteller*in: Jusos

3980 **Kosteneffiziente Wahlkämpfe**

3981

3982 Weiterleitung: UB-Vorstand

3983

3984 Die Jusos Köln fordern eine Analyse der Wahlkampfausgaben in Köln im Jahr 2017
3985 und die Entwicklung eines Konzepts, um den Wahlkampf effizienter und wenn möglich
3986 kostengünstiger zu gestalten.

3987 Beispielsweise könnten ein Inventarsystem und die bessere Zusammenarbeit zwischen
3988 den

3989 Stadtbezirken, bzw. den Ortsvereinen diesen Prozess fördern. Dazu sollen die jeweiligen
3990 Wahlkampfmanager*innen der Ortsvereine sich mit ihren Kolleg*innen über
3991 Materialmengen im ständigen Austausch befinden. Standortbezogene Materialien könnten
3992 schnell im Wahlkreis ausgetauscht werden. Im ersten Schritt kann somit die Menge an
3993 Nachbestellungen reduziert werden, da überhänge fair aufgeteilt oder getauscht werden
3994 können und fehlende Sachen so ausgeglichen werden könnten. Für den nachfolgenden
3995 Wahlkampf wäre es möglich die Gesamtmenge der Materialien anzupassen. Der UB Köln
3996 soll vor Wahlkämpfen zentrale Bestellungen bestimmter gefragter Wahlkampfmaterialien
3997 ermöglichen und auf Kosten der OV's bestellen. Die Höhe der Kosten der OV's richtet sich
3998 nach deren Bestellung.

3999

4000 Begründung:

4001 Bei Wahlkämpfen bleiben durch die ineffiziente Verteilung viele Materialien irgendwo
4002 liegen, werden dann aber trotzdem immer wieder neu bestellt. Das ist sowohl
4003 kostenintensiv als auch schlecht für die Umwelt. Bei einigen Materialien könnte man wohl
4004 auch günstigere Preise erzielen, wenn man auf Kölner Ebene oder sogar gemeinsam mit
4005 anderen Unterbezirken bestellt. Das eingesparte Geld kann man deutlich sinnvoller
4006 ausgeben. Außerdem könnte man das Konzept längerfristig auch auf höhere Ebenen
4007 übertragen und so in der gesamten Partei noch mehr sparen.

4008 **84 Org 13**

4009
4010 Antragsteller: Stadtbezirk Porz/Poll
4011 **Finanzkraft der Ortsvereine und Unterbezirke stärken**

4012 Weiterleitung: Bundes- und Landesparteitag, Regionalkonferenz

4013
4014 Der SPD-Stadtbezirk Porz/Poll bittet alle SPD-Delegierten auf Regional-, Landes- und
4015 Bundesebene, den Verteilungsschlüssel für die Mitgliedbeiträge so zu ändern, dass der
4016 gegenwärtige Anteil für Unterbezirk und Ortsvereine von 20% deutlich auf mindestens
4017 30% erhöht wird. Die Ortsvereine – sie erhalten in Köln derzeit 9% - sind im Fall der
4018 Erhöhung des gemeinsamen Anteils finanziell angemessen zu beteiligen. Ziel muss eine
4019 deutliche Besserstellung von Unterbezirken und Ortsvereinen sein.

4020 Begründung:

4021 Vor allem die Ortsvereine und ihre Arbeit sind das Gesicht der SPD vor Ort. Um eine
4022 bürgernahe politische Arbeit auch in den kommenden Jahren zu gewährleisten, ist eine
4023 gute finanzielle Ausstattung der Basisgliederungen zwingend erforderlich. Gerade von
4024 den Basisgliederungen werden verstärkt Maßnahmen zur Beteiligung der eigenen
4025 Mitglieder und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger außerhalb der SPD, zur
4026 Kampagnenfähigkeit sowie Präsenz auch in den sozialen Medien erwartet. Dazu ist neben
4027 dem vielfältigen ehrenamtlichen Engagement auch eine solide finanzielle Ressource
4028 erforderlich.

4029 Das bisherige Volumen in Höhe von 20% für Unterbezirk und Ortsverein ist dazu seit
4030 Jahren nicht mehr auskömmlich.

4031 **85 Org 14**

4032
4033 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD
4034 **SPD-Portal - Transparenz mit diesem Neuland Internet**

4035
4036 Weiterleitung: Bundesparteitag

4037
4038 Wir fordern die Bereitstellung einer einheitlichen SPD-Plattform. Zwar ist diese Maßnahme
4039 seit längerem angekündigt, bisher jedoch nicht in wünschenswerter Art und Weise
4040 umgesetzt. Folgende Funktionen und Mehrwerte wünschen wir uns für ein Social Intranet
4041 der SPD:

4042
4043 **Kalenderfunktion**

4044 Es soll individuell einzustellen sein, von welchen Ortsvereinen, Stadtbezirken,
4045 Unterbezirken, Kreisen oder Ländern etc. der SPD und den Arbeitsgemeinschaften auf
4046 allen Ebenen man sich Termine und Meldungen anzeigen lassen kann.

4047
4048 **Umsetzung von Regierungsprogrammen**

4049 Entsprechend der individuellen Auswahl kann von der ausführenden Stelle der Sachstand
4050 zur Umsetzung von Zielen aus Regierungsprogrammen der jeweiligen Ebenen
4051 dokumentiert werden.

4052
4053 **Umsetzung von Beschlüssen und Antragsarchiv**

4054 Es soll ein zentrales Archiv zu Beschlüssen und Anträgen der SPD und deren
4055 Arbeitsgemeinschaften eingerichtet werden. Zu allen Anträgen ist bis zum Abschluss zu
4056 pflegen, welchen Weg ein Antrag gegangen ist sowie welchen Sachstand die Umsetzung
4057 eines Antrags hat. Dies könnte durch die gerade bearbeitende Stelle zu pflegen sein.

4058
4059 **Satzungen und Vorlagen (inkl. lizensfreiem Bildmaterial)**

4060 Es sollen die entsprechend der individuellen Auswahl Satzungen und Geschäftsordnungen
4061 zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus Vorlagen zu bspw. Stimmzetteln für
4062 Mitgliederversammlungen oder Vorlagen für Schriftverkehr. Auch macht es Sinn, einen
4063 Pool an für Nutzer*innen lizensfreiem Bildmaterial vorzuhalten.

4064
4065 **Shop**

4066 Zu Wahlkampfzwecken soll ein Shop zur Verfügung stehen, wie zur Zeit schon umgesetzt.

4067
4068 **Meinungsbilder**

4069 Über die Website könnten Meinungsbilder auf jeder Ebene und nach Ebenen
4070 aufgeschlüsselt zu bestimmten Fragen eingeholt werden. Bspw. auch, welche Thematik
4071 aus Sicht der Genoss*innen prioritär ist (Verkehr/Mobilität, Digitalisierung,
4072 Integration/Migration, etc.).

4073
4074 **Ansprechpartner*innen von Organisationseinheiten**

4075 Neue Genoss*innen sollen ihre Ansprechpartner*innen leicht auffinden können und nicht
4076 abhängig davon sein, dass sich jemand bei ihnen meldet.

4077 Auch innerhalb der SPD und Arbeitsgemeinschaften ist eine Vernetzung auf diesem Weg
4078 einfacher.

4079
4080 **Barrierefreiheit**

4081 Das Portal muss in jeder Hinsicht barrierefrei sein.

4082

4083 Vorstellung kreativer Formate von Veranstaltungen und weiteren Aktionen
4084 Es könnten kreative Formate innerhalb der SPD vorgestellt und beworben werden. Die
4085 Initiator*innen könnten jeweils schildern, wie sie diese organisiert haben und welche
4086 Lessons Learned es jeweils gab.
4087
4088 Bildungsprogramme
4089 Eine Bereich in dem interessante Schulungsmaßnahmen verlinkt sind und das Angebot
4090 nach Themen geordnet ist.
4091
4092 Lebenslagenportal
4093 Alle Inhalte könnten gemäß dem Konzept eines Lebenslagenportals aufgebaut sein.
4094 Mögliche Lebenslagen wären:
4095 a) Für eine*n Wahlkampfmanager*in -> Welches Material bekomme ich für wie viel Geld
4096 woher? Kann ich mich Bestellungen im Umfeld anschließen? Wie organisiere ich mich
4097 und den Wahlkampf?
4098 b) Für eine*n Wahlkämpfer*in -> Wo gibt es Angebote zum Training von Gesprächen an
4099 Bürger*innenständen/mit Bürger*innen? Welche Arten von Wahlkampf gibt es
4100 überhaupt?
4101

4102
4103